

201/KOMM XXIV. GP

Kommuniké

des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen (910/GO XXIV. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll der 18. Sitzung vom 22. März 2012 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen hat am 18. November 2011 einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

Der Ausschuss hat weiters einstimmig beschlossen, dass für den Fall, dass gemäß § 23 Abs. 3 VO-UA Einwendungen gegen Fehler in der Protokollierung erhoben werden und diese vom Ausschuss mit Beschluss anerkannt werden, die Parlamentsdirektion zu beauftragen ist, die Internetversion zu berichtigen und als solche auch zu kennzeichnen.

Hinweis: Dieses Protokoll wird im Falle von konkreten von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobenen Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger, die vom Untersuchungsausschuss anerkannt wurden, korrigiert.

PROTOKOLL
Untersuchungsausschuss
zur Klärung von Korruptionsvorwürfen
18. Sitzung/ öffentlicher Teil
vom 22. März 2012
Gesamtdauer der Sitzung:
9.08 Uhr – 16.29 Uhr

Wien, 2012 03 22

Dipl.-Ing. Gerhard Deimek

Schriftführer

Dr. Gabriela Moser

Obfrau



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

zur

Klärung von Korruptionsvorwürfen



Protokoll

(verfasst vom Stenographenbüro)

18. Sitzung/ öffentlicher Teil

Donnerstag, 22. März 2012

Gesamtdauer der 18. Sitzung
9.08 Uhr – 16.29 Uhr

Lokal VI

Auskunftspersonen

(18. Sitzung; Donnerstag, 22. März 2012)

Gernot RUMPOLD	3
Walter MEISCHBERGER	48
Michael GASSAUER	97

Die Beratungen des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen beginnen um 9.08 Uhr und finden bis 9.13 Uhr unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit** statt. (gesonderte **Auszugsweise Darstellung; nichtöffentlicher Teil.**)

Obfrau Dr. Gabriela Moser leitet – um 9.13 Uhr – zum **medienöffentlichen Teil** der Sitzung über und dankt Herrn Rumpold für sein Erscheinen.

9.14

Auskunftsperson Gernot Rumpold

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Gernot Rumpold** als **Auskunftsperson**.

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern: Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Gernot Rumpold. Ihre weiteren Personaldaten, die Sie der Parlamentsdirektion gegeben haben, liegen mir vor.

Sie waren in keinem öffentlichen Dienstverhältnis während des Untersuchungszeitraumes.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern dürfen.

Nun zur **Vertrauensperson**. Ihr vollständiger Name lautet: **Dr. Markus Singer**. Ihre weiteren Personaldaten, die Sie der Parlamentsdirektion bekannt gegeben haben, liegen mir auch vor.

Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Singer als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich habe auch Sie über die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**. Sie haben aber **nicht** das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden, und der wird dann, falls er es für erforderlich hält, mich informieren.

Nun gilt es noch die Medien zu erinnern: Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Fernseh- und Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saals. Handys sind abzuschalten.

Nun können wir mit der Befragung beginnen. Sie haben aber auch die Möglichkeit, Herr Rumpold, in Form einer zehnminütigen Erzählung Ihre Sicht der Dinge dem Ausschuss darzulegen.

Auskunftsperson Gernot Rumpold: Also ich möchte eingangs erwähnen, dass ich im Oktober des vergangenen Jahres eine Hausdurchsuchung hatte, die bei mir in der Wohnung und gleichzeitig Büro und bei meiner Ex-Gattin stattgefunden hat. Bei dieser Hausdurchsuchung ging es um Bestechlichkeit bei Aufstellung von Funkmasten. Das war der Grund der Hausdurchsuchung. Der damalige Staatsanwalt – oder der jetzige Staatsanwalt, der zuständige –, der dabei war bei der Hausdurchsuchung, hat mich dann gebeten, ob er mehrere Unterlagen, die nicht den Untersuchungsgegenstand betreffen, mitnehmen könne.

Ich habe dagegen überhaupt keine Einwendungen gehabt, im Gegenteil: Ich habe von mir aus sämtliche Unterlagen zur Verfügung gestellt, auch das nicht im Hausdurchsuchungsbefehl beinhaltete Lager der Firma. Dort wurden ebenfalls sämtliche Akten und sämtliche Buchhaltungsunterlagen und sämtliche Schriftverkehrsmappen beschlagnahmt, inklusive aller Computer meiner beiden Firmen. Und schlussendlich saß ich dann zwei Wochen in meinem Büro – ohne Computer, ohne Unterlagen –, und der Staatsanwalt hatte alles bis auf das letzte Papier mitgenommen. Das nur als Hinweis dafür, dass ich selbstverständlich offen bin für alles, was diese Untersuchung vorantreibt und den Beweis dann erbringt, dass diese Vorwürfe gegen mich, meine Person und meine Ex-Frau Erika Daniel, haltlos sind.

Zur heutigen Befragung möchte ich noch feststellen, dass aufgrund dieser jetzigen Untersuchung durch den Staatsanwalt und durch das anhängige Verfahren ich natürlich auch hier herinnen vom Entschlagungsrecht Gebrauch machen werde, wenn es Fragen der gerade gegenständlichen Untersuchung betreffen wird – das möchte ich eingangs erwähnen –; betrifft den Zeitraum von 2000 bis 2005, die Firmen MCA und 100 % Communications. Das wäre mein Eingangsstatement vorab.

Obfrau Dr. Gabriela Moser erteilt als erstem Fragesteller Abg. Rosenkranz das Wort.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Danke, Frau Vorsitzende! Schönen guten Morgen!

Es geht um zwei Themenkomplexe, die uns hier heute beschäftigen. Es geht um Zahlungen der **Telekom**, das ist der Hintergrund dafür – und nichts anderes –, und zwar zwei Vorgänge: Der eine spielt sich im Jahr 2003 ab, der da in irgendeiner Form unkorrekt gewesen sein soll, das betrifft noch die Zeit der FPÖ; und bei dem anderen geht es um den Bundeswahlkampf 2006: bereits für das BZÖ. Das sind die beiden Jahre, in denen Telekom-Zahlungen im Nahbereich dieser beiden Parteien auftauchen.

Zunächst einmal zum Jahr 2003. Da geht es um Folgendes: Da geht es um einen Verdacht, den die Finanz geäußert hat, den die Steuerfahndung geäußert hat. In diesem Jahr 2003 hat es eine Forderung von einer der Firmen gegeben in Höhe von 764 000 gegenüber der FPÖ. Es kam zu einem Schiedsverfahren, und in diesem Schiedsverfahren hat man sich dann geeinigt, dass Ihre Firmen auf diese 764 000 verzichten. Dafür hat jedoch die Firma den Auftrag für den EU-Wahlkampf der FPÖ in Höhe von rund 536 000 bekommen, was dann offensichtlich auch bezahlt wurde. Das heißt Verzicht auf 700 000 und dafür dann Beauftragung um 500 000.

Das wäre an sich noch nicht so das Problem gewesen. Allerdings in derselben Zeit kommt ein Auftrag von der Telekom für die Erstellung von vier Konzepten im Wert von 500 000 netto. Jetzt vermutet die Finanz, dass das in Wirklichkeit hintenherum ein Gegengeschäft war, dass man gesagt hat, die Telekom soll jetzt aufgrund von Scheinrechnungen/Scheinstudien oder was auch immer diese Schulden von 700 000 der FPÖ abdecken durch diese Leistung der 500 000 netto, aufgrund dieses zeitlichen Zusammenhaltes. Das ist eine Stellungnahme/ein Verdacht der Finanz.

Die Staatsanwaltschaft hat das auch geprüft und ist zum Schluss gekommen, dass es keinen Beweis dafür gebe, dass diese Zahlungen in einem Zusammenhang miteinander stehen. Verdacht von mir aus, aber kein Beweis.

Das ist jetzt einmal diese Frage, dieser Komplex, und ich würde bitten, dazu einmal zu antworten, ob es tatsächlich diese Verbindung gibt und vor allem was für die Telekom um diese 500 000 netto geleistet wurde.

Gernot Rumpold: Zur Frage mediaConnection Austria und Schiedsgerichtsverfahren muss ich ein bisschen weiter ausholen. Im Jahre 2000 wurde mir, wie ich aus der Parteiorganisation ausgeschieden bin, die damalige blue connection-Werbeagentur, deren Geschäftsführer ich auch war, um 1 Schilling verkauft, mit der Auflage und dem Vertrag, dass ich sämtliche Werbeaktivitäten der Partei weiterhin unterstützen muss. Dieser Vertrag belief sich auf vier Jahre und hatte einen Wert von 7,5 Millionen netto im Jahr. Die Auflage war auch, dass ich sämtliches ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Entschuldigung! Sind wir da noch bei Schilling oder schon bei Euro?

Gernot Rumpold: Schilling, Schilling! Das wäre in Euro schön gewesen, aber es sind 7,5 Millionen **Schilling** netto im Jahr gewesen, mit der Auflage, dass ich sämtliches Personal, das sich damals in der Agentur befand – das waren sechs Personen –, mit in diese Agentur außerhalb der Partei nehme und sie weiter durch diese Agentur bezahle. – Das war der Ausgangspunkt.

Im Zuge der folgenden Jahre kam es dann innerhalb dieser beiden Partner FPÖ und Agentur zu Spannungen, was darin gipfelte, dass im Jahr 2003 einseitig dieser Vertrag seitens der FPÖ durch den damaligen Bundesparteiobmann Herbert Haupt und den Bundesgeschäftsführer Markus Mitternitzer aufgekündigt wurde, mittels eines Fax an mich. Das war dann faktisch die letzte Zahlung.

Bis zu diesem Zeitpunkt jedoch hatte ich faktisch drei voll bezahlte Jahre dieses Vertrages schon hinter mir, und es ging eigentlich nur mehr um dieses eine Jahr, wo dieser Agenturvertrag noch Gültigkeit hätte, und um diese Summe.

Im Jahre 2003 kamen dann einige Ereignisse zu dieser Situation dazu. Ich hatte damals eine Anwaltskanzlei, den Herrn Mag. Riha, beauftragt, sämtliche ausstehenden Forderungen an die Partei einzuklagen, was auch erfolgte, wobei jedoch bei diesen Klagen leider eines aufgetreten ist: dass Herr Mag. Riha diese Vertragswerke nicht genau durchgelesen und nicht beachtet hat, dass der Vertrag mit einer **Schiedsklausel** versehen war. Das heißt, bei Streitigkeiten musste ein Schiedsgericht angerufen werden. Und das normale ordentliche Gericht hat sich für unzuständig erklärt, und dadurch sind dann leider drei, vier Monate ins Land gezogen, wo nichts passiert ist.

Zu diesem Zeitpunkt gab es also einen vertragslosen Zustand, und ich hatte auch keine Tätigkeiten für die Partei in dieser Zeit gemacht.

Im Sommer 2003 kam der damalige Landeshauptmann Haider auf mich zu, der bundespolitisch ja keine Funktion hatte, sondern in Kärnten Landeshauptmann war und der 2004 einen Wahlkampf zu bestehen hatte, und hat mich gebeten, dass ich doch, obwohl ich mit der Bundespartei im Clinch bin, den Kärntner Wahlkampf mitgestalten sollte, weil die Umfragen damals schlecht gewesen sind und er mir zutraute, dass ich diese Sache werblich und organisatorisch wieder in den Griff bekommen könnte.

Meine Auflage damals in den Gesprächen mit Haider war, dass ich sagte, das Problem **Bund** müsse er dann, sollte diese Wahl positiv für Kärnten ausgehen, mit lösen und mir helfen, damit ich auf Bundesebene auch wieder zu meinem Geld komme und dass diese ungute Situation einer Klärung zugeführt wird.

Natürlich gab es mehrere Kontakte mit den Spitzen der Bundesebene, und es war eine Annäherung langsam in Sichtweite. Die Kärntner Wahl ging wie bekannt relativ gut aus für die Beteiligten in Kärnten, und Landeshauptmann Haider hat dann sein Versprechen wahrgemacht und hat gesagt: Du, pass auf, dieser Vergleich, den wir vielleicht auf Bundesebene schließen können, sollte Folgendes beinhalten:

Das Honorar für die Kärntner Landtagswahl war 160 000 € damals. Du bekommst die Zusage von der Bundespartei für den EU-Wahlkampf, der ein Honorar von 150 000 ausmachte. Du bekommst eine weitere Zusage von der Bundespartei für die nächste Nationalratswahl, die weitere 160 000 ausmachte. Und du bekommst im Vergleichswege eine Abschlagszahlung von der „Neuen Freien Zeitung“.

Ich habe nämlich im Jahr 2002 für die „Neue Freie Zeitung“ eine komplette Layout-Überarbeitung von der Agentur aus gemacht und war der Meinung, dass dieses ein gesondertes Geschäft zum Vertrag war, und wollte dies gesondert verrechnen. Der damalige Bundesgeschäftsführer war anderer Meinung, und diese Verrechnung ist auch nie passiert. Also habe ich das in dieses Paket hineinzupacken versucht, und es wurde mir zugesagt, dass im Zuge eines Schiedsgerichtsvergleiches, das heißt Einstellung des Schiedsgerichtes, auch diese Abschlagszahlung im Jahr 2004 zu diesem Paket dazukommt.

So gesehen habe ich dann ein Paket vor mir gehabt, verhandelt, das ungefähr einen Gegenwert von 550 000 € beinhaltete, was ungefähr den gleichen Wert des noch ausstehenden Jahresvertrages mit der Partei darstellte. Deshalb habe ich diesen Vergleich dann schlussendlich abgeschlossen, weil meiner Firma kein Schaden entstanden ist. Ich bekam halt dann die Aufträge eben nicht über einen Generalvertrag, sondern musste das mit Einzelverträgen abarbeiten, was aber in dem Fall vollkommen

egal war, denn ich musste so und so die gleiche Arbeit leisten. Ob das mit einem Generalvertrag oder mit Einzelverträgen gemacht wird, war dann eigentlich hinfällig.

So, das war eigentlich die Gesamtsituation damals, die zu diesem Schiedsgerichtsvergleich geführt hat.

Was die Telekom betrifft, die zu diesem Zeitraum auch eine Rolle spielte, so hatte dieser Auftrag mit dem Schiedsgerichtsverfahren und damit der FPÖ überhaupt nichts zu tun. Das war ein Auftrag, der vonseiten eines Mitarbeiters der Telekom an mich herangetragen wurde und wo ich dann aufgrund der Prüfung und der Vorlage unserer Möglichkeiten diesen Auftrag eben mündlich bekam, was dann schließlich dazu führte, dass wir das schriftlich bestätigten und schlussendlich die Konzepte, die damals gefordert wurden, abgeliefert haben und die Bezahlung erfolgte.

Das waren jetzt diese Punkte zu den Jahren 2003/2004. Ich habe das damit hoffentlich beantwortet. Was die nächsten Jahre, 2006 betrifft, da weiß ich jetzt nicht genau ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich darf da noch ganz kurz ergänzend etwas fragen. Jetzt liegt da vom Finanzamt diese Auflistung in einem Aktenvermerk, Seite 54 von 168, zur Media Connect Werbeagentur GmbH vor: Forderungsabschreibung Telekom beziehungsweise FPÖ/Bund/EU-Wahlkampf. Unter dieser Spalte FPÖ/Bund/EU-Wahlkampf steht: 536 281,53.

Jetzt wurde gerade gesagt, das ist nicht nur der EU-Wahlkampf gewesen, sondern diese Summe, diese 536 000, ist schon Nationalratswahlkampf, das ist „NFZ“-Abschlagszahlung, das ist EU-Wahlkampf.

Ist das von der Finanz da richtig angeführt worden, dass der EU-Wahlkampf 536 000 ausgemacht hat – oder ist da gemeint, diese 536 000 sind eine Summe für EU-Wahlkampf, Kärnten- und Nationalratswahlkampf und so weiter?

Gernot Rumpold: Also ich kann jetzt dieser Summe nichts abgewinnen, weiß auch nicht genau, was damit gemeint ist. Ich bin ja in einer laufenden Berufungsverhandlung mit der Finanz, aufgrund der Prüfungsergebnisse, die sich ja teilweise selbst widersprechen.

Nur auf eines möchte ich noch aufmerksam machen, nämlich dass im Zuge dieser Betriebsprüfung damals die damalige Betriebsprüferin Frau Lang festgehalten hat, dass die Zahlung der Telekom in keinem Zusammenhang mit dem Schiedsgerichtsvergleich steht, und dieses in der Berufung außer Streit stellt. Daher ist das für mich auch nie ein Thema gewesen.

Es gibt auch keinen Zusammenhang zwischen FPÖ-Parteiwahlkämpfen und dieser Zahlung. Das ist ein komplett getrennter Auftrag gewesen und hat **keinen** Zusammenhang mit den Parteien und mit dem Schiedsgerichtsverfahren, wie auch in diesem Bericht festgestellt wurde.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt würde mich da interessieren: Ist dieser Auftrag von der Telekom in diesem Zeitraum sozusagen aus heiterem Himmel gekommen – oder hat es mit der Telekom schon vorher eine Geschäftsbeziehung gegeben?

Gernot Rumpold: Es hat in der Zeit zwischen 2000 und 2005 viele Kontakte mit der Telekom gegeben, weil wir als Agentur immer wieder Werbekonzepte erarbeitet haben und diese auch an die Branchen verkaufen wollten, und da hat es von den Agenturmitarbeitern immer wieder mit den Marketingabteilungen der diversen Branchenfirmen Kontakte gegeben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Hat es vorher schon Telekom-Aufträge gegeben?

Gernot Rumpold: Telekom-Aufträge hat es in der MCA meines Wissens nicht gegeben. In der 100 % Communications meines Wissens schon.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also im Rahmen Ihres Firmengeflechts hat es sehr wohl schon vorher auch Telekom-Aufträge gegeben? (*Gernot Rumpold: Ja!*) – So, jetzt zum Themenkomplex 2006: Sie waren Bundeswahlkampfleiter für das BZÖ. – Ist das richtig?

Gernot Rumpold: Ich war Bundeswahlkampfberater des BZÖ. Wahlkampfleiter war ich kurzfristig, weil der damalige Bündnissprecher Arno Eccher noch erkrankt war, und ich habe in der Zeit, in der er noch im Krankenhaus war, faktisch diese Rolle übernommen und sie ihm wieder abgetreten, als er wieder in Funktion getreten ist.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Im Ausschuss ziemlich klar und evident ... (*Gernot Rumpold: 2006 betreffend?*) – 2006, ja.

Durch verschiedene Aussagen ist hier auf dem Tisch, dass ungefähr 1 Million € – auch größtenteils über Scheinrechnungen – von der Telekom für diesen Wahlkampf an das **BZÖ** gezahlt wurde. Da gibt es zum Beispiel Aussagen von einem Werbebüro, von Schmied & Schmied. Schmied hat sein Büro in räumlicher Nähe gehabt und ausgesagt, er war so eine Art Subfirma von den Rumpolds.

Es gibt dann noch mehrere Aussagen anderer Art, zum Beispiel von Herrn Pöchinger, wo es immer wieder auch um Inseratenkampagnen – Gasting – gegangen ist. Es gibt auch Aussagen von einer Frau Haslinger, die gesagt hat, sie hätte ursprünglich da entsprechend tätig sein sollen, und das ist dann nicht zustande gekommen, und da hätte dann Rumpold gesagt: Ja, das ist BZÖ-Geld, und das soll halt dort und dort hin überwiesen werden. Zum Beispiel: Was da übrig geblieben ist, soll an Schmied & Schmied gehen, die stellen dann wieder eine Scheinrechnung irgendwohin aus.

Wissen Sie in dieser Funktion als Werbeberater und kurzfristiger Bundesgeschäftsführer, ob in das Wahlkampfbudget des BZÖ – das waren laut Aussagen etwas mehr als 4 Millionen €, immerhin 25 Prozent müssten dann zirka von der Telekom gekommen sein –, haben Sie eine Wahrnehmung dazu, dass Gelder der Telekom in diesen Wahlkampf geflossen sind?

Gernot Rumpold: Zum damaligen Zeitpunkt hatte ich einen Beratungsvertrag mit dem BZÖ, diesen Wahlkampf werblich zu unterstützen. Aufgrund der Erfahrungen in der Vergangenheit mit den diversen Drittzahlungen und Drittkosten, die dann wieder nicht gezahlt worden sind, wo man wieder streiten musste, war es mir ganz wichtig, dass ich ausschließlich **beratend** tätig war, dass dieser Vertrag ausschließlich für die Konzeption dieses Wahlkampfes bezahlt wird – das waren 150 000 € – und ich sonst mit **Drittrechnungen nicht konfrontiert** werde. Darauf ist das BZÖ eingegangen, und daraufhin hat die Agentur Schmied & Schmied einen gesonderten Auftrag zur Bearbeitung dieses Wahlkampfes bekommen, und die hat dann auch das operative Geschäft abgewickelt.

Meine Aufgabe war also, beratend tätig zu sein, und daher hatte ich auch in Bezug auf finanzielle Belange null Einblicke. Ich habe nicht gewusst, wie das finanziert wird, wer das finanziert und wer was zahlt. Das war nicht meine Aufgabe in diesem Wahlkampf.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es schildert Frau Natascha Rabl ... – Kennen Sie Natascha Rabl? (*Gernot Rumpold: Ja, eine Mitarbeiterin!*) – Frau Rabl hat in einer Zeugeneinvernahme am 7. November 2011 gesagt:

In Erinnerung ist mir aber noch, dass mir Frau Rumpold damals sagte, dass die Telekom von der Firma 100 % etwas brauchen würde, und zwar im Zusammenhang mit Bewilligungen von Handymasten. – Zitatende.

Ist Ihnen da irgendwas bekannt?

Gernot Rumpold: Nein! Es ist mir völlig unverständlich, wie diese Behauptungen und diese Äußerungen im Einvernahmeprotokoll der damaligen Mitarbeiterin entstanden sind. Da sind völlig sinnverdrehende, wahrheitswidrige Unterstellungen drinnen, die unglaublich sind und die auch zu dieser Situation „Hausdurchsuchung“ geführt haben.

Meine Position dazu ist: Diese Funkmasten-Sache ist mir absolut fremd. Ich weiß nicht, was da gemeint ist, ich weiß nicht, was da angesprochen worden ist. Da müsste man mir irgendwas vorlegen, damit ich mich vielleicht erinnere. In meiner Erinnerung ist das Thema **Funkmasten** bei mir, in meinen Betrieben nie vorgekommen, in Bezug auf Aufstellung von Funkmasten für die Telekom. Also ich bin nie zu Bürgermeisterern gegangen, um Baugenehmigungen für Funkmasten zu erreichen, oder habe andere Handlungen in diese Richtung gesetzt. Das ist bei mir nie vorgekommen, daher verstehe ich diesen Vorwurf überhaupt nicht.

Ich habe keine Ahnung, und diese ganzen Natascha Rabl-Vorwürfe in dieser Aussage werden natürlich eine gesonderte Behandlung erfahren. Nachdem ich denke, dass diese Verfahren alle für mich positiv abgeschlossen werden, da ja nichts zu finden sein wird, da ich nichts zu verbergen habe, wird danach von mir natürlich eine Klage gegen diese Person wegen Kreditschädigung und sonstigen Dingen eingebracht werden, wo sie dann die Möglichkeit hat, all das zu beweisen, was sie mir und meiner Ex-Gattin da vorwirft.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Im Zuge dieses BZÖ-Wahlkampfes ist – und das ist quasi auch seitens des BZÖ eine Art Einzeltäterschaft – der Ex-Abgeordnete **Klaus Wittauer** aufgetaucht: Der soll der große Fundraiser für das BZÖ gewesen sein, der von der Telekom diese Million organisiert hat.

Haben Sie irgendeine Wahrnehmung, was den Klaus Wittauer im Wahlkampf betrifft: Wie hat sich der eingemischt? Wie hat der über Finanzen gesprochen? Welchen Eindruck hat es damals gegeben?

Gernot Rumpold: Im Zuge des Bundeswahlkampfes habe ich keine Wahrnehmung, dass Klaus Wittauer an irgendeiner Besprechung, bei der ich dabei war, teilgenommen hat. Also ich habe ihn da mehr oder weniger nicht wahrgenommen.

Ich habe ihn natürlich gekannt aus früheren Zeiten, aber er ist mir im Zuge der gesamten Wahlkampforganisation persönlich nicht untergekommen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es sind natürlich sehr viele Menschen an so einem Wahlkampf beteiligt, auch in einem Wahlkampf-Team. Ist da – vielleicht auch in Abwesenheit des Herrn Wittauer – darüber gesprochen worden, hat da wer gesagt: Pfau, der Wittauer bringt uns eine Million oder hunderttausend!, oder irgendwas sonst in diese Richtung?

Gernot Rumpold: Wie gesagt und wie vorher schon erwähnt: Ich hatte mit der Finanzierung dieses Wahlkampfes null und nichts zu tun. Es hat eigene Finanzausschuss-Sitzungen gegeben, ich glaube, damals war der Finanzreferent Harald Fischl, und da ist das alles besprochen worden. Das hat mich nicht tangiert.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Da ist das besprochen worden. Heißt das, dass Sie bei den Besprechungen dabei waren? (**Gernot Rumpold:** *Nein, da war ich nie dabei!*) – Also bei diesen Finanzausschusssitzungen, den Sitzungen dieses

eigenen Ausschusses unter Vorsitz Fischl, der zuständig war, waren Sie nie dabei? Daher haben Sie auch kein Wissen, woher das Geld oder sonst etwas gekommen ist?

Gernot Rumpold: Genau. Das hat mich auch nicht interessiert.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Gut, danke. Vorerst keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Rumpold, eingangs eine allgemeine Frage: Sind Sie von einem Mitglied dieses Ausschusses jemals im Rahmen eines Rechtsstreits juristisch vertreten worden?

Gernot Rumpold: Juristisch? – Ja! Ich glaube von Rosenkranz einmal bei einer Baugeschichte in Wels. Aber das war irgendwo von einer Firma von mir, die nur ... (*Abg. Dr. Jarolim: Handymasten?*) Nein, nein, nein, nein! Pfadenhauergasse 6 war das!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Darf ich als „Auskunftsperson“ sagen: Ich habe in meiner Anwaltskanzlei, -praxis oder sonst etwas noch nie mit irgendeiner Firma Rumpold zu tun gehabt.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Moment! Moment! Es geht der Reihe nach! Abgeordneter Petzner fragt. (*Gernot Rumpold: Rechtsstreit Pfadenhauergasse 6 war nix?*) Sie können sich zur Geschäftsordnung melden, Herr Abgeordneter Rosenkranz!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also der Herr FPÖ-Mandatar Rosenkranz in einer Baurechtssache. Oder was war das genau?

Gernot Rumpold: Das ist ein Projekt in der Pfadenhauergasse 6 in Wien. Da hat es eine Rechtsstreitigkeit gegeben. Da bin ich beteiligt. Im Zuge dessen hat es in Wels eine Verhandlung gegeben, und ich glaube, damals hat er ich weiß nicht wen vertreten, keine Ahnung. Aber es kann auch sein, dass das jetzt eine Verwechslung ist.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Dazu möchte ich jetzt ganz eindringlich auf die Wahrheitspflicht aufmerksam machen! Weil jetzt höre ich sogar: Verhandlung in Wels. Ich habe noch nie in Wels verhandelt!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nur noch eine kurze Frage: Können Sie uns das Jahr sagen, wann das war?

Gernot Rumpold: Die Verhandlung? Das war voriges Jahr. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Wann?*) 2010, 2011.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Okay, gut. Vielleicht kann das der Herr Rosenkranz später noch aufklären.

Gehen wir in die Befragung ein. Ich frage Sie einmal ganz konkret, Herr Rumpold: Es gibt hier einerseits Zahlungen der Telekom in einem Gesamtausmaß von 600 000 € für vier Konzepte, und parallel – Sie haben das schon ausgeführt – hat es Streitigkeiten gegeben mit der Freiheitlichen Partei Österreichs. Und da gibt es den Verdacht der Staatsanwaltschaft, dass da ein Zusammenhang besteht, und zwar aufgrund der zeitlichen Zusammenhänge der Zahlungen.

Dazu kurz folgende Daten: Die Unterschrift auf dem Vertrag für den EU-Wahlkampf 2004, Ihre Unterschrift, stammt vom 6.5.2004. Die erste Teilzahlung der Telekom Austria kommt am 2. April 2004 in der Höhe von 300 000 €. Dann haben Sie am 7. Juni 2004 gegenüber der FPÖ einen Forderungsverzicht gemacht. Und die zweite Teilzahlung der Telekom stammt vom 3. Juni 2004, das heißt nur drei, vier Tage vor diesem Forderungsverzicht.

Hier frage ich Sie ganz konkret: Besteht ein Zusammenhang zwischen diesen Aufträgen und diesen 600 000 € der Telekom und dem Auftrag für den EU-Wahlkampf 2004 beziehungsweise dem Forderungsverzicht der FPÖ, oder besteht da überhaupt kein Zusammenhang?

Gernot Rumpold: Wie ich vorher schon ausgeführt habe, besteht kein Zusammenhang, wie auch von der damaligen Finanzprüferin schriftlich in diesem Prüfbericht bestätigt wurde.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Zu diesen vier Konzepten: Wie ist Ihre Vertragsgrundlage mit der Telekom? Wann wurden diese Geschäfte geschlossen? Mit wem haben Sie verhandelt? Gibt es dazu eine schriftliche Unterlage? In welcher Form wurde das Geschäftsverhältnis mit der Telekom ausgestaltet?

Gernot Rumpold: Das betrifft jetzt den Gegenstand der laufenden Untersuchungen, und da möchte ich mich der Aussage entschlagen, da vom Staatsanwalt noch nicht alle Einvernahmen diesbezüglich durchgeführt worden sind.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Da Herr Gassauer heute noch kommt: Sie geben in Ihrer Beschuldigtenvernehmung an, dass im Oktober oder November 2003 Michael Gassauer von sich aus namens der Telekom an Sie herangetreten ist und ersucht hat, Konzepte für die Telekom zu entwickeln.

Bleiben Sie bei dieser Angabe, dass Gassauer von sich aus an Sie herangetreten ist?

Gernot Rumpold: Ja, selbstverständlich! Das ist ja meine Aussage im Einvernahmeprotokoll vor dem Staatsanwalt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Genau, das ist aus Ihrer Beschuldigtenvernehmung vom 15. März.

Gernot Rumpold: Das entspricht der Tatsache, alles, was dort steht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wissen Sie, wer den Herrn Gassauer da beauftragt hat oder wer hinter Gassauer steckt? Ist das irgendein Vorstand?

Gernot Rumpold: Ich glaube, er ist heute als Zeuge geladen, da können Sie ihn direkt fragen. Mir gegenüber hat er gesagt, intern wurde darüber gesprochen, und er wurde beauftragt, mit mir ein Gespräch zu führen und eben abzufragen, ob ich bereit bin, Konzepte zu liefern.

Was aber genau sein Wissen ist, da haben Sie heute die Gelegenheit, glaube ich, bei ihm direkt nachzufragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dann sagen Sie weiter in Ihrer Beschuldigtenvernehmung von vor wenigen Tagen – Zitat –:

Die Beauftragung durch die Telekom erfolgte mündlich durch Michael Gassauer. – Zitatende.

Sind diese Angaben korrekt? (**Gernot Rumpold: Ja!**) – Ich komme jetzt zu diesen vier Konzepten: Es gibt vier Konzepte um 600 000 €, den zeitlichen Zusammenhang haben Sie aufgeklärt; Sie sagen, es gibt hier keinen.

In den Unterlagen dieser Beschuldigtenvernehmung wird behauptet, dass bei der Telekom lediglich die Deckblätter dieser Konzepte und Studien vorliegen, jedoch nicht die Studien selbst aufgefunden werden konnten. – Diesen Vorhalt macht die Staatsanwaltschaft.

Können Sie mir beantworten: Gibt es hierüber schriftliche Leistungsnachweise? Also die klassische Meischberger-Frage, der heute auch noch kommen wird: „Wos woar mei Leistung?“

Gibt es diese vier Konzepte? Haben Sie diese vier Konzepte der Telekom übermittelt? Wenn ja, warum liegen sie in der Telekom nicht mehr vor, sondern nur die Deckblätter?

Und: Können Sie etwas über den Inhalt dieser vier Konzepte sagen beziehungsweise über die Leistungserbringung? Wie viele Mitarbeiter wurden mit der Erarbeitung dieser Konzepte betraut? Wer hat das gemacht und in welchem Zeitraum?

Nur damit wir Leistung und Gegenleistung, nämlich diese 600 000 €, gegenüberstellen können.

Gernot Rumpold: Selbstverständlich hat es diese vier Konzept-Booklets gegeben, die auch dem Herrn Gassauer übergeben wurden. Die Leistung wurde erbracht und wurde auch zur Telekom transportiert, mit dem gesamten Copyright und allen internationalen Rechten, die bei solchen Konzepten notwendig sind, damit derjenige, der diese Konzepte ankauft, diese auch international verwenden kann. Das wurde gemacht, und das wurde auch ordentlich abgewickelt.

Was die inhaltliche Situation betrifft, so ersuche ich Sie, bei der Telekom nachzufragen, denn all das ist auch bei den Erhebungen des Staatsanwalts anhängig, und daher möchte ich mich auch diesbezüglich heute der Aussage entschlagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir halten fest: Sie haben diese vier Konzepte der Telekom schriftlich – per Post oder was auch immer – übermittelt. Gut, dann werden wir den Herrn Gassauer fragen, was er damit gemacht hat.

Wie viele Personen haben diese Konzepte ausgearbeitet, und wie viel Zeit hat die Ausarbeitung in Anspruch genommen? Können Sie uns das kurz schildern?

Gernot Rumpold: Das waren Konzepte, die meine damalige Frau bearbeitet hat und die auch von ihr ausgearbeitet wurden. Wir hatten sehr viele Konzepte in Vorbereitung. Die Abwicklung war ja damals so – das kann man ja ruhig sagen –, dass Gassauer auf mich zugekommen ist und mich gefragt hat, ob wir nicht die Möglichkeit haben, Konzepte für die Telekom zu entwickeln, weil sie im Markenumfeld eher – wie soll ich sagen? – nicht mehr modern aussieht, da die neuen Firmen, die am Telekom-Markt Anbieter waren – wie damals telering, T-Mobile und so weiter –, eine dynamische Performance lieferten und die Telekom mit ihren Strukturen optisch und auch werblich nicht mehr nachkam. So haben sie laut Gassauer versucht, Konzepte zu finden, wie sie diesem Problem entgegen können.

Wir haben dann aus unserem Fundus versucht, Konzepte für die Telekom aufzubereiten. Ich habe ihm dann Präkonzeptionen, die vielleicht zu diesem Thema passen könnten, gegeben, die er auch mitgenommen und die intern besprochen hat. Daraus ist dann faktisch die Beauftragung entstanden, sich bei vier Konzeptionen mehr zu vertiefen, und das ist schlussendlich dann auch erfolgt.

Also das Ganze hat sicher von Herbst 2003 bis eben zur Abgabe gedauert; das waren etwa vier, fünf Monate.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Vier, fünf Monate Vorbereitung dieser Konzepte.

Ich lege Ihnen ein Schreiben vom 2. April 2004 vor, das Sie an den Herrn Gassauer geschickt haben.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Da ist die Wortfolge „vier Studien“ eingekreist, und dann steht oben handschriftlich darüber geschrieben: „Welche konkreten vier Studien?“, mit einem Datumsvermerk: „11.11.“:

Können Sie sich erklären, wie auf dieses Schreiben, das Sie an die Telekom geschickt haben, dieser Vermerk „Welche konkreten vier Studien?“ kommt, oder müssen wir das auch den Herrn Gassauer fragen?

Gernot Rumpold: Keine Ahnung. Das war vielleicht der Staatsanwalt. Wer auch immer. – Ich kenne diese Schrift nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dann gibt es mehrere Rechnungen: eine vom 2.4.2004, wo Sie zuerst eine Gesamtrechnung mit der Gesamtsumme von 600 000 € stellen. Am gleichen Tag, am 2.4.2004, kommt ein Storno dieser 600 000 €, und am 2.4. kommt dann eine zweite Rechnung mit 300 000 €: erste Teilzahlung.

Das heißt: Zuerst haben wir am 2.4. die volle Summe mit 600 000 €, dann haben wir das Storno dieser 600 000 €, dann haben wir am 2.4. eine Rechnung mit 300 000 €. – Und dann gibt es plötzlich noch eine zweite Teilzahlung, die zweiten 300 000 €, Verrechnung mit 16.4.2004.

Können Sie uns das erklären? Was war denn da die Schwierigkeit mit der Telekom, dass Sie am 2.4.2004 insgesamt drei Schriftstücke hin- und hergeschickt haben: zuerst eine Rechnung, dann ein Storno, dann wieder eine Rechnung?

Gernot Rumpold: Ich glaube, das war irgendein Abstimmungsfehler zwischen mir und Gassauer, weil wir, glaube ich, zuerst den ganzen Betrag auf einmal verrechnet haben, dann aber, aufgrund eines Anrufes von der Telekom, aufgefordert wurden, diesen in zwei Rechnungen zu splitten, was schlussendlich auch passiert ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also zuerst die volle Verrechnung und dann die Splittung, das hängt nicht – ich habe vorher die Daten genannt – mit den parallel laufenden Aktivitäten mit der FPÖ zusammen? (*Gernot Rumpold: Nein, überhaupt nicht!*) Kein Zusammenhang?

Gernot Rumpold: Es gibt keinen Zusammenhang, es kann ja auch keinen geben, das sind komplett getrennte Kunden und komplett getrennte Arbeitsbereiche gewesen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gehen wir kurz zum BZÖ-Wahlkampf 2005, Sie waren damals Bundeswahlkampfleiter.

Kurze Frage: Haben Sie jemals mit einem Hubert Gorbach oder anderen über die Finanzierung von Spenden, das Auftreiben von Geldern, Parteienfinanzierung gesprochen – oder waren Sie mit der Finanzierung des Wahlkampfes überhaupt nicht betraut?

Gernot Rumpold: Nein. Geld und Finanzierungsthemen waren für mich nicht Sache, sondern ausschließlich **Werbung** und **Organisation**.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich mache Ihnen folgenden Vorhalt aus der Beschuldigtenvernehmung von Christoph Pöchinger am 17. 11. 2011. Der Kollege Rosenkranz hat das schon erklärt: Der Herr Wittauer hat die Gelder bei der Telekom organisiert. Alle bisherigen Zeugen haben teilweise ausgesagt, sie haben das nicht gewusst, bis auf den Herrn Pöchinger. Der Herr Pöchinger hat von Wittauer Gelder für den Gastinger-Persönlichkeitswahlkampf bekommen. Die Frau Gastinger – das wissen Sie – ist wenige Tage vor der Wahl aus dem BZÖ ausgetreten und dann war die Frage: Was passiert mit diesem restlichen Wittauer-Geld, das über die Telekom gekommen und vom Gastinger-Wahlkampf übriggeblieben ist?

Die Frage war, wie man mit dem übrigen Geld umgehen solle und wohin es zurückzuerstatten sei. Und dann kommt's – Zitat –:

Meiner Erinnerung nach habe ich –

also Pöchinger –

nach dem zuvor geführten Gespräch mit Gastinger Gernot Rumpold angerufen. Er war für mich der Leiter des Wahlkampfes des BZÖ 2006.

Er sagt, Sie waren nicht in den Gastinger-Wahlkampf verwickelt. Dann heißt es:

Ich teilte Rumpold mit, dass eine Inseratenkampagne für Gastinger in der Tageszeitung „ÖSTERREICH“ gebucht sei, dass das nicht mehr gebraucht wird ... – bla, bla, bla –, dass er diese Inserate zur Verfügung stellt und dass er dann fragt, wohin das restliche Geld denn jetzt überwiesen werden soll.

Und dann kommt's: Rumpold teilte mir mit, dass das verbliebene Wahlkampfbudget an eine Firma zu überweisen ist.

Das ist dann auch geschehen. Dieses Geld ist von der Agentur Haslinger an die Agentur Schmied weitergeleitet worden und von der Agentur Schmied ist der größte Teil dann in der Orange Werbeagentur gelandet.

Meine Frage dazu, Herr Rumpold: Haben Sie dazu dieses Gespräch mit Herrn Pöchinger gehabt? Sind die Angaben von Pöchinger dazu korrekt? Was haben Sie mit Pöchinger besprochen? Hat Ihnen Pöchinger gesagt, woher dieses Geld kommt? Haben Sie jemals gewusst, dass es sich bei diesem restlichen Geld des Gastinger-Persönlichkeitswahlkampfes um von Klaus Wittauer als Einzelperson organisierte Gelder der Telekom Austria handelt?

Gernot Rumpold: Zu diesem Vorhalt betreffend Aussage Pöchinger: Das ist mir nicht mehr in Erinnerung, nur kann ich mir vorstellen, dass das im Zuge des Wahlkampfes gefragt worden ist.

Wenn irgendwo Geld übergeblieben ist, wohin es überwiesen wurde, das entzieht sich aber leider wirklich meiner Kenntnis. Ich wurde mit Geldaufträgen oder Geld-Hin- und Herüberweiserei im Zuge dieses Wahlkampfes nicht befasst und so konnte auch hier von mir keine definitive Aussage erwartet werden. Ich war wahrscheinlich der Meinung, dass, wenn Geld überbleibt, das irgendwer bekommen soll, aber ich habe nicht gewusst, woher das Geld kommt, weshalb das Geld dort ist oder wie das Ganze zustande kommt.

Gastinger war nicht in meinem Einflussbereich, da sie ja einen Persönlichkeitswahlkampf getrennt vom Bundeswahlkampf führte und ich daher damit überhaupt nichts zu tun gehabt habe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schlussfrage. Wir haben ja auch den Herrn Pöchinger dazu hier im Ausschuss befragt. Er hat unter Wahrheitspflicht gesagt – Zitat –:

„Ich habe den Herrn Rumpold auf Weisung von Gastinger und Wittauer angerufen, und er hat gesagt, er kümmert sich darum, dass die Agenturen sich das untereinander ausmachen.“

Ich halte fest, Sie sagen, wie viele andere auch, wenn, dann haben Sie nicht gewusst, woher dieses Geld kommt. Das ist auch logisch, weil es der Wittauer niemandem gesagt hat, aber trotzdem: Hat es dieses Gespräch mit Pöchinger jemals gegeben, der Sie gefragt hat, du Gernot, da ist Geld von der Gastinger übergeblieben, was machen wir damit? Können Sie das ausschließen oder ...

Gernot Rumpold: Ich will es nicht verneinen oder bejahen, weil im Zuge eines Wahlkampfes viel geredet wird. Ich habe mit dem Geld sowieso nicht zu tun gehabt, daher kann ich mir vorstellen, dass ich gesagt habe ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir halten fest, dieses Gespräch kann stattgefunden haben, aber wir halten fest, Sie waren nie darüber informiert, von Wittauer oder sonst wem, dass es sich um **Telekom-Geld** handelt. (*Gernot Rumpold: Ja!*) – Okay. Danke.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich habe Ihnen jetzt großzügigerweise 10 Minuten eingeräumt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe es gesehen. Danke.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ausnahmsweise, aber das wird angerechnet.

Herr Abgeordneter Dr. Jarolim ist der Nächste. – Bitte.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ganz kurz – bevor ich mit Ihnen die Aussagen von Frau Natascha Rabl durchgehe, die ja mehr oder weniger die beiden Gesellschaften als eine Art zentrale Geldwäschanstalt darstellt – eine Frage zu der Rechnung und zur Beauftragung von der Telekom.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Uns liegt die Auftragsbestätigung vom 2. April 2004 vor, da schreiben Sie hinein:

Sehr geehrter Herr Gassauer! Vielen Dank für die Auftragserteilung zur Erstellung von vier Studien beziehungsweise Konzepten.

Und dann steht unten: Liefertermin für die oben genannten Konzepte ist der 25. Mai.

Das ist knappe fünf Wochen später. Tatsächlich ist es so, dass Sie am 2. April 2004 die Auftragsbestätigung geschrieben und auch gleich die erste Rechnung gelegt haben. Sie haben uns vorhin erzählt, man braucht ungefähr vier Monate für derartige Leistungen, von denen in der Telekom offensichtlich nichts anderes mehr vorhanden ist als die Aktendeckel.

Haben Sie vor dieser Bestätigung der Auftragserteilung schon Leistungen begonnen? Oder wie kommt es dazu, dass Sie am 2. April den Auftrag bestätigen und bereits am 25. Mai abgeben?

Gernot Rumpold: Wie vorhin erwähnt, ist Gassauer auf mich ja im Herbst des Jahres 2003 zugekommen mit dem Ersuchen, dass wir Konzepte für die Telekom erarbeiten. Im Zuge dieser Besprechungen, die es da gegeben hat, und im Zuge des Austausches von Informationen ist das natürlich Richtung vier Konzepte gegangen, wo das schlussendlich in diesem Bestätigungsschreiben vom 2. April des Jahres 2004 gegipfelt hat, wo dann auch festgehalten wurde, dass es jetzt diese vier ausgearbeiteten Konzepte sind und diese auch von der Telekom übernommen werden.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Haben Sie die Konzepte schon vorher zu bearbeiten und zu erstellen begonnen? (*Gernot Rumpold: Natürlich!*) – Ist es üblich, dass Sie, **bevor** Sie einen konkreten Auftrag haben, Tätigkeiten entwickeln?

Gernot Rumpold: Ja, in der Werbebranche überhaupt; wir müssen immer Vorleistungen treffen und hoffen, dass das, was an Leistung geboten wird, dann auch vom Kunden abgekauft wird. Wenn nicht, dann war es wieder einmal ein Weg umsonst. Das ist leider das tagtägliche Agenturleben und betrifft viele Agenturen in der Werbebranche.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich komme dann noch einmal zur zeitlichen Abfolge dieses Geschäftes zurück.

Frau Natascha Rabl ist nicht irgendjemand, sie war als Ihre Sekretärin von 2000 bis 2006 bei Ihnen beschäftigt, Sie kennen sie gut, und sie schildert ihre Tätigkeit im Wesentlichen so. Vielleicht können wir das Protokoll gemeinsam durchgehen und Sie sagen dann jeweils, was Sie davon halten, warum es so ist oder warum es nicht so ist. Frau Rabl sagt:

„Zu meinen Tätigkeiten die ich ebenfalls für die Fa. SCHMIED & SCHMIED übernommen habe“ – also sie war bei beiden Gesellschaften tätig –, „zählte die Rechnungslegung.“

Weiters:

„Zu den Rechnungen gebe ich jedoch an, dass die zumeist überhöht ausgestellt waren.“

Es gab im Wesentlichen zwei Vorgangsweisen: Die eine war, wenn es tatsächliche Tätigkeiten gegeben hat, die andere war, wenn es keine Tätigkeiten gegeben hat.

Dazu sagt Frau Rabl:

„Es gibt auch ‚Aufträge‘ die nicht nachvollziehbar sind und für die 100% keinerlei Tätigkeiten vorgenommen hat. Bei diesen ‚Aufträgen‘ wurden in den Rechnungsbegründungen immer irgendwelche Angaben wie ‚Recherchen, Check der Werbemittel, Screening, Interpretation‘ etc. angeführt. Bei diesen Rechnungen war es mir als Assistentin der Geschäftsführung nicht klar, wer diese Tätigkeiten vorgenommen haben sollte, sprich von der 100% wurde keine Tätigkeit vorgenommen, welche ich konkret nachvollziehen konnte. Da ich die einzige Angestellte war, hätten diese Tätigkeiten wohl von mir vorgenommen werden müssen, bzw. an Subfirmen in Auftrag gegeben werden müssen“, was ich wissen hätte sollen.

Dem Rechnungsempfänger war auch klar, dass er für die Rechnungssumme keine Leistungen erhält. Es war mit dem ‚Auftraggeber‘ so vereinbart, dass er den auf der Rechnung angeführten Betrag an die 100% –

also an Sie –

„überweist und dieser Betrag, unter Einbehalt von einem Unkostenbeitrag – für die Rechnungslegung (...) weiter überwiesen wird.

Eine direkte Überweisung an die Mediaconnection wäre von den ‚Auftraggebern‘ nicht gewünscht gewesen, da diese Firma mit der FPÖ in Verbindung gebracht wurde.“

Das klingt natürlich alles andere als so, wie man sich üblicherweise eine normale Geschäftsgebarung vorstellt, das klingt so, als würde da wirklich im Großkonzept – ich darf Ihnen dann andere Aussagen auch noch vorhalten – Geld gewaschen werden.

Was sagen Sie dazu?

Gernot Rumpold: Das ist eine absolute Unterstellung und unsinnige Behauptung, die diese damalige Mitarbeiterin da aufstellt. Ich weiß nicht, wie sie zu solchen Angaben kommt. Ihre Befähigung als Sekretariatskraft kann sie nicht dazu befähigen, inhaltliche ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das war die einzige Mitarbeiterin.

Gernot Rumpold: Das stimmt nicht! Das stimmt ja nicht, sie war nicht die einzige Mitarbeiterin. Wir hatten ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Also nachdem Ihre damalige Gattin Personalabbau betrieben hat, sagt sie, sie war die einzige Mitarbeiterin.

Gernot Rumpold: Okay, das werden wir auch im Zuge des Verfahrens aufklären, aber die Behauptung ist absolut unsinnig und hat keinen Wahrheitsgehalt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Frau Rabl sagt dann weiters:

„Dazu möchte ich weiters anführen, dass im Safe der Firma 100%“ –
also bei Ihnen –

„ (...) oftmals sehr viel Bargeld, in unterschiedlichsten Höhen, lag. Konkrete Summen kann ich dazu jedoch nicht angeben, da ich das Geld nie nachgezählt habe, es wurden mir aber oft Geldkuverts übergeben, aufgrund deren Stärke ich davon ausgegangen bin, dass es eine größere Summe sein musste.

Zu dem Bargeld weiters befragt gebe ich an, dass dieses immer wieder aus dem Safe genommen wurde und wieder aufgefüllt wurde. Über Befragen gebe ich an, dass einige Personen, über welche Interventionen vorgenommen wurden, mit Bargeld und nicht durch Überweisungen für ihre Tätigkeiten bezahlt worden sind. Welche Personen konkret welche Summen erhalten haben, kann ich nicht angeben.“

Das erinnert uns natürlich an einen anderen Untersuchungsausschuss, der schon zurückliegt.

Nichtsdestoweniger: Was sagen Sie dazu?

Gernot Rumpold: Ich glaube, diese Mitarbeiterin hat zu viel Donald Duck-Bücher gelesen, weil das ist eigentlich eine Behauptung, die total widersinnig ist. Natürlich ist es im normalen Ablauf eines Agenturlebens so, dass manche Freelancer, die kommen und Texte abliefern, direkt bezahlt werden, oder bei Veranstaltungen und Events, dass man Geld in Briefkuverts mitnimmt und die dort beschäftigten Catering- und sonstige Mitarbeiter, die vor Ort sind, auch direkt bezahlen kann. Um nichts anderes hat sich diese Situation gedreht und dabei gehandelt. Und ihre Interpretation ist absolut verrückt, kann ich nur sagen. Verrückt!

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Bei Ihnen dürfte aber offensichtlich Ihr Extrem – so schaut es zumindest aus – gewesen sein, weil Sie ...

Gernot Rumpold: Da müsste sie auch sagen, wer was wann und welche Person was bekommen hat. Sie kann nicht einfach Behauptungen in den Raum stellen, die absolut haltlos sind.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Warten Sie einmal, ob sie haltlos sind, das prüft gerade die Staatsanwaltschaft. (*Gernot Rumpold: Das ist ja gut so!*) – Weiters sagt Frau Rabl:

„Es kam schon vor, dass mir aufgetragen wurde, dass ich einen Geldbetrag herrichten soll und dann das Kuvert von Gernot RUMPOLD mitgenommen wurde. Konkret habe ich jedoch keine Übergabe von Geldbeträgen“ –

durch Rumpold dann –

„gesehen.

Dazu gebe ich an, dass Gernot RUMPOLD in den Kuverts so weit ich mich erinnern kann immer 200 Euroscheine hatte und dieses Geld für sich verwendet hat. Ich nenne es (...)Transchgeld. Die anderen Kuverts die ich hergerichtet habe und von welchen ich annehme, dass diese an andere Personen übergeben wurden, waren so weit ich weiß Euro 500 – Scheine.“

Ganz zuletzt sagt Frau Rabl dann, nachdem sie offensichtlich aufgrund dieser gesamten Erfahrung Sorge und Angst hatte, wenn sie das tatsächlich an die Öffentlichkeit bringt, an die Sicherheitspolizei, dass sie ihre Stelle verlieren könnte, dass es dann Probleme gäbe, und dass sie sogar bei der Arbeiterkammer war, um sich zu vergewissern, was passieren könnte, wenn sie die Last, die sie da getragen hat, nicht mehr weiter tragen will. Und das macht sie natürlich nicht gerade unglaubwürdig.

Vielleicht noch eine ganz kurze Darstellung, was Frau Rabl weiter erzählt hat:

„Ich weiß dass ich im Auftrag von RUMPOLD Erika“ –

also damals –

„bei der TELEKOM angerufen habe, um nachzufragen, wie genau der Rechnungstext lauten solle. Es war mit Sicherheit ein Mann, mit dem ich telefoniert habe, ich kann aber heute nicht mehr sagen, ob es sich um eine Person namens SCHIESZLER gehandelt hat.

Ich kann mich noch erinnern, dass Frau RUMPOLD gesagt hat, dass der jetzige Geldbetrag vermutlich in Höhe von Euro 150.000 -- nur der Anfang sei und es noch mehr Geld von der TELEKOM geben werde.“

Da ist der Geldregen offensichtlich angesagt worden. Das erste Telefonat. Was sagen Sie dazu?

Gernot Rumpold: Erstens einmal frage ich Sie, ob Sie sich nicht selbst komisch vorkommen, wenn Sie solche dummen Anschuldigungen vorlesen. Weil das ist nicht sehr ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das sind nicht „dumme Anschuldigungen“, sondern das sind ganz wesentliche ...

Gernot Rumpold: ...imagebildend für Sie als Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Entschuldigen Sie bitte, die sind sicherlich für Sie noch maßgeblich. Ich möchte Ihre Meinung dazu wissen.

Gernot Rumpold: Es ist ja bekannt, dass Sie nicht sehr genau arbeiten, weil die Schwärzungen der Akten haben auch Sie hinausgespielt, und dann schlussendlich sind Sie draufgekommen, dass alle Akten eh da sind.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich glaube, Sie sollten aufpassen, was Sie da sagen, und sich nicht in Hitze reden!

Gernot Rumpold: Sie sollten ein bisschen tiefer recherchieren, Herr Abgeordneter, und genauer!

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Beruhigen Sie sich wieder ein bisschen! Atmen Sie durch, ist vielleicht gescheiter, und dann überlegen Sie sich, was Sie sagen! Das ist ein guter Ratschlag.

Gernot Rumpold: Herr Abgeordneter Jarolim, zu diesem Vorlesen, was Sie jetzt gemacht haben, kann ich nur eines sagen: Das sind alles ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das nennt man normalerweise Vorhalten. (*Gernot Rumpold: Nein, vorlesen!*) – Nur, dass Sie es auch gleich mitnehmen.

Gernot Rumpold: Das ist eine wirkliche Geschichte aus dem Reich der **Sagen** – und nicht der fiktiven Wahrnehmung.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das sind Polizei-Protokolle.

Gernot Rumpold: Ich glaube, dass diese Person, Natascha Rabl, eine dissoziative Bewusstseinsstörung hat, weil sonst kann sie nicht solche dummen und unsinnigen Behauptungen aufstellen. Die werden auch beim Staatsanwalt widerlegt werden. Mehr möchte ich dazu jetzt nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Haben Sie diese vier Studien dem Staatsanwalt vorgelegt? Der hat sich sicher dafür interessiert.

Gernot Rumpold: Ich entschlage mich der Auskunft, weil das ist Sache der Erhebungen der Staatsanwaltschaft.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Von der Chronologie: Herr Rumpold, Sie müssen verstehen, dass wir hier versuchen wollen, die Wahrheit zu finden. Und alle Mittel, die dazu dienen – und das sind natürlich die Gerichtsakten –, müssen erhalten. Ich will Ihnen nicht persönlich nähertreten, nur das zur grundsätzlichen Linie, aber ...

Gernot Rumpold: Das sind Sie schon mit Ihrem Hinausspielen der geschwärzten Akten.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich sage darauf gar nichts mehr. Ich halte Ihnen die Chronologie des Forderungsverzichtes ... (*Gernot Rumpold: Das ist unseriös!*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr Rumpold, Sie haben sich dann zu Wort zu melden, wenn Sie **gefragt** sind! Sie dürfen nicht unterbrechen! Und bitte auch in den Antworten eine Wortwahl zu treffen, die die Würde des Ausschusses berücksichtigt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich habe auch kein Problem damit. Wenn es gruppenspezifisch der De-eskalierung dient, dann mache ich da gerne mit. Ich bin zwar nicht dazu da, aber wir können hier schon umfassender tätig sein.

Herr Rumpold, noch einmal die Chronologie: Im Rahmen des Finanzverfahrens gibt es zwei Aussagen von Ihnen, die hier vorgehalten werden – worauf sich die Finanz dann auch bezieht –, und die klingen eigentlich ganz anders als das, was Sie uns heute gesagt haben.

Und zwar wird im Finanzakt berichtet – das ist Seite 11 von 149 in der Kopie, und die Ordnungsnummer 26 –:

„Am 27.6.2006 teilte Herr Rumpold im Zuge einer Besprechung mit, dass über den Forderungsverzicht an die FPÖ Bund der Auftrag von der Telekom Austria kam.“

Also, da steht drinnen – das schreibt die Finanzbehörde –, Sie hätten am 27. 6. 2006 mitgeteilt, dass die Telekom nach dem Forderungsverzicht, somit im Zusammenhang mit dem Forderungsverzicht – und das ist genau das, was Ihnen vorgeworfen wird, was dann zu einer Steuerhinterziehung führt und was dann zu den sonstigen kriminaltechnischen Fällen führt, dass Sie das getan haben ...

Was sagen Sie dazu? Hat die Steuerbeamtin Sie da falsch zitiert, oder ist ...

Gernot Rumpold: Absolut. Und das ist auch ein Grund des anhängigen Berufungsverfahrens, und dazu kann ich dann leider nichts mehr sagen, weil ich mich entschlagen will, weil ich das Berufungsverfahren noch abwarten muss.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich verstehe das völlig. Was ich nicht ganz verstehe, ist, wenn dann Ihr eigener Steuerberater im Rahmen einer Berufung gegen die erstinstanzliche Entscheidung, wonach Sie in nicht unerheblichem Ausmaß Finanznachzahlungen bekommen, feststellt – das sind damals die Gespräche gewesen, diese Schlichtungsgespräche, die Sie mit der FPÖ geführt haben –, im Schriftsatz steht das drinnen:

Im Zuge dieser Gespräche wurde sodann vereinbart, dass die MCA –
also Ihre Gesellschaft –

bei der Akquirierung neuer Aufträge unterstützt wird, und man sich insbesondere bemühen wird –

nämlich die FPÖ –,

dass die MCA bei öffentlichen Ausschreibungen nicht mehr benachteiligt wird, indem man die Unterstützung gewährt. – Zitatende.

Das klingt natürlich schon so – und das alles im Zusammenhang mit den Leistungen, um die es geht, und das sind die Leistungen der Telekom, das ist der Verzicht gegenüber der FPÖ, der ja nichts anderes war als ein Ersatz. Das heißt, die Forderung der FPÖ hat dann die Telekom bezahlt. Die ist quasi eingesprungen, das schreibt Ihr eigener Steuerberater.

Was sagen Sie dazu?

Gernot Rumpold: Ich habe das in meiner Aussage beim Staatsanwalt klargestellt, dass da missverständliche Informationen vorliegen und es ganz klar war, dass das **nicht** im Zusammenhang mit der Telekom steht.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich darf Ihnen vielleicht die Chronologie der Abwicklung vorhalten, wie da mit der Telekom kommuniziert worden ist, und wie Gelder geflossen sind, einerseits von der Telekom und es andererseits zu einem Forderungsverzicht gegenüber der FPÖ gekommen ist.

Am 1. 4. 2004 gab es dieses Schreiben, das ich Ihnen vorhin vorgehalten habe, wo der Auftrag bestätigt wird über vier Studien, vier Konzepte.

Am 2. 4. – also einen Tag danach – haben Sie daraufhin die erste Rechnung an die Telekom gelegt, im Ausmaß von 300 000 €. Kurze Zeit – vier Tage – später, am 6. 4., trotz des Prozesses und angeblicher Zahlungsschwierigkeiten der FPÖ, kam es zu einem Vertrag über den EU-Wahlkampf.

Sie haben mit der FPÖ diese Auseinandersetzung gehabt – und plötzlich, nachdem diese Auftragsbestätigung erfolgt ist, haben Sie mit **der** FPÖ, mit der Sie gestritten und wo Sie gesagt haben, Sie wissen nicht genau, ob die überhaupt etwas bezahlen können, einen Vertrag über einen EU-Wahlkampf unterfertigt.

Am 16. 4., also nur zehn Tage danach, haben Sie dann die zweite Rechnung an die Telekom gelegt. Das liegt alles unmittelbar hintereinander.

Am 29. 4. ist dann von der Telekom tatsächlich auch die erste Zahlung, nämlich 300 000 € bei Ihnen eingegangen.

Daraufhin haben Sie den Vertrag, der Ihnen übermittelt worden ist, den EU-Wahlkampf-Vertrag unterschrieben. – 300 000 € gehen bei Ihnen ein. Sie unterschreiben den EU-Wahlkampf-Vertrag mit der FPÖ.

Am 4. 6., ein paar Tage später, sind noch einmal 300 000 bei Ihnen eingegangen.

Und daraufhin unterschreiben Sie am 7. 6., einen Tag danach, den Generalvergleich mit der FPÖ. Jetzt erklären Sie uns bitte, wie kann das anders gesehen werden, als dass Sie nur deshalb, weil Sie von der Telekom diese 600 000 € bekommen haben, tatsächlich bei der FPÖ auf Ihre Forderungen verzichtet haben, und somit letztlich nichts anderes stattgefunden hat, als dass die Telekom offensichtlich – weil sie nichts anderes mit ihrem Geld machen wollte, durfte oder konnte – Ihnen diese 600 000 – und damit eigentlich der FPÖ – widerrechtlich zugewendet hat?!

Gernot Rumpold: Dieser Vorhalt ist eine Frage des Standpunktes, glaube ich. Ich habe Ihnen vorher erklärt, dass der Schiedsgerichtsvergleich mit der FPÖ in keinem Zusammenhang mit dem Telekom-Auftrag steht und stand, und auch nicht verglichen werden kann. Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Als solches muss man das auch zur Kenntnis nehmen.

Aus Ihrer Sicht wahrscheinlich eine Verdachtslage, aus meiner Sicht die **wahre Situation**, wie das damals abgelaufen ist. Ich hatte das Schiedsgerichtsverfahren und den Vergleich mit der FPÖ verhandelt, auf der einen Seite, aber auf der anderen Seite haben wir einen ganz normalen Auftrag abgewickelt, wo wir auch geliefert haben. Also es hat das eine mit dem anderen ja überhaupt nichts zu tun.

Diese Unterschrift – EU-Wahlkampf –, da kann ich nichts dafür, dass der zeitlich genau in diese Situation hineinfällt. Kärntner Wahlkampf war ein Jahr vorher, und die Nationalratswahl war demnächst fällig. Also, folglich war für mich das Paket schlüsselfertig, und das habe ich abgeschlossen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Letzte Frage, die Zeit ist schon **deutlich** überschritten!

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Es ist nur komisch, dass überall dort, wo Sie mit Behörden in Kontakt treten, im Protokoll andere Argumente und Ausführungen festgehalten werden, als das, was Sie uns heute erklären. – Ich komme dann in der nächsten Runde wieder darauf zurück.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Rumpold! Wir gehen von zwei Telekom Austria-Zahlungen aus, eine vom 16. April 2004 über 300 000 € brutto, und eine vom 4. Juni 2004, ebenfalls über 300 000 € brutto. Über die wird die ganze Zeit schon gesprochen. Sie bestreiten ja diese Zahlungen nicht. (**Gernot Rumpold: Nein!**) – Ich möchte in einem ersten Durchgang mit Ihnen ein System von Scheinrechnungen durchgehen, in einem zweiten Durchgang ein System der verdeckten Parteienfinanzierung für die FPÖ und für das BZÖ, in einem dritten den dringenden Verdacht der Geldwäsche auf verschiedene Art und Weise, in einem vierten eine gesetzwidrige Beeinflussung des öffentlichen Auftragswesens und in einem fünften Durchgang etliche Sonderleistungen in Richtung Freiheitliche Partei, die zum Teil skurril und zum Teil erklärungsbedürftig sind.

Ich möchte beginnen bei dem, was ich persönlich, ich sage immer: persönlich – es gibt ja keine abgeschlossenen Verfahren –, für **Scheinrechnungen** halte.

Da geht jetzt es einmal um den Zusammenhang mit der FPÖ. Als Sie am 27. 6. 2006 mit der Finanzbeamtin zusammengesessen sind, hat sich die Finanzbeamtin über Ihr Gespräch handschriftliche Notizen gemacht. Ich lege Ihnen das vor.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Ich lese Ihnen aus der handschriftlichen Notiz vor: „FPÖ zahlungsunfähig, FPÖ zu Auftrag verholfen um € 500.000,- zw. Telekom u. MCA, deswegen ist Vgl. zustande gekommen.“

Das ist eine eindeutige Geschichte. Die Finanzbeamtin sitzt dort und macht sich einen handschriftlichen Vermerk. In **Ihrer** Gegenwart. Sie sitzen daneben, wie die Finanzbeamtin das protokolliert. Und sie protokolliert eindeutig: „FPÖ zahlungsunfähig, FPÖ zu Auftrag verholfen um € 500.000,- zw. Telekom u. MCA, deswegen ist Vgl. zustande gekommen.“

Und jetzt schauen wir uns einmal Folgendes an. Dann haben Sie in diesem Zusammenhang die ganze Zeit mit einem Herrn Gassauer in der Telekom Austria zu tun.

Ist Ihnen dieser Herr Gassauer auch politisch nahe gestanden?

Gernot Rumpold: Weiß ich nicht. Seine politische Gesinnung kenne ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die Finanzbeamtin hält Folgendes fest:

Internet-Recherchen lassen erkennen, dass der Prokurist der Telekom Austria, Michael Gassauer, ebenfalls die gleichen politischen Interessen vertreten dürfte wie der Geschäftsführer Gernot Rumpold. – Zitatende.

Ich lasse das einfach unkommentiert stehen. Ich gebe das einfach wieder. Wir werden den Herrn Gassauer dazu befragen.

Jetzt gehen Sie her und sagen – und da sind wir bei den möglichen Scheinrechnungen –, Sie machen Präkonzepte, Konzepte, und verrechnen dann die genannten Beträge.

Am 28. Mai 2004 wenden Sie sich an den Herrn Prokuristen Michael Gassauer in der Telekom, betreff Auftragserteilung vom 1. April 2004 von der Telekom Austria AG für die Konzeption von vier Studien.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Die vier Studien sind –

und das schreiben Sie selbst –

erstens: „Standortkonzept Mobiler Verkaufseinheiten“, zweitens: „Verkaufsförderungsmaßnahmen und Imagebildungskonzept“, drittens: „Markenimplementierungskonzept“ und viertens: „Konzept für Produkteinführungs-Roadshow“.

Gehen wir es gemeinsam miteinander durch; zu den Präkonzepten werde ich Sie nachher fragen.

Erstens: Wo finden wir das „Standortkonzept Mobiler Verkaufseinheiten“?

Gernot Rumpold: In der Telekom, beim Kunden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Welches ist es? Welchen Titel trägt es?

Gernot Rumpold: Diesen Titel, der da steht. *(Abg. Dr. Pilz: Wie?)* – Diesen Titel, der da steht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich kann nicht so weit lesen. Lesen Sie es bitte vor!

Gernot Rumpold: Sie haben es soeben vorgelesen, nicht? Warum soll ich das noch einmal vorlesen? – Erstens, zweitens, drittens, viertens.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, vielleicht haben Sie mich missverstanden. Da steht unter erstens: „Standortkonzept Mobiler Verkaufseinheiten“. *(Gernot Rumpold: Ja!)* – Welches der von Ihnen der Telekom übergebenen Konzepte ...

Gernot Rumpold: Das Konzept, das sind vier Booklets gewesen, die mit diesem Titel der Telekom übergeben wurden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben der Telekom drei kurze Konzepte übergeben.

Welches ist hier dieses „Standortkonzept Mobiler Verkaufseinheiten“?

Gernot Rumpold: Herr Abgeordneter Pilz, Sie sind wahrscheinlich im Besitz der Präkonzeptionen, die im Vorbereich übergeben wurden, und diese Konzepte, diese Booklets sind ja nirgendwo anscheinend da bei der Telekom.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. Dann präzisiere ich die Frage:

Das eine heißt „**B2B Fibel**“ der Telekom Austria AG. – Ist das ein **Konzept** oder ein **Präkonzept**? (*Gernot Rumpold: Eine Präkonzeption!*) Von wann stammen die Präkonzepte?

Gernot Rumpold: Aus verschiedenen Jahren. Vorher. Eine Agentur hat ja 30, 40 Konzepte immer liegen, um sie adaptieren zu können, wenn Branchenaufträge oder Branchenwerbekampagnen auf sie zukommen. Denn die Grundkonzeption ist ja meistens überall dieselbe. Und sie werden dann adaptiert auf die diversen Bedürfnisse der einzelnen Branche.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Rumpold, da sind wir beim ersten Punkt. Dieses ist nachweislich die **Unwahrheit**, und zwar aus folgendem Grund:

Sie haben hier die Rechnung vom 28. Mai bereits über die fertigen Studien und Konzepte. Die Präkonzepte müssen deutlich früher erstellt worden sein.

Gernot Rumpold: Habe ich gesagt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dieses Konzept, das Sie uns als Präkonzept verkaufen wollen, stammt aus dem Mai 2004 – wo bereits das Geld überwiesen war, wo bereits der ganze Schriftverkehr mit der Telekom beendet war, wo Sie die Konzepte bereits übermittelt haben.

Gernot Rumpold: Vielleicht ist eine falsche Datumszeile hineingerutscht, Herr Abgeordneter.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr Rumpold, lassen Sie zuerst ausreden!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Rumpold, wir sind bei Mai 2004.

Ich nehme gleich das Nächste. Wir werden nachher dazu kommen, dass auch eine sachliche Zuordenbarkeit von sogenannten Präkonzepten nicht gegeben ist.

Das Nächste ist: Telekom Austria präsentiert exklusiv „TELE CHAMPION“, das große Handytelefonspiel der Telekom Austria, Präsentation der Möglichkeiten und Benefits. Wien, im Mai 2004.

Ist da wieder eine Datumszeile reingerutscht?

Gernot Rumpold: Schauen Sie, Herr Abgeordneter Pilz, ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich frage Sie nur, ob da eine Datumszeile reingerutscht ist.

Gernot Rumpold: Diese gesamten Präkonzeptionen wurden dem Herrn Gassauer übergeben. Diese Präkonzeptionen waren teilweise Grundlage für die Erstellung dieser Konzepte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe Sie nur nach dem Datum gefragt.

Gernot Rumpold: Mit diesen Datumszeilen hat es wahrscheinlich irgendwas auf sich. Ich weiß nicht, was genau, nur ist es nicht nachvollziehbar, weil das Ganze ja eigentlich übergeben wurde. Deshalb ist es eine klare Situation, dass viele, viele Konzepte – damals nicht viele, sondern zehn Konzepte – übergeben worden sind, und aus diesen Konzepten die Booklets für die vier Großkonzeptionen dann entstanden sind.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir haben zwei Mal **Mai 2004**. Das ist bereits der Zeitpunkt der Abgabe der Endkonzepte. Zwei Mal stehen hier für Sie unerklärbare Datumsangaben, die Ihrer Angabe nach (*Zwischenbemerkung von Gernot Rumpold*) – jetzt bin ich dran! – reingerutscht sind.

Jetzt kommen wir aber zum Dritten: Das heißt „insight präsentiert TELEKOM, MULTIMEDIA INFORMATIONSTECHNOLOGIE – Die digitale Revolution. – persönlich für ...“ – und dann haben Sie offensichtlich nicht gewusst, für wen persönlich, und machen viele Punkte. Und da steht: „Wien, im September 2001“.

Sagen Sie, haben Sie im September 2001 hellgesehen, dass die FPÖ nicht zahlen kann, Sie drei Jahre später von der Telekom 600 000 € kriegen müssen und das bereits im September 2001 wissen, oder ist Ihnen da etwas **reingerutscht?**

Gernot Rumpold: Nein. Herr Abgeordneter Pilz, Gott sei Dank sind Sie nicht Mitarbeiter einer Werbeagentur, sonst müssten Sie ja wissen, dass eine Werbeagentur ... (*Abg. Dr. Pilz: Na, Gott sei Dank bin ich nicht Mitarbeiter Ihrer Werbeagentur!*) – Das ist schade. Sie wären ja ein sehr kreativer Mensch. Also, wenn man sich Ihre Homepage so anschaut und wie Sie sich teilweise geben – das wäre eine sehr lustige Sache.

Aber zum Thema möchte ich noch ausführen: Das sind Präkonzeptionen, die wir im Laufe der Jahre natürlich für diverse Branchen erarbeitet haben. Diese Präkonzeptionen werden als Grundlage für beauftragte Konzepte verwendet, und die werden natürlich dann auch im Zuge der Gespräche immer wieder mitgegeben und schlussendlich zum Schluss dann noch einmal übergeben und angeführt.

Das erklärt diese zeitlichen Situationen und den Datumsaufdruck auf diesen Konzepten. Und es ist nichts Verwunderliches und nichts Neues und auch nichts Außerordentliches, was Sie mir hier vorhalten und mir die Unwahrheit unterstellen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Rumpold, ich bin mir inzwischen völlig **sicher**, dass Sie die **Unwahrheit sagen**. Ich werde Ihnen dann auch in mehreren Punkten sagen, warum. Ich sage Ihnen, wovon ich ausgehe. Das ist derzeit eine ganz gut fundierte Annahme – aber einen Schluss können wir erst am Ende unserer Untersuchungen ziehen.

Ich gehe davon aus, dass diese – wir werden ja dann Zuordnungen machen – drei sogenannten Konzepte längst bei Ihnen in der Agentur herumgekugelt sind (*Gernot Rumpold: Stimmt ja!*) und überhaupt nichts mit der Rechnung zu tun haben, **überhaupt nichts** mit der Rechnung zu tun haben – das ist sachlich sehr leicht nachvollziehbar – und Sie jetzt mit dem Herrn Gassauer geredet haben:

Naja, damit wir die 600 000 € da überbringen können, irgendeine Leistung müssen wir ja verrechnen! – Ah, da habe ich noch was in der Schublade, das hole ich da raus! Da haben wir ein Spiel, da haben wir was aus dem September 2001, was wir noch nicht oder nur ein paar Mal verwendet haben, und da haben wir noch etwas Drittes!

So, um das jetzt untermauern zu können – denn das eine ist nicht unwichtig, dass das bereits seit dem September 2001 bei Ihnen herumliegt (*Gernot Rumpold: Viele! Viele Konzepte liegen herum!*) und jetzt plötzlich als „Präkonzept“ im Mai, wo schon alles fertig sein soll, auftaucht –, versuchen wir jetzt einmal sachliche Zuordnungen.

Die **“B2B Fibel“**, eine wirklich sehr simple Telekom-Fibel: Welchem Thema ordnen Sie das als verspätetes Präkonzept zu? Ist das ein Standortkonzept mobiler Verkaufseinheiten? Ist das eine Verkaufsförderungsmaßnahme und ein Imagebildungskonzept? Ist das ein Markenimplementierungskonzept? Oder ist das ein Konzept für Produkteinführungsroadshow? – Welches von denen ist es?

Gernot Rumpold: Herr Abgeordneter Pilz, ich glaube, mit Ihren Unterstellungen, eh schon bekannten, und mit Ihren Vor-Verurteilungen müssen wir jetzt langsam aufhören, und ich entschlage mich jetzt bei Ihnen wahrscheinlich jeder Aussage. Okay?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Eine „wahrscheinliche Entschlagung“ gibt es nicht (*Gernot Rumpold: Nein: Ich entschlage mich!*), sondern es gibt nur eine Entschlagung, und zu der gehört auch eine sachliche Begründung.

In welchem Zusammenhang steht das mit dem Strafverfahren? Und wie begründen Sie das im Detail?

Gernot Rumpold: Ich bin Beschuldigter in einem Strafverfahren, wo das Thema ist, und daher entschlage ich mich dieser Aussage.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist wunderbar. So, dann werde ich Ihnen nämlich Folgendes sagen: Präkonzepte hat es nie gegeben. Konzepte hat es auch nie gegeben. (*Gernot Rumpold: Unterstellungen! Unterstellungen!*) – Sie haben ja die Möglichkeiten gehabt – Sie haben sie auch weiterhin –, dazu konkrete Fragen zu beantworten.

Sachlich ist da ein Telekom-Spiel, TELE CHAMPION, das irgendwo herumgekugelt ist, das nirgends sachlich zuordenbar ist. Sie schreiben im Mai 2004, als bereits alles abgegeben werden muss und Sie schon das Geld erhalten haben, sogenannte Präkonzepte, und die Konzepte tauchen nicht auf. Sie behaupten, Sie hätten vier Konzepte abgerechnet, aber es sind überhaupt nur drei in den Unterlagen, und ein viertes findet sich nicht. Kein einziges dieser Konzepte ist der Abrechnung zuordenbar.

Ich sage Ihnen eines: In diesem Ausschuss haben wir schon viele Scheinrechnungen gesehen, aber eine derart schlampige Scheinrechnung, wo man sich überhaupt keine Mühe gemacht hat, wo man nicht einmal auf das Datum geschaut hat, wo man nicht einmal auf die Leistung geschaut hat ... Ich muss jetzt eines sagen: Wenn ich mir da anschau, wie das in der Österreichischen Volkspartei gemacht wird, da gibt man sich wenigstens Mühe, da gibt man sich Mühe bei den Scheinrechnungen.

Warum, Herr Rumpold, geben Sie sich bei den Scheinrechnungen überhaupt keine Mühe? (*Obfrau Dr. Moser: Bitte die Frage!*)

Gernot Rumpold: Das ist eine Unterstellung, und ich entschlage mich der Aussage. Eine böse Unterstellung!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich sage es Ihnen auch deswegen – das ist aus einem sachlichen Grund sehr wichtig (*Gernot Rumpold: Sachlich?!!*) –, weil jemand, der Scheinrechnungen stellt und sich überhaupt keine Mühe gibt, uns einen Hinweis darauf gibt, dass er niemals damit gerechnet hat, dass das überhaupt kontrolliert wird (*Obfrau Dr. Moser: Bitte die Frage!* – *Gernot Rumpold: Wenn Börsartigkeit sachlich ist, dann sind Sie der sachlichste Mensch der Welt!*), und da stellt sich jetzt die weitere Frage. So, Herr Rumpold, jetzt kommen wir gleich zum nächsten Punkt. (*Gernot Rumpold: Unglaublich!*) Jetzt kommen wir gleich zum nächsten Punkt. (*Gernot Rumpold: Das ist ja unglaublich, diese Unterstellungen! Muss ich mir das anhören?! – Obfrau Dr. Moser: Bitte die Frage!*)

Jetzt richtet sich Herr Arno Eccher ...

Gernot Rumpold: Der Herr Abgeordnete verletzt ja die Würde des Hauses, mit Ihren wirklich unsachlichen Unterstellungen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte, Sie können das gerne anschließend sagen. Jetzt stellt er noch eine Frage. Ich habe ihn darauf hingewiesen, dass an sich Fragen zu stellen sind.

Gernot Rumpold: Er macht ja hier Vorverurteilungen und macht keine Fragestellungen. – Das ist ja unglaublich! Das ist ja ein Wahnsinn!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe die Frage gestellt, warum derart schlampige Scheinrechnungen gestellt werden.

Gernot Rumpold: Sie unterstellen mir hier ... (*Abg. Petzner: Zur Geschäftsordnung! Hallo!*) Das ist ja unglaublich! Fragen Sie!

Obfrau Dr. Gabriela Moser: So, der Reihe nach: Sie können jetzt antworten, und dann kommt der Ruf zur Geschäftsordnung.

Gernot Rumpold: Sie unterstellen mir eine kriminelle Handlung, Herr Abgeordneter! – Bitte fragen Sie, und machen Sie hier keine Werturteilungen!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das unterstellt Ihnen auch der Staatsanwalt. (*Obfrau Dr. Moser: Bitte der Reihe nach!*)

Ich habe hier den dringenden Verdacht auf ein System äußerst ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Es ist jetzt Abgeordneter Petzner zur Geschäftsordnung dran, und dann wird die Frage fortgesetzt, aber wirklich eine **Frage**. – So, Herr Abgeordneter Petzner zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): So, alle ein bisschen abkühlen. Ich darf nur festhalten: Dass man da harte Befragungen macht, ist absolut notwendig, dafür ist ja der Untersuchungsausschuss da. Aber wir müssen uns schon – bitte, Frau Vorsitzende, auch darauf zu achten – an die Geschäftsordnung halten.

Wenn hier die Frage gestellt wird an den Herrn Rumpold, warum er sich – Zitat von Herrn Pilz – bei der Erstellung von Scheinrechnungen an die Telekom keine Mühe gegeben hat, dann ist das eine Frage, die erstens unzulässig ist, und dann wird hier zweitens ein Vorhalt getätigt, der durch die Sachlage in keinsten Weise belegt ist.

Und mir fällt schon auf, Frau Vorsitzende, dass, wenn **ich** in der Vergangenheit öfter irgendwelche falschen Vorhalte gemacht habe – in dieser extremen Form habe ich das nie getan –, Sie mich sofort ermahnen. Den Herrn Pilz lassen Sie gewähren. (*Gernot Rumpold: Parteikollege, eh logisch!*)

Das ist unzulässig. Es gibt hier eine Verdachtslage der Staatsanwaltschaft und es ist Aufgabe der Staatsanwaltschaft und der Justiz – aber nicht dieses Ausschusses –, die strafrechtliche Relevanz zu prüfen, und es ist unzulässig, eine Verdachtslage der Staatsanwaltschaft als Faktum darzustellen, indem der Herr Kollege Pilz die Frage stellt, noch einmal, warum sich der Herr Rumpold bei der Erstellung von Scheinrechnungen keine Mühe gegeben hat.

Abgesehen davon, dass es sich hier um eine Suggestivfrage **auch** handelt. Das heißt, ich darf da wirklich Sie ersuchen, Frau Vorsitzende, alle Ausschussmitglieder gleich zu behandeln und nicht dem Herrn Pilz Privilegien zuzugestehen, die auch in keinsten Weise vereinbar sind mit der Würde dieses Hauses und der Geschäftsordnung dieses Ausschusses.

Noch einmal: Strenge, harte Befragungen: ja, aber im Rahmen der Geschäftsordnung und des Zulässigen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich habe ja darauf hingewiesen, dass eine Frage zu stellen ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich ersuche Sie, auch zu sagen (*Obfrau Dr. Moser: Wenn ich jede ...!*), dass der Vorhalt falsch ist (*Obfrau Dr. Moser: Bitte!*) oder dass dieser Vorhalt nicht gemacht werden kann, so wie Sie das bei mir auch immer tun (*Obfrau Dr. Moser: Ich habe bei Ihnen nicht immer etwas getan, ich habe einmal ...!*), und nicht ihn mit Samthandschuhen streicheln, das „Kopfi“ vom Herrn Pilz, sondern schon auch einschreiten.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich streite jetzt nicht mit Ihnen. Wir werden das in der Fraktionssitzung besprechen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das werden wir ganz sicher, ja.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir werden das besprechen und ich erinnere noch einmal deutlich daran, zu fragen und die Vorhalte sozusagen im Rahmen des Zutraglichen zu halten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gern, Frau Vorsitzende.

Zum Verdacht der verdeckten Parteienfinanzierung an das BZÖ durch den Herrn Rumpold, Kollege Petzner, kommen wir eh noch, aber ich brauche noch ein bisschen, weil ich noch ein paar andere Sachen fragen muss.

Am 4. Dezember 2007 schreibt Herr Arno Eccher an die mediaConnection Austria ...

(*Abg. Dr. Rosenkranz: Darf man die Zeit einmal kurz erfragen? – Ein Bediensteter der Parlamentsdirektion: 9 Minuten ...!*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich darf auch darauf hinweisen: Es hat beim Abgeordneten Jarolim 10 Minuten gebraucht, beim Abgeordneten Petzner (*Abg. Dr. Pilz: Nein, dann halte ich es ...*), und jetzt kommt die letzte Frage. (*Abg. Dr. Pilz: Nein, Frau Vorsitzende, ...*)

Wir können gerne wieder auf die 7 Minuten zurückgehen, nur: Dann müssen Sie sich halt auch daran halten. Ich erinnere Sie ohnehin immer wieder an die 7 Minuten. – So, bitte!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Sie haben gerade gesagt, wir können gerne auf die 7-Minuten-Regelung zurückgehen. – Wann wurde diese Regelung im Einvernehmen mit allen Parteien, mit allen Fraktionsführern oder sonst was jemals geändert?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nein, nur: Sie haben sie **faktisch** geändert. Und ich habe ja immer wieder darauf hingewiesen, ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (fortsetzend): Na, Frau Vorsitzende, die normative Kraft des Faktischen ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, ich mache es gerne wieder ... – Ja, die 7 Minuten gelten.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (*fortsetzend*): Die normative Kraft des Faktischen ist aber nicht wirklich für eine Vorsitzführung interessant!

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich gehe wieder zurück auf die 7-Minuten-Regelung. Nur, das Problem ist wirklich: Dann muss ich Ihnen mittels dieses Gerätes das Wort abschneiden. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Nicht mir!*) – Nein, Ihnen sicherlich nicht, weil Sie sich bis jetzt immer vorbildlich an die zeitliche Regelung gehalten haben, genauso wie auch andere – aber leider nicht alle.

Jetzt also bitte die letzte Frage, und dann gelten die 7 Minuten, und ich ziehe dann bei der zweiten Runde sozusagen den bereits absolvierten Teil – das sind dann im Durchschnitt 2 bis 3 Minuten – ab, damit es wieder ganz regulär zugeht. – Danke schön.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich verstehe die Nervosität. Das ist heute der große Tag der FPÖ. Aber ich komme jetzt in einen völlig neuen Komplex rein, Frau Vorsitzende, ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, aber die letzte Frage, denn wir sind mit den Minuten schon ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich komme in einen neuen Bereich hin

ein, Frau Vorsitzende, deswegen ist es meiner Meinung nach gescheiter, die nächste Frage in der nächsten Runde zu stellen, damit ich wieder einen kompletten Komplex behandeln kann. – Danke.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Herr Rumpold, ich halte Ihnen Ihre Einvernahme vom 15.3.2012 vor, in der Sie unter anderem Folgendes ausführen: (*Dr. Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.*)

„Seit 2001 hat es regelmäßig Aufträge der Telekom an die 100 % Communications mit einem anschließenden Leistungsaustausch gegeben, speziell im Projekt ‚INSIDE-Seitenblicke‘, Beilage im Seitenblicke Magazin.“

Dazu meine Frage: Welche Aufträge der Telekom gab es genau an die 100 % Communications? Können Sie das beschreiben?

Gernot Rumpold: Damals war diese Beilage zum „Seitenblicke Magazin“ faktisch der Wirtschaftsteil, der von unserer Agentur in Form von 60 Seiten Berichterstattung und natürlich auch dem Verkauf von PR-Teilen erbracht wurde. Und im Zuge dieses Verkaufes von PR-Teilen war damals ein Leistungsaustausch mit der Telekom. Auf welcher Ebene weiß ich heute nicht mehr, aber auf jeden Fall ist Telekom damals schon vorgekommen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Können Sie das jährliche Auftragsvolumen ungefähr einschätzen? Größenordnung?

Gernot Rumpold: Das weiß ich jetzt auch nicht mehr. (*Abg. Amon: Na ja, aber ...*) – Bei 30 000 bis 40 000 €, in dem Bereich.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wer war der Herausgeber dieses „Seitenblicke Magazins“?

Gernot Rumpold: Der Herausgeber war damals Walter Meischberger, der dieses „Seitenblicke Magazin“ ins Leben gerufen hat. Und die Idee dabei war, weil ja meine damalige Frau, die Erika Daniel, aus dem „NEWS“-Verlag gekommen ist und sehr viel Erfahrung im Bereich des Erstellens von Magazinen hatte, diesen Wirtschaftsteil

dazuzuhängen, den wir aber in Eigenproduktion erarbeitet haben und der faktisch dann mit dem „Seitenblicke Magazin“ erschienen ist.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Was war da in dem Wirtschaftsteil drinnen?

Gernot Rumpold: Ja, Geschichten über aktuelle wirtschaftliche Situationen, die Österreich betreffen, wie ... – Keine Ahnung, was damals gerade aktueller Tagesstand war.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Was waren etwa die Kosten für so eine Beilage?

Gernot Rumpold: Pro Ausgabe waren die Kosten zirka bei 500 000 €, glaube ich.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Und das Jahresvolumen bei Ihnen war 30 000 bis 40 000 €?

Gernot Rumpold: Mit der Telekom. Jetzt weiß ich aber nicht – natürlich haben wir ja sehr viele Bereiche dort abgedeckt, viele Branchen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Dann halte ich Ihnen noch einmal die Einvernahme vom 15. März vor. Da führen Sie aus:

„Es hat seit der Gründung der 100 % Communications im Jahr 2001 regelmäßig Kontakte mit der Marketingabteilung Telekom und meinem Marketing-Team gegeben.“

Können Sie uns sagen, wer die Mitglieder dieses Marketing-Teams waren?

Gernot Rumpold: Die Leiterin des Marketingteams war Erika Daniel, und die Mitarbeiter waren die, die bei mir in der Agentur gearbeitet haben zum damaligen Zeitpunkt.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Namen können Sie uns sagen?

Gernot Rumpold: Kann ich jetzt keine mehr sagen. (*Abg. Amon: Bitte?*) Weiß ich jetzt nicht mehr. (*Abg. Amon: Keinen?*) – Weiß ich jetzt nicht mehr. . (*Abg. Amon: Keinen Namen wissen Sie?*) – Keinen Namen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wer waren die Mitglieder des Marketing-Teams vonseiten der Telekom?

Gernot Rumpold: Das weiß ich auch nicht mehr, weil sich das auf einer Ebene abgespielt hat, wo ich nicht dabei war.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Zu wem hatten **Sie** Kontakt in der Telekom?

Gernot Rumpold: Zu niemandem, außer in der späteren Folge dann zu Michael Gassauer im Jahr 2003.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wie war die Situation, durch die Sie zu einem Erstkontakt zur Telekom gekommen sind?

Gernot Rumpold: Der Herr Michael Gassauer ist auf mich zugekommen. Er hat mich angerufen und hat um ein Gespräch gebeten. Das war 2003 im Herbst – wann genau, weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Hatten Sie zu einem Vorstand Kontakt in der Telekom?

Gernot Rumpold: Nein, zu keinen anderen Personen. (*Abg. Amon: Zu keinem und nie?*) – Zu keinem.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Haben Sie weiterhin ein Vertragsverhältnis mit der Telekom? (*Gernot Rumpold: Nein!*) – Von wem ist es beendet worden: von Ihnen oder von der Telekom?

Gernot Rumpold: Gar nicht beendet worden, sondern das war die Ablieferung der Konzepte – und das war's dann. Es war ja auch nicht gewünscht, dass wir öffentlich irgendwie, sage ich einmal, auftreten für die Telekom, sondern die Konzepte wurden dann von Agenturen, die im Bereich der Telekom die PR- und Marketingaktivitäten gemacht haben, umgesetzt, denke ich einmal. Aber es war nicht gewünscht, dass faktisch die mediaConnection als Agentur der FPÖ dort offiziell als Umsetzagentur auch auftritt.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): In Ihrer Einvernahme, auch vom 15.3., führen Sie weiter aus:

„Dabei handelt es sich um Konzepte, die wir nicht speziell für die Telekom, sondern für die Telekommunikationsbranche erstellt hatten und die von der Telekom und anderen Telekommunikationsunternehmen erworben wurden.“

Können Sie uns noch einmal sagen: Was waren jetzt diese Konzepte?

Gernot Rumpold: Bezug genommen auf die Präkonzeptionen war das. Natürlich haben wir Branchenkonzepte gemacht: Branchenkonzepte für Telekom, Branchenkonzepte für Bau, Branchenkonzepte für Wellnesshotels und so weiter. Und das waren halt Konzepte, die wir im Bereich der Telekom zu verkaufen versucht haben. Wobei ein Konzept dann natürlich mehreren Branchen, Firmen angetragen wurde, wobei andere Firmen dann diesen Teil gekauft haben und eben die Telekom damals diesen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Darf ich Sie fragen, welche Unternehmen jetzt diese Konzepte erworben haben?

Gernot Rumpold: Meiner Erinnerung nach war tele.ring ein Kunde in einem Konzept. Das hat geheißen: „Park your bike“. Das war eine Zusammenarbeit mit der Stadt Wien, wo wir flächendeckend neuartige versperrbare Fahrradständer entwickelt haben und diese auch Wien-weit und dann schlussendlich Österreich-weit zum Aufstellen gebracht haben. Wobei diese Permanentwerbung dann an die diversen Partner verkauft wurde, und da war tele.ring dann ein Kunde, der dieses Konzept mitgenommen – und finanziert hat.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Das heißt, Sie haben mehrere Konzepte erstellt und diese dann unterschiedlichen Unternehmen angeboten? (*Gernot Rumpold: Genau!*) – Das heißt, Sie haben das gleiche Konzepte mehreren Unternehmen angeboten? (*Gernot Rumpold: Ja!*) – Die in einem Konkurrenzverhältnis zueinander standen?

Gernot Rumpold: Na ja, wenn der eine das nicht nahm, nahm der andere es. Natürlich! Werbeagenturen müssen auch von Tür zu Tür gehen und versuchen, ihre Ideen an den Mann zu bringen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Das ist zumindest effizient, kann man sagen.

Darf ich Sie noch zum Komplex Staatsanwälte ein paar Dinge fragen:

Wissen Sie, ob Ihre damalige Frau schon einvernommen worden ist von der Staatsanwaltschaft?

Gernot Rumpold: Sie ist noch nicht einvernommen worden.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wissen Sie, wann Natascha Rabl das erste Mal einvernommen wurde?

Gernot Rumpold: Laut dem Einvernahmeprotokoll war es im August vorigen Jahres – soweit ich mich erinnere, denn ich habe das Protokoll ja gekriegt und habe es durchgelesen. Das war, glaube ich, im August vorigen Jahres.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wissen Sie auch, wann Frau Rabl zum zweiten Mal einvernommen wurde?

Gernot Rumpold: Keine Ahnung. Ist mir nichts bekannt, dass die schon ein zweites Mal einvernommen wurde.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Können Sie sich an das genaue Datum der Hausdurchsuchung bei Ihnen erinnern?

Gernot Rumpold: Oktober. Genau weiß ich es nicht mehr. (*Abg. Amon: Es war Ende November!*) – Ja, oder Ende November; ich weiß es gar nicht. Es war an dem Tag, an dem ich meine Frau – oder meine damalige Frau – zu einer Untersuchung bezüglich ihres Krebsleidens ins Spital geführt habe, und dort erteilte uns der Anruf, dass die Hausdurchsuchungsbeamten vor der Tür stehen und Einlass haben wollten.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Uns liegt – ich habe ohnedies daraus zitiert, ich habe es Ihnen vorgehalten – die Einvernahme vom 15. März dieses Jahres vor. – Gab es weitere Einvernahmen Ihrer Person? (*Gernot Rumpold: Noch nicht!*) – Hat die Staatsanwaltschaft mit Ihnen die weitere Vorgangsweise in Ihrem Fall besprochen? (*Gernot Rumpold: Auch nicht!*) – Danke. Ich habe im Moment keine weiteren Fragen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur zweiten Fragerunde. Es beginnt Herr Abgeordneter Rosenkranz. – Sie haben im Prinzip ein Guthaben von zweieinhalb Minuten aus der ersten Runde.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich muss mich jetzt da gegen diese haltlosen Unterstellungen wehren, auch wenn es jetzt nicht den Untersuchungsgegenstand betrifft, weil es um die Frage geht, ob bei mir jetzt allenfalls eine Befangenheit vorliegt.

Gernot Rumpold: Entschuldigung, das war eine Verwechslung! Ich möchte mich offiziell entschuldigen, das war eine Verwechslung!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also ich habe nicht Rumpold vertreten? (*Gernot Rumpold: Nein, nein!*) – Keine weiteren Fragen.

Herr Kollege Petzner kann jetzt gute Fragen stellen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich stelle immer *gute Fragen*, Herr Kollege Rosenkranz. *Sie* sind in den Medien unter anderem hier im Ausschuss als – Zitat – *farblos* bezeichnet worden, ich nicht.

Gut, Herr Rumpold, gehen wir weiter in der Befragung und kümmern wir uns um die ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Entschuldigen Sie, also das ist auch zum Beispiel eine Formulierung! Wir haben hier einen Untersuchungsgegenstand und (*Abg. Petzner: Kümmern wir uns um die wichtigen Dinge!*) die gegenseitige Bewertung erfolgt über die Medien, aber nicht im Ausschuss. Das ist doch wirklich völlig unnötig!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Steht irgendwas in der Geschäftsordnung des Ausschusses drinnen, dass man sich zur *Abwehr der Farblosigkeit* permanent ins *Solarium* begeben kann? (*Heiterkeit.*) Ist das Inhalt der Geschäftsordnung oder nicht?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Eben nicht! Das habe ich Ihnen ohnehin schon im Vorfeld signalisiert und auch eingegriffen. So geht es nicht!

Sie haben keine Frage mehr? (*Abg. Dr. Rosenkranz: Nein danke!*) – Gut. Dann ist der Abgeordnete Petzner mit seinen Fragen dran.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Dann melde ich mich auch zur Geschäftsordnung (*Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, also zuerst zur Geschäftsbehandlung!*) und ersuche, diesen Untergriff des Herrn Rosenkranz auch zu ahnden, Frau Vorsitzende!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich nehme diesen Ausdruck mit dem **Ausdruck des äußersten Bedauerns** zurück. Kollege Petzner ist eine derart integere Person. Es tut mir wahnsinnig leid!

Obfrau Dr. Gabriela Moser: So. Und jetzt können Sie Ihre Fragen stellen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich gehe damit in die Befragung ein. – Herr Rosenkranz, wir können es relativ einfach machen. Wenn Sie mich nicht persönlich angreifen, mache **ich** es auch nicht.

Herr Rumpold, Sie haben ja einmal eine gemeinsame Firma mit dem Herrn Strache gehabt. Das ist insofern von Relevanz, als es hier ja auch mit der Bundespartei der FPÖ diese Verdachtslage gibt, in jenem Zeitraum, nämlich im Jahr 2004, wo Sie einerseits diese Einigung hatten mit der FPÖ – Sie haben das geschildert; stellvertretender Bundesparteiobmann war zu diesem Zeitraum der Herr Strache, und er war auch in Wien aktiv –, und in diesem Zeitraum, nämlich vom 23.05. 2002 bis konkret 8. Jänner 2004 hatten Sie auch gemeinsame unternehmerische Aktivitäten mit dem damaligen Politiker Heinz-Christian Strache gehabt.

Können Sie uns diese gemeinsamen Unternehmensaktivitäten kurz schildern und erklären, wie diese verlaufen sind?

Gernot Rumpold: Ich glaube, im Jahr 2000 oder 2001 – ich weiß nicht mehr genau, wann – ist Strache, der damals Landtagsabgeordneter in Wien war von der Freiheitlichen Partei, mit der Idee zu mir gekommen, ein Zahnfinanzierungssystem ins Leben zu rufen, das es Menschen ermöglicht, die Zahnarztkosten über Kleinkredite abzuführen. Das war die Grundlage dieser Geschäftsidee, und ich bin der beigetreten.

Wir haben dann gemeinsam dieses Konzept erarbeitet und schlussendlich dann auch umgesetzt. Der Finanzierungspartner war damals die GE Capital Bank, die spezialisiert war auf Kleinkredit-Vergaben. Wir haben mit der Zahnartzkurie viele Gespräche gehabt, damit diese Zahnartzkurie einverstanden ist, dass dieses Finanzierungspaket über die Zahnärzte den Patienten angeboten werden kann, und so weiter, und so fort. Das war eine lange Entwicklung. Und schlussendlich kam es dann zur Umsetzung.

Im Zuge dieser Umsetzung kam es zu – wie soll ich sagen? – Schwachstellen, die nicht ganz durchdacht waren; und schlussendlich ist das Interesse an diesem Projekt dann wieder eingeschlafen seitens Strache, weil er politisch mehr tätig geworden ist zum damaligen Zeitpunkt und ich gesagt habe, ich versuche, dieses Projekt jetzt selbständig in meiner Agentur umzusetzen. Das habe ich dann schlussendlich auch gemacht, wobei das auch nicht sehr erfolgreich war – und irgendwann ist dieses Projekt dann eingestellt worden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): War der Herr Strache zu dem Zeitpunkt, im Jahr 2004, wo es einerseits diese Telekom-Rechnungen gibt und andererseits diese

Aufträge der Telekom in irgendeiner Form für die FPÖ, damals in diese Causa involviert: im Rahmen von Vorstandssitzungen, Gesprächen und anderen Dingen? (**Gernot Rumpold: 2004? – Nein!**) – Wir haben schon ausgeführt, dass Strache zwischen 23.05.2002 und 08.01.2004 da mit Ihnen unternehmerisch tätig war, also genau ein Jahr, das Jahr 2003.

Können Sie uns jetzt erklären, warum Sie gemeinsam mit dem Herrn Strache, der ja angeblich der Vertreter des „kleinen Mannes“ ist, genau für das Jahr 2003 gegenüber der Finanz keinerlei Steuererklärungen abgegeben haben, sodass die Finanz im Jahr 2005 wegen diesem Jahr 2003, wo Sie mit Strache gemeinsam dieses Unternehmen gehabt haben, ein Finanzverfahren eingeleitet hat – ich rede von der Firma „Care Partners Werbeberatungs GmbH“, die später in die Firma „ESS Security Services“ umgewandelt wurde – wegen Nichtmeldung der Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer – und im Nachtrag dann Summen schätzen musste, beziehungsweise ein Finanzverfahren eingeleitet hat, wo Sie dann am 7. März 2005 über Ihren Steuerberater Mag. Wachernig eine Berufung gegen diese Bescheide eingebracht haben?

Warum haben Sie mit dem „Kleinen Mann“-Vertreter Strache im Jahr 2003 keine Steuerabgaben, nämlich KöSt und Umsatzsteuer, geleistet und der Finanz nichts gemeldet, sodass die Finanz 2005 von sich aus aktiv werden und ein Verfahren einleiten musste? Haben Sie das mit Strache abgesprochen, warum er das nicht macht? Oder was hat man da getan?

Gernot Rumpold: Die Situation damals ist mir jetzt nicht mehr konkret in Erinnerung. Ich weiß nur, dass Mag. Wachernig, der Steuerberater war, auch beteiligt war im Unternehmen und er sämtliche Buchungen und Zahlungen, die das Unternehmen betroffen hatte, gemacht hat. Aber dieses Berufungsverfahren bei der Finanz und so – das hat mich, glaube ich, nicht mehr betroffen, und deshalb weiß ich das auch nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sollen wir Ihnen die drei Unterlagen vorlegen? (**Gernot Rumpold: Bitte! – Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.**)

Vielleicht können Sie sich dann erinnern und ein bisschen etwas dazu sagen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich weise noch darauf hin, dass Sie dann die letzte Frage stellen, weil die Zeit aus ist. Ich muss das jetzt sehr genau handhaben. (**Abg. Petzner: Selbstverständlich, Frau Vorsitzende!**)

Gernot Rumpold: Das wurde damals alles von Mag. Wachernig ohne mein Wissen und ohne mein Zutun gemacht. Daher habe ich keine Erinnerung über diese Situation.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber wir halten fest, Sie haben mit dem Herrn Strache, der den „kleinen Mann“ vertritt – das spielt im Jahr 2003 –, der Steuer gegenüber nichts gezahlt, nichts erklärt und nichts abgegeben. (**Gernot Rumpold: Ich glaube ...**) – Das ist bezeichnend für den Herrn Strache. – Keine weiteren Fragen mehr.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ja, mich hat das auch gewundert, Kollege Petzner. Wir sind zwar in vielen Dingen nicht einer Meinung, aber dass der Herr Strache da als Gesellschafter in der Form nicht Rücksicht genommen hat und eigentlich die Sachen dann zu einem Finanzstrafverfahren gekommen sind, ist schon erstaunlich.

Ich habe nur mehr eine Frage. Ich muss Ihnen da wieder etwas vorhalten. Es tut mir leid, aber ich glaube, wir werden das professionell abwickeln, so, wie es sich gehört. Insofern möchte ich Sie fragen zu der Beziehung mit dem Herrn Gassauer.

Sie sagen in Ihrer Einvernahme, dass Herr Gassauer großen Wert darauf gelegt hat, dass Sie nicht vorkommen in der Telekom, dass die Telekom quasi Sie beauftragt, dass man allerdings in der Telekom selbst das nicht so sehr wünscht. – Er wollte jedoch nicht, dass wir öffentlich für die Telekom auftreten, heißt es da.

Jetzt frage ich mich schon – Sie haben uns ja vorher gesagt, dass Sie für die Telekom durch eine Ihrer Gesellschaften schon vorher tätig waren –: Wie kommt es dazu, dass Herr Gassauer, der von sich aus übrigens sagt, dass Sie an ihn herangetreten sind, und nicht umgekehrt, plötzlich sagt: Ich möchte ein Geschäft mit euch machen, aber ich will nicht, dass ihr irgendwo auftaucht!? Was ist das für eine eigenartige Gebarung?

Gernot Rumpold: Diese Geschäftsbeziehungen aus den Bereichen betrafen 2000, 2001, wo man auf der Ebene von Mitarbeitern und Marketing-Teams Austausch gemacht hat, was mich nicht persönlich betroffen hat, sondern die „100 % Communications“ damals, die neu gegründet wurde, um meiner damaligen Frau eine Plattform zu bieten, die für sie parteiunabhängig ist, denn Erika Daniel hat ja mit der Partei nichts zu tun gehabt, ausschließlich ich habe die Partei betreut und war als Partei-Agentur in der Öffentlichkeit bekannt. Und so haben wir die „100 % Communications“ gegründet, mit der Erika Daniel damals, dass sie eine Plattform hatte, neue Kunden zu akquirieren über diese Plattform.

Was diese Situation Gassauer betrifft, kann ich es mir nur so erklären, dass wir natürlich vorher diese Eurofighter-Kampagne gemacht haben und da in der Öffentlichkeit auch diesbezüglich sehr stark positioniert wurden. Der Gassauer Michael hat mir ja damals auch gesagt, dass sie meine Ideen wollen, aber es auf Grund der Gesamtsituation nicht möglich ist, dass ich dort als Agentur offiziell irgendwie auftrete, sondern die Konzepte, die wir liefern, wollen sie dann mit ihren Agenturen umsetzen. Er vertraut mir dabei, dass meine Konzepte, wie in der Vergangenheit auch, schlussendlich zielführend werden für die Neupositionierung der Telekom, oder ein Teil dafür wären, wobei die Umsetzung dann eben anderen Agenturen obliegt.

Das war die Stimmung, die damals war, und im Prinzip ist ja das auch nichts Schlimmes. Es gibt ja viele Dinge, wo etwas anderes draufsteht, als drin ist.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie sagen im Übrigen – und das deckt sich mit dem, was Sie jetzt gerade sagen; Zitat: Anfügen möchte ich, dass Michael Gassauer zu mir kam, weil man aufgrund der Eurofighter-Kampagne auf mich aufmerksam wurde. – Zitatende.

Hat Gassauer gesagt, **er** ist aufmerksam geworden – oder ist die **Telekom** aufmerksam geworden? Aber nachdem Sie in der Telekom ja eigentlich nicht vorkommen sollten, wahrscheinlich eher nicht – oder was war das für eine komische Überlegung?

Gernot Rumpold: Gassauer hat mir erzählt, dass sie über mich gesprochen haben und er beauftragt wurde – von wem, weiß ich nicht –, mit mir den Kontakt zu suchen und zu versuchen, ob wir Konzepte für die Telekom erarbeiten könnten.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wenn Gassauer Eurofighter-Kampagne meint, meint er da die Kampagne selbst oder meint er da allenfalls Abwicklungen von Geldtransaktionen auch? (**Gernot Rumpold:** Nein, die Kampagne!) – Das ist jetzt ein bisschen unterstellend, aber ...

Gernot Rumpold: Die Kampagne. Die war ja sehr stark, wir waren ja sehr stark draußen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Eine letzte Frage noch, weil Kollege Petzner das vorhin angeschnitten hat mit diesen „Care“-Partners, die da

Kreditvermittlung für Zahnersätze betrieben haben, wo der Herr Strache mit 16 Prozent beteiligt war. Sie haben also einen Ausstand gehabt, weil Sie dorthin Briefpapier, Internet, Homepage, Visitenkarten, Taschenküverts und Telefonrechnungen fakturiert haben im Ausmaß von 43 120 €. (**Gernot Rumpold: Schilling – oder?**) – Finanzierung in Höhe von 43 120 **Euro** steht da. (**Gernot Rumpold: Welches Jahr?**) – Das ist 2003. (**Gernot Rumpold: Ach so!!**) – Forderungsbeschreibung „Care-Partners“. Das sind also in Schilling ungefähr 600 000, das ist ein ansehnlicher Betrag. Der wird dann im Finanzverfahren nämlich auch noch zugeschlagen, das heißt, da müssten Sie theoretisch auch noch dafür zahlen.

Haben Sie irgendwann mit jemandem, möglicherweise mit dem Herrn Strache, Gespräche geführt, dass die Firma Ihnen das zurückzahlt, weil Sie sonst auf den Kosten sitzenbleiben?

Gernot Rumpold: Nein, die damalige Situation war ja, dass natürlich ich, weil ich dort mitbeteiligt war, über die Media Connection oder über die 100% – das weiß ich gar nicht mehr – diese Kampagne für „**Easy Dent**“ und „**Care Partners**“ entwickelt und gemacht habe. Und als wir gesehen haben, dass das nicht wirklich greift und da nicht wirklich ein Incoming-Geschäft kommt, haben wir gesagt, okay, ich werde versuchen, diese Kosten, die mir entstanden sind durch dieses Start-Marketing, mit dem Selbstbetreiben dieser Firma wieder hereinzubringen. Damit habe ich dann gesagt: Ich übernehme die Firma jetzt in meine Firma und versuche jetzt mit meiner Firma, mit meinen Angestellten, dieses Projekt so weit voranzutreiben, dass es dann Gewinne erzielt, wenn ich zu meinen Kosten oder zu meinen Auslagen wieder kommen – was aber leider nicht funktioniert hat.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das heißt, Sie sitzen jetzt auf den Kosten? (**Gernot Rumpold: So ist es!**) – Danke. – Keine Fragen mehr.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr Abgeordneter Pilz: 2,5 Minuten Überzeit.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Danke. Ich werde aber mit dieser Runde sicherlich nicht auskommen.

Ich fasse kurz zusammen: Die FPÖ profitiert von Forderungsverzichten: die Bundes-FPÖ in der Höhe von 917 447,01 €. In der gleichen Zeit profitiert der FPÖ-Klub im Parlament ebenfalls durch einen Forderungsverzicht in der Höhe von 11 075,50 €. Und dann profitieren die „Care-Partners“ durch einen Forderungsverzicht in der Höhe von 51 744 €. Heinz-Christian Strache ist zu diesem Zeitpunkt beteiligt mit 16 Prozent. Er war bis 2010 Prokurist, dürfte also mitbeteiligt gewesen sein an der wirtschaftlich nicht übermäßig erfolgreichen Performance dieser „Care-Partners Gesundheitsfinanzierung GmbH“.

Für mich ist nur eines wichtig: Dass Heinz-Christian Strache in diesem Zusammenhang – ich kann es Ihnen genau sagen – durch den Förderungsverzicht in der Höhe von 6 899,27 € profitiert. Das heißt, da haben wir auf der einen Seite Forderungsverzichte, große Brocken Bundes-FPÖ, FPÖ-Klub, aber auch diese seltsamen „Care“-Gesundheitspartner.

Jedenfalls: Alle profitieren, weil gleichzeitig die **Telekom** 600 000 zahlt für diese Studien, die entweder verschwunden sind oder, was ich eher glaube, diese seltsamen Papiere sind. Deswegen wird in diesem Ausmaß profitiert. – Man muss allerdings der Fairness halber sagen, dass mit persönlich 6 899,27 € der Herr Strache einer der kleineren Profiteure in diesem Zusammenhang ist.

Wofür ist das Ganze jetzt gut? – Herr Arno Eccher schreibt am 4. Dezember 2007 einen Brief an Herrn Gernot Rumpold, und dazu möchte ich jetzt weiter befragen. Ich zitiere aus diesem Brief:

Betrifft: Ergänzung des Vorbehaltes des Finanzamtes. Vergleich der mediaConnection Austria – Freiheitliche Partei Österreich.

Sehr geehrter Herr Geschäftsführer Rumpold, lieber Gernot! Voraussetzung für den gerichtlichen Vergleich zwischen der mediaConnection Austria und der Freiheitlichen Partei Österreich war die Vereinbarung, dass bei öffentlichen Ausschreibungsbewerbungen und bei der Kundenakquisition die unterstützende Geschäftsfairness durch die Freiheitliche Partei Österreichs gewährleistet wird. Wie Österreich bekannt, hat sich die mediaConnection Austria mehrmals bei öffentlichen Ausschreibungen beworben, wurde jedoch entgegen dem Bundesvergabegesetz auf Grund ihrer Nähe zur Freiheitlichen Partei Österreich und bedauerlicherweise auch durch die geschäftsschädige mediale Präsenz bei Anbotslegungen konstant von Auftragsvergaben ausgeschlossen. Ich hoffe, dir damit gedient zu haben und verbleibe mit freundlichen Grüßen – Arno Eccher. – Zitatende.

Das ist nichts anderes als eine Verpflichtung der Regierungspartei FPÖ: Lieber Herr Rumpold, wir werden dafür sorgen, dass du bei öffentlichen Ausschreibungen zum Zug kommst. (**Gernot Rumpold: Nein!**) Das ist eine Ankündigung.

So, Herr Rumpold, ich befrage Sie jetzt dazu. (**Gernot Rumpold: Bitte!**) – Kennen Sie diesen Brief? (**Gernot Rumpold: Natürlich!**) – Können Sie etwas sagen über die Vorgeschichte dieses Briefes? Ich habe, ehrlich gesagt, einen derartigen Brief noch nie gesehen, wo sich eine Regierungspartei verpflichtet, bei öffentlichen Aufträgen eine Agentur zu unterstützen.

Können Sie dem Ausschuss erklären, warum es dazu gekommen ist?

Gernot Rumpold: Ja. Zum Zeitpunkt der Übernahme der Agentur faktisch in meine private Sphäre habe ich ja versucht, nicht nur die Partei werblich zu betreuen, sondern daneben Fremdkunden zu akquirieren, wie eine Werbeagentur das üblicherweise macht. Ich habe versucht, mit dieser Agentur oder mit meinem Wissen bei öffentlichen Ausschreibungen teilnehmen zu können, die von der ÖBB und von diversen Unternehmen im öffentlichen Bereich – Post und was weiß ich was alles – gemacht wurden, wobei ich nicht einmal zur Anbotslegung gekommen bin, weil ich auf Grund meiner Parteinähe dort einfach von vorherein ausgeschlossen worden bin.

Das war wie eine Art **Berufsverbot**, und das habe ich mit einfach irgendwo nicht bieten lassen wollen. Im Zuge dieser Gesamtsituation damals mit den Vergleichsgesprächen habe ich ersucht, dass die Partei es mir wenigstens ermöglicht, dass ich mitbieten darf bei öffentlichen Aufträgen, um eine Anbotslegung vornehmen zu können. Wenn ich es gewinne, ist es gut, wenn ich es nicht gewinne, ist wenigstens die Möglichkeit gewesen, mitbieten zu können.

Um nichts anderes ist es gegangen. Und das war ein Teil des Vergleiches, den wir damals beschlossen haben, wo ich gesagt habe: Ich ersuche euch, dass ihr mir wenigstens die Möglichkeit gebt, dass ich in die Anbotslegung miteinbezogen werde! Zum Beispiel hat es damals einmal funktioniert bei den ÖBB, wobei das am nächsten Tag dann in der Zeitung gestanden ist – und damit war die Sache schon wieder erledigt. Also der politische Mitbewerber hat natürlich versucht, mich überall dort, wo ich mitgeboten habe, aufgrund meiner Nähe zur FPÖ zu diskreditieren – und ich bin nie so zu öffentlichen Aufträgen gekommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das heißt, es ist erstens richtig ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Zur Geschäftsordnung hat sich Herr Abgeordneter Petzner gemeldet.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich halte auch diesen Vorhalt jetzt für insgesamt nicht ganz richtig zitiert. Man muss schon die gesamten Akten lesen. Es geht aus den dem Untersuchungsausschuss vorliegenden Akten auch hervor – ich zitiere –:

Arno Eccher und Jörg Haider haben mir lediglich zugesagt, sich dafür zu verwenden, dass ich bei öffentlichen Ausschreibungen berücksichtigt und nicht mehr ausgeschlossen werde. –

Und dann kommt´s – ich zitiere –: Es hat aber nicht funktioniert.

Das muss man schon dazu sagen. Es ist ja darum gegangen, dass sich Herr Rumpold keine Geschäfte über Haider oder andere erschleichen wollte, sondern dass er in seiner Wahrnehmung den Eindruck gehabt hat, dass er aufgrund seiner Nähe zur FPÖ und seiner Bekanntheit als FPÖ-Werber und auch ehemaliger FPÖ Politiker bei öffentlichen Ausschreibungen bewusst **benachteiligt** wird. Das geht auch aus den Akten eindeutig hervor. Und Haider und Eccher haben lediglich noch einmal zugesagt, dass sie versuchen werden, dass diese Benachteiligung, die in der Wahrnehmung des Herrn Rumpold stattgefunden hat, in Zukunft nicht mehr stattfindet, sondern er bei öffentlichen Ausschreibungen gleich fair, gleich objektiv und gleich neutral behandelt wird wie jeder andere Bieter auch.

Es geht aus den Akten auch hervor, dass Herr Rumpold (*Obfrau Dr. Moser: Ja, bitte kurz, es reicht ja eh schon!*) – Schlusssatz – beklagt, dass es sowieso nicht funktioniert hat und er weiterhin benachteiligt wurde, was auch negativ bezeichnend ist für die Ausschreibungsverfahren in dieser Republik. Das haben wir in diesem Ausschuss schon öfter an anderer Stelle gesehen und thematisiert.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die Frage liegt jetzt bei Peter Pilz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich stelle nur in aller Ruhe fest: Das war jetzt ein glatter Missbrauch der Geschäftsordnung.

Ich habe einen Brief vorgehalten, dessen Echtheit Herr Rumpold bestätigt hat, habe dazu eine Frage gestellt – und es ist **nicht** Aufgabe eines anderen Abgeordneten, der nicht einmal an der Reihe ist, dann eine **Verteidigungsrede** zu halten.

Das ist in diesem Ausschuss nicht üblich, und ich ersuche, darauf zu achten, dass hier ... (*Zwischenruf des Abg. Petzner.*) Ich verstehe die Nervosität, das ist vollkommen klar. Wir kommen dann auch noch viel genauer zum BZÖ. Aber trotzdem: Ich kann nur einen Vorhalt nach dem anderen machen.

Wir bleiben jetzt noch einmal kurz bei diesem Brief.

Faktum ist – aus welchen Gründen auch immer; Sie sagen, Sie haben sich benachteiligt gefühlt –: Es sichert Ihnen eine Regierungspartei zu, sich einzusetzen, damit Sie an öffentlichen Ausschreibungen teilnehmen können. (*Gernot Rumpold: Sie „sichert nicht zu“, sie versucht!*) – Herr Rumpold, mir geht es um etwas anderes.

Es geht ja um ein Gesamtpaket: einerseits der Forderungsverzicht Ihnen gegenüber an die Freiheitliche Partei, an die „Care Partners“, an den FPÖ-Klub – die Summen haben wir genannt, die brauche ich nicht zu wiederholen –, andererseits ein Paket: 600 000

von der Telekom und eine Verwendungszusage einer Regierungspartei, sich bei öffentlichen Ausschreibungen für Sie einzusetzen. (**Gernot Rumpold**: Nicht „einzusetzen“!) – Herr Rumpold, wenn Sie dann teilnehmen können, müssen Sie nicht, damit Sie die Ausschreibung bekommen und als Sieger aus einer Ausschreibung hervorgehen, ...

Gernot Rumpold (auf vor ihm liegende Schriftstücke weisend): Nein, nein, das steht da nicht! (**Abg. Dr. Pilz**: Das wird auch nicht behauptet!) – Das steht da nicht!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sage ich ja! Aber sich dafür einzusetzen, dass Sie zumindest an den Ausschreibungen **teilnehmen** können.

Ist das richtig? Habe ich jetzt dieses Paket richtig beschrieben? (**Gernot Rumpold**: Ja!) – Okay. – Ich habe dazu nicht mehr Fragen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte die Frage, die Zeit ist an sich schon abgelaufen!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Frau Vorsitzende, meine Frage war: Habe ich dieses Paket richtig beschrieben? Und die Antwort von Herrn Rumpold war: Ja! – Wunderbar!

Manchmal sind die Fragen dann sehr kurz und die Antworten noch kürzer, und ich bin vollkommen zufrieden.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Herr Rumpold, ich möchte noch einmal zurückkommen auf die Einvernahme vom 15. März dieses Jahres. Da haben Sie gesagt:

Meine Frau „brauchte eine parteiunabhängige Plattform für ihre Tätigkeit und die Media Connection war damals zu eng mit der FPÖ verknüpft, um diese Voraussetzungen zu erfüllen.“

Jetzt haben Sie uns ja schon einiges darüber erklärt, warum es zur Splittung kam oder zur Gründung dieser „100%-Communications“, aber können Sie uns noch einmal genau beschreiben, wie die Verknüpfungen zur FPÖ waren?

Gernot Rumpold: Die Verknüpfungen von der Media Connection?

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Nein, von Ihnen! Ja, von der Media Connection von Ihnen!

Gernot Rumpold: Ich war ja 20 Jahre lang in dieser Partei vorher tätig, bevor ich mich selbständig machte, und ich hatte aufgrund der damaligen Situation die Möglichkeit, diese Werbeagentur faktisch mitzunehmen und mit einem Vertrag mit der FPÖ für vier Jahre werblich tätig zu sein. Das war die Verknüpfung, die mit dieser Media Connection Austria zustande gekommen ist, die 2003 dann einseitig gelöst wurde. Aber in der Öffentlichkeit war das natürlich immer eine Punzierung, das glaube ich schon.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Können Sie uns sagen, wie viel ungefähr der Umsatz ausgemacht hat, den Sie mit FPÖ oder FPÖ-nahen Unternehmen oder Parteien gemacht haben?

Gernot Rumpold: Von der FPÖ war der Vertrag 7,5 Millionen, das sind zirka 500 000 € netto jährlich, also 500 000, 650 000 brutto. Und die diversen anderen Parteiorganisationen, das war nicht sehr viel. Wir hatte auch mit den Wiener Freiheitlichen einen Vertrag, ein Jahr lang. Also ich schätze einmal so zwischen einer und 1,5 Millionen an Honorareinnahmen hatten wir.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Ist das in Prozenten an Ihrem Umsatz gemessen?

Gernot Rumpold: Das waren 100 Prozent. Ich habe ja keine anderen Kunden gehabt.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Nur diese Kunden?

Gernot Rumpold: Nein, das stimmt nicht, denn im ersten Jahr hatte ich zwei andere Wirtschaftskunden, und da habe ich, glaube ich, 20, 30, 40, 60 Millionen Schilling ... (*Abg. Fürntrath-Moretti: Ungefähr?*) Das war ungefähr gleich. 50, 50, im ersten Jahr. Im zweiten Jahr dann nicht mehr, denn da hat es schon die Werbeagentur „100% Communications“ gegeben, wo die anderen Kunden dann „eingelagert“ wurden.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Warum wollte Ihre Frau auf keinen Fall mit der FPÖ in Verbindung gebracht werden?

Gernot Rumpold: Na ja, weil das natürlich im freien Wirtschaftsleben doch zu Ressentiments führt und viele mit einer Agentur, die diese Parteinähe hatte, nicht arbeiten wollten, weil sie ja dann unweigerlich irgendwann einmal in Zusammenhang damit gebracht werden, was verständlich ist.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Können Sie uns beschreiben, was die Unterschiede zwischen der **100% Communications** und der **Media Connection** waren? Gab es da von der Arbeitsweise Unterschiede, denn Sie waren ja im selben Büro?

Gernot Rumpold: Ja, ja, klar, aber das hat ausschließlich meine Frau geleitet, meine damalige Frau geleitet und ...

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Was hat Ihre Frau geleitet?

Gernot Rumpold: Die „100% Communications“, und sie hat auch die Kunden, die in dieser Agentur eingebettet waren, zu 100 Prozent betreut.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Haben Sie dieselben Tätigkeiten ausgeführt, oder waren nur die Kunden unterschiedlich?

Gernot Rumpold: Nein, nein, verschiedene Tätigkeiten. Sie hat ihre Kunden gehabt, und ich habe meine Kunden als FPÖ gehabt. Die FPÖ war mein Kunde.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Sie waren aber im selben Büro?

Gernot Rumpold: Wir waren im selben Büro.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Und Sie haben überhaupt nie über ihre Kunden kommuniziert?

Gernot Rumpold: Wir haben die Synergien genutzt, die einfach vom Mitarbeiterpotenzial da waren. Wir haben natürlich mit den Graphikern, mit den Kreativen gemeinsam zusammengearbeitet.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Und über Ihre Kunden haben Sie sich nie unterhalten? (*Gernot Rumpold: Natürlich, auch!*) – Ah, schon? (*Gernot Rumpold: Natürlich!*)

Betraf Ihre Tätigkeit auch Kunden aus staatsnahen Betrieben, von Ihrer Frau oder von Ihnen? (*Gernot Rumpold: Wie, noch einmal?*)

Haben Sie oder Ihre Frau auch Kunden aus staatsnahen Betrieben gehabt? (*Gernot Rumpold: Nein!*) – Nie? (*Gernot Rumpold: Nein!*) – Jetzt ist mir noch aufgefallen – mein Kollege Amon hat Sie das gefragt –, wann Ihr Erstkontakt zum Herrn Gassauer von der Telekom war. Sofern ich das richtig verstanden haben, haben Sie gesagt 2003. – Ist das richtig?

Gernot Rumpold: Ja, im Herbst 2003. Erstkontakt nicht! Ich kenne ihn schon von diversen Veranstaltungen. Aber dieser Kontakt, das Zustandekommen des Geschäfts dann zu machen, war im Herbst 2003.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Aber die „100 %“ hat aber schon 2001 mit der Telekom zusammengearbeitet?

Gernot Rumpold: Ja, im Zuge dieser „Seitenblicke“-Verlagsgeschichte.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Da kam es vorher nie zu einem Kontakt?

Gernot Rumpold: Nein, da war ich damals nicht zuständig. Ich weiß nicht, was das war. Das war ja eine ganz andere Ebene, die da kommuniziert hat mit der Telekom und mit uns.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Mir ist mir bei der Vorbereitung noch aufgefallen, dass Sie sehr viele Firmen oder relativ viele Firmen haben und hatten. Sie waren Gesellschafter und sind Gesellschafter, Kommanditist, Prokurist und – was sehe ich da noch? – Bereichsleiter. Und es waren auch verschiedene Firmensitze und auch verschiedene Adressen beziehungsweise mit Ihrer Firma haben Sie auch mehrere Male die Adresse gewechselt.

Kostet es nicht viel Geld, wenn man so etwas macht?

Gernot Rumpold: Das war natürlich immer der Situation angepasst. Wir sind mit der Agentur zuerst in der Prinz-Eugen-Straße gewesen, sind dann in die Mahlerstraße übersiedelt, als größere Aufträge gekommen sind. Wir haben mehr Mitarbeiter gebraucht und dadurch natürlich eine größere Arbeitsfläche. Und wir sind, als wir dann danach etwas geschrumpft sind, wieder in kleinere Büros gezogen. Also das ist aufgrund der Situation, wie die Auftragslage und wie die wirtschaftliche Situation war und wohin wir uns entwickelt haben, geschehen.

Ich habe mich ja dann ab dem Jahr 2003/2004 auch auf Bauträgerprojekte spezialisiert und habe eigentlich dann mit diesen werblichen Dingen weniger zu tun gehabt. Das hat hauptsächlich meine Frau mit der „100% Communications“ bedient.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Das heißt, es hat keinen Grund gehabt, Firmen zu gründen und sie relativ schnell wieder aufzulösen?

Gernot Rumpold: Nein, das waren ja nicht sehr viele. Die „100%“, die Media Connection gibt es ja nach wie vor. Die Firmen, die sonst aufgelöst wurden, waren ... Es war „Care Partners“ vielleicht, in meiner Erinnerung jetzt, die dann irgendwann einmal nicht mehr sehr erfolgreich tätig war. Und sonst gibt es, glaube ich, keine, die ich aufgelöst habe. Also aus meiner Erinnerung weiß ich jetzt keine.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Runde der Zusatzfrage. – Herr Abgeordneter Jarolim, bitte.

Abgeordneter Dr. Hannes Jarolim (SPÖ): Nur mehr eine ganz kurze Frage. Ich habe da (*in einem Schriftstück lesend*) bei der „100%“ vom BZÖ eingestellt Forderungen im Gesamtausmaß von 928 000, angemeldet ans Finanzamt, 2007. Also das BZÖ hat schon die „100%“ gemacht.

Gernot Rumpold: Das BZÖ hat die „100%“ gemacht. Ja, damals war die Media Connection schon umgetauft in Immo Handels GesmbH, und die war faktisch als Komplementär der Bauträgerprojekte.

Abgeordneter Dr. Hannes Jarolim (SPÖ): Nur wegen der Frage, was die gemacht hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie sind ja schon angesprochen worden auf die Zeugenvernehmung von Frau Natascha Rabl vom 9. August 2011, und Sie haben auch Frau Rabl hier schon entsprechend qualifiziert.

Mir geht nur darum: Frau Rabl macht an einem Punkt eine Beschreibung des Gründungsvorganges einer Ihrer Firmen, und zweitens listet sie eine Reihe von Personen auf.

Dazu möchte ich Sie kurz etwas fragen, und dann noch ganz kurze Ergänzungsfragen stellen.

Mir geht es darum: Diese „100% Communications“, die ja auch in Telekom-Akten in Fußnoten und so weiter auftaucht, da sagt Frau Rabl – ich zitiere –:

Als die Eurofighter angekauft werden sollten, wurde als Werbeagentur hierfür die 100% Communications gegründet, da die mediaConnection mit der FPÖ in Verbindung stand und die Partei nicht mit dem Eurofighter-Ankauf in Verbindung gebracht werden wollte. – Zitatende.

Ist diese Darstellung richtig? (*Gernot Rumpold: Ja!*) – Warum wollte die FPÖ nicht mit dem Eurofighter-Ankauf in Verbindung gebracht werden?

Gernot Rumpold: Nicht die FPÖ! Wir aus unserer Sicht haben gesagt, es ist ... (*Abg. Dr. Pilz: Okay!*) Wir (*Abg. Dr. Pilz: Ja, gut!*), also nicht die FPÖ und nicht der EADS-Konzern, sondern wir selbst haben gesagt, wir werden die „100% Communications“ als Auftragnehmer für diesen Auftrag nehmen, um den Kunden nicht zu kompromittieren mit den Angelegenheiten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das Zweite, was ich Sie fragen möchte, betrifft eine Liste von Personen. Ich halte Ihnen das auch deshalb vor, weil das immer im Zusammenhang mit der Telekom abgefragt worden ist. Frau Rabl beschreibt eine typische Situation im Büroalltag und sagt:

„Da ich vorwiegend in den Büroräumlichkeiten anwesend war, habe ich auch wahrnehmen können, welche Personen in die Räumlichkeiten gekommen sind und waren dies durchaus Personen, welche im öffentlichen Leben stehen. Eigentlich alle waren öffentlich bekannte Personen, außer die Putzfrau und der Postler.“

„Dazu möchte ich folgende Personen, die mir erinnerlich sind, angeben:

Hr. PÖCHHACKER – Fa. PORR

Hr. ALUTA (phon.) – Fa. ALPINE Mayreder

Hr. HOCHEGGER

Hr. MEISCHBERGER (eher selten)

Hr. GORBACHHr. WESTENTHALER

Hr. HAIDER Jörg

Fr. HAUBNER

Fr. ZIERLER Theresa

Hr. SCHEUCH Uwe“

Und dann gibt es eine Korrektur bezüglich Hochegger:

„... mit diesem hat sich RUMPOLD Erika immer außerhalb des Büros getroffen, diesen habe ich“ – also die Frau Rabl – „im Büro nie wahrgenommen.“

Sagen Sie, stimmt es, dass sich diese Personen immer wieder bei Ihnen im Büro aufgehalten haben?

Gernot Rumpold: Also die Personen, mit Ausnahme von Hochegger, den ich persönlich nicht kenne, bis zum heutigen Tag nicht kenne ... – Es stimmt, dass natürlich aufgrund der Betreuung der Partei Parteifunktionäre aus- und eingegangen sind, klarerweise, und aufgrund dessen, dass meine Frau das Projekt „*insight*“ damals mit dem „Seitenblicke“-Verlag hatte und redaktionelle Beiträge auch gestaltet werden mussten und Branchen, wie Bau und so weiter, da waren natürlich auch Aluta und Pöchlacher öfters Gäste bei uns im Büro.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das wollte ich Sie eben noch fragen in diesem Zusammenhang.

Das Projekt „*insight*“ war ein Projekt im Zusammenhang mit den „Seitenblicken“? Können Sie das genauer schildern?

Gernot Rumpold: Meischberger rief ja das Magazin „Seitenblicke“ ins Leben und betreute es auch. Und die Idee meiner Frau war, mit ihm eine Kooperation einzugehen, also mit der „100% Communications“ und mit dem „Seitenblicke“-Verlag, wo sie 60 Seiten redaktionell aufbereitet und diese 60 Seiten auch werblich dann vermarktet und wo dieses Gesamtpaket dann im Zuge des Erscheinens des „Seitenblicke“-Magazins dann als Mittelteil sozusagen und als Wirtschaftsteil mit verkauft wird. Das war die Grundidee dahinter. Das hat drei Monate funktioniert, dann haben wir es wieder aufgegeben, weil sich die Zusammenarbeit als schwierig gestaltet hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wer hat für dieses Projekt „*insight*“ bezahlt?

Gernot Rumpold: Die Inserenten in diesen 60 Seiten. Es wurden Pakete verkauft für Branchen, für Baubranchen, für Telekommunikationsbranchen, für diverse andere Branchen. Ich weiß jetzt auch nicht, wer alles inseriert hat. Aber da wurde professionell Anzeigenmarketing für diese 60 Seiten betrieben, und diese wurden auch verkauft.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die letzte Zusatzfrage bitte, denn es soll an sich nur eine sein!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir haben erst um 12 Uhr den Herrn Meischberger. Ich glaube nicht, dass wir hudeln müssen. Ich würde ganz gerne, Frau Vorsitzende, ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nur zur Klarstellung: Es gibt die Übereinkunft, **eine** Zusatzfrage zu stellen. Das Problem ist: Wir haben sicher Zeit, nur, es gibt keine andere Übereinkunft. Also halte ich mich an die ursprüngliche.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich melde mich dann gern noch einmal für weitere Fragen zu Wort. – So.

Jetzt ist eines dieser drei Konzepte, **Präkonzepte** – ich gehe davon aus, dass es ein Konzept ist (*Obfrau Dr. Moser: Die letzte Zusatzfrage!*) –, das der Telekom für die 600 000 Euro übermittelt worden ist, übertitelt genau mit „*Insight*“.

Stammt das aus dieser Tätigkeit?

Gernot Rumpold: Viele Konzepte stammen aus dieser Tätigkeit.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, ob dieses aus dieser Tätigkeit stammt?

Gernot Rumpold: Wahrscheinlich. Wenn es draufsteht, wird es stimmen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und jetzt frage ich Sie Folgendes: Nachdem das über Inserate finanziert worden ist, bereits veröffentlicht worden ist und so weiter,

warum schicken Sie das der Telekom im Rahmen einer Leistungsabrechnung über 600 000 Euro?

Gernot Rumpold: Wahrscheinlich ist dieses Konzept gerade nicht verkauft worden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das heißt, es ist von damals übriggeblieben?

Gernot Rumpold: Wahrscheinlich. Es ist sozusagen ein Halde-Konzept.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie nehmen also ein „Halde-Konzept“, ein Konzept, das seit September 2001 auf Halde liegt (*Gernot Rumpold: Ja!*), und rechnen damit ... (*Gernot Rumpold: Das ist ja eine Prä-Konzeption, Herr Abgeordneter!*)

Herr Rumpold, das alles ist im Mai 2004 zum Abrechnungszeitraum (*Gernot Rumpold: Nein!*) – o ja, das geht aus den Akten eindeutig hervor! (*Gernot Rumpold: Das ist Ihre Behauptung!*) – der Telekom übermittelt worden.

So, Frau Vorsitzende, und jetzt müssen wir ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Es ist das Ende der Zusatzfragen, denn sonst gibt es wieder Schwierigkeiten mit den Kollegen!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, nein, das ist nicht ganz richtig, sondern unsere Vereinbarung hat gelautet, dass wir Fragen haben, eine erste und eine zweite Runde, es dann eine Runde von Zusatzfragen gibt und dann geklärt wird, ob es noch weitere Zusatzfragen gibt.

Ich brauche noch etwa drei bis vier Minuten für weitere Zusatzfragen. Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder wir verwenden eine wesentlich längere Zeit für Geschäftsordnungsdiskussionen, oder ich stelle diese wenigen Zusatzfragen. Oder wir diskutieren über eine neuerliche Ladung des Herrn Rumpold für eine Befragung von etwa drei Minuten Dauer. – Ich bin für alles zu haben.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, dann ersuche ich die Fraktionsführer, zu mir zu kommen, damit wir das klären.

Ich **unterbreche** für ganz kurze Zeit die Sitzung.

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 11.17 Uhr **unterbrochen** und um 11.23 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

11.23

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich **nehme** die unterbrochene Sitzung **wieder auf**.

Zur Information: Es gab am Beginn der Sitzung des Untersuchungsausschusses in einer organisatorischen Sitzung den Beschluss, dass auf die Ladung von Frau Daniel verzichtet wird. Damit Sie das offiziell wissen.

Und es gibt jetzt die Übereinkunft, dass noch gefragt werden kann. Der Fragesteller ist Herr Abgeordneter Pilz. – Bitte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sinnvollerweise haben wir auch darüber gesprochen – nur, damit das kein Geheimnis bleibt –, dass, wenn wir eine Auskunftsperson für drei Stunden laden, wir alle es uns natürlich leichter machen

können, wenn wir sehr klare Regeln für die Verteilung der Redezeit – nicht für die üblichen zwei, sondern für die drei Stunden – treffen. Das von meiner Seite zum Procedere.

Ich habe noch zwei Fragenkomplexe. Das Erste ist – deswegen verstehe ich die Reaktion des Kollegen Petzner bis zu einem gewissen Grad –: Ich bin einfach aus Zeitgründen noch nicht zum Jahr 2006 gekommen, zur Gutschrift an das BZÖ, 80 004,80 € netto plus 16 000,96 € Umsatzsteuer, Wertberichtigung zu 80 Prozent im Jahre 2005.

Was mir so aufgefallen ist: Da gibt es einige Jahre hintereinander, bis dahin gibt es immer Forderungsabschreibungen FPÖ – das haben wir schon mehrere Male gehabt – , Bund und Klub, in der Größenordnung von knapp 800 000 € brutto. Dann gibt es diesen Wechsel – und plötzlich wieder eine Forderungsabschreibung.

Sagen Sie, haben Sie besonderes Pech gehabt – oder gibt es irgendwelche andere Gründe, dass Sie dauernd mit **zahlungsunfähigen** Parteien gearbeitet haben?

Gernot Rumpold: Diese Forderungsabschreibungen resultieren teilweise noch aus der Ära vor 2000, denn da waren Situationen, wo die Partei-Organisationen oder die damalige blue connection für Partei-Organisationen tätig war und diese Partei-Organisationen nicht bezahlt haben oder nicht bezahlen konnten – whatever. Es ist so, dass wir das hingeschleppt haben bis 2000/2001, das schließlich und endlich eingeklagt haben über den damaligen Mag. Riha und es zu teilweisen Forderungseintreibungen gekommen ist, jedoch Herr Mag. Riha diese unterschlagen hat und wir gezwungen waren, den Anwalt, der das eingetrieben hat, anzuzeigen. Da habe ich leider wirklich Pech gehabt in dem Bereich mit der Auswahl des Anwaltes.

Was die FPÖ/Bund betrifft, so ist das eine ganz andere Situation. Da hatte ich einen Rahmenvertrag, der mich dazu verpflichtete, die FPÖ werblich zu unterstützen – egal, ob Wahlkämpfe, ob sonstige Veranstaltungen –, werblich im Jahr zu unterstützen, ein Vertrag, der einseitig gekündigt wurde und wo aus meiner Sicht eben ein offener Betrag in der Höhe von 7,5 Millionen Schilling übrig blieb, den es zu kompensieren galt. Und diese Kompensation war die Vereinbarung, damals mit Landeshauptmann Haider, dass ich den Kärntner Wahlkampf machen soll, und das ist zugezählt worden der Vereinbarung über den Vertrag EU-Wahlkampf auf Bundesebene und der Abschlagszahlung „NFZ“ 2004 – und die Aussicht, den nächsten Nationalratswahlkampf zu machen.

Insgesamt wäre dieses Paket gleich groß gewesen wie das Paket, welches mir durch diese einseitige Aufkündigung entgangen ist. Das war äquivalent, und darum habe ich diesen Vergleich gemacht.

Also: So, wie Sie das sehen, ist es nicht. Für mich war es dadurch ausgeglichen, nur anders dargestellt, denn da ist nicht ein Pauschalvertrag abgearbeitet worden, sondern sind Einzelverträge abgearbeitet worden, in der Summe dieselbe Größe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): In der Summe dieselbe Größe. (*Gernot Rumpold: Ungefähr!*) Ich wollte auf etwas anderes hinaus.

Die Geschichte, diese 917 000 € brutto – ich bitte, nichts zu soufflieren, ich stelle jetzt Fragen –, diese 917 000 € brutto, das haben wir jetzt schon lange, das wiederhole ich nicht wieder, da ist dann die Telekom gekommen, dann hat es die 600 000 € gegeben.

Mich interessiert etwas ganz anderes in diesem Zusammenhang. Dann gibt es diese 96 000 Forderungsnachlass zugunsten des BZÖ – sind Sie halt wieder an eine zahlungsunfähige Partei geraten. (*Gernot Rumpold: Ist das die Frage?*) – Nein.

Meine Frage jetzt: Hat es da irgendeine ähnliche Kompensation, vergleichbar mit jener der 600 000 der Telekom zu FPÖ-Zeiten, gegeben oder mussten Sie komplett auf dieses Geld verzichten?

Gernot Rumpold: Nein. Im Zuge der Gründung des BZÖ ist es zu diversen Zahlungen und Leistungen gekommen, die dann im Verrechnungswege erstellt wurden, wobei wir im Zuge der Gesamtbeauftragung für die Nationalratswahl übereingekommen sind mit dem damaligen Parteiobmann Westenthaler, dass die alten Forderungen, dass nicht alles an den Forderungen, die wir an das BZÖ hatten, gerechtfertigt ist, dass sehr viele Eigenleistungen in diesem Forderungspaket drinnen sind seitens BZÖ-Mitarbeitern und so weiter, sodass wir schlussendlich auf diesen 80 000-€-Gutschriftsdeal gegangen sind und gesagt haben: Okay, alles andere wird bezahlt, dieses wird gutgeschrieben und die Beauftragung für die Nationalratswahl erfolgt danach.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Mich hat nur ein Punkt interessiert: Hat es da irgendwelche Fremdleistungen, vergleichbar mit den 600 000 der Telekom, gegeben? (**Gernot Rumpold:** Nein!) – Ich wollte nur das wissen.

Dann komme ich zu einigen Posten, die ... (**Gernot Rumpold:** Aber Telekom war keine Fremdleistung! Das ist eine unzulässige Frage gewesen von ...!) – Nein, Leistung durch einen **Dritten**, sagen wir ... (**Gernot Rumpold:** Es war damals ...) – Herr Rumpold, Leistung durch einen Dritten, damit ... (**Gernot Rumpold:** Aber nicht für dieses Projekt!) – Nein.

Jetzt komme ich zu einigen Positionen, die mir unklar sind, aber die nicht übermäßig groß sind – da sind wir dann gleich fertig.

10. August 2004: Gucci, Kohlmarkt, Damenbekleidung, Stiefel, Tuch, Gürtel, 1 150 €, FPÖ Vorarlberg/Ausstattung. – Sagen Sie, in welcher Art und Weise haben Sie die FPÖ Vorarlberg bei Gucci am Kohlmarkt mit Damenbekleidung – Stiefel, Tuch und Gürtel – versorgt?

Gernot Rumpold: Weiß ich heute nicht mehr. Wahrscheinlich waren es Ausstattungen für Fotoshootings für Kandidatinnen, whatever, es waren auf jeden Fall sicher Leihgebühren und keine Kaufverträge.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann gibt es noch zwei weitere Rechnungen: 19.2.2004: Dolce & Gabbana Italien, Ausstattungsservice FPÖ, und 30.9.2004: Rechnung aus Udine für diverse Bekleidungen, FPÖ/Kundengeschenke: die eine Rechnung über 3 310 €, die andere über 1 163,40 €.

Können Sie dazu irgendetwas sagen? (**Gernot Rumpold:** Heute nicht, ...)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Könnten Sie einen Zusammenhang zur Telekom herstellen?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das *ist* alles aus dem **Telekom-Akt**. (*Heiterkeit.*) – Ich versuche ja selbst, zu schauen, ob es da einen Zusammenhang gibt.

Die wesentlichen Fragen haben wir geklärt. Wir haben die Rechnungen geklärt, wir haben die Telekom-Zahlungen geklärt, wir haben die Forderungsnachlässe geklärt, wir haben geklärt, dass es keine Drittleistung im Falle BZÖ gibt. Das ist alles im Großen und Ganzen klar. Wir können jetzt diese „insight“-Geschichte dem Meischberger-Komplex, also dem gemeinsamen Projekt mit Meischberger zuordnen und Meischberger dazu nachher noch genauer befragen.

Ich bin zufrieden, wunderbar, keine weiteren Fragen. – Danke.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich komme nur noch einmal zurück zu dieser „Dental-Care“-Sache. Ist es korrekt, Herr Rumpold, dass für das Jahr 2003, wo Sie

gemeinsam mit Strache diese Firma gehabt haben, die Steuer im Jahr 2005 eine Nachforderung von 1 585,50 € an Körperschaftsteuer gestellt hat, die Sie gemeinsam mit Strache im Jahr 2003 nicht bezahlt haben? Und ist dann diese Zahlung im Jahr 2005 nach der Nachforderung durch das Finanzamt erfolgt oder nicht?

Gernot Rumpold: Das ist mir heute nicht mehr in Erinnerung, weil diese Situationen damals von Mag. Wachernig geklärt wurden und ich da nicht direkt und mittelbar involviert war.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Auch da muss ich auf den Zusammenhang mit dem Beweisthema hinweisen, Telekom.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Den Zusammenhang habe ich schon erläutert. Er besteht insofern, als dieser Fragenkomplex genau zum gleichen Zeitraum auftaucht mit Geschäften der Telekom. Kollege Pilz hat in seinen Ausführungen ebenfalls schon auf diesen Zusammenhang verwiesen und hier auch eine Summe genannt.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Ich führe weiters an, dass es für die Jahre 2003 dann ebenfalls Nachforderungen gibt von der Finanz für das Jahr 2002, wo ebenfalls der Herr Strache mit dabei war. Meinen Informationen nach, Herr Rumpold – wir haben Ihnen jetzt eh die Unterlagen vorgelegt –, ist das dann auch bezahlt worden.

Ich stelle Ihnen nur noch einmal die Frage, warum das nicht **gleich** erledigt wurde, warum Sie keine Steuererklärung abgegeben haben gemeinsam mit Strache, obwohl das Ihre rechtliche Pflicht gewesen wäre – und ob es da einen Zusammenhang gibt zwischen dieser Firma und der Causa Telekom.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr Abgeordneter, entschuldigen Sie, ich darf Ihnen sagen: Auch der Verfahrensanwalt macht mich jetzt schon wiederholt darauf aufmerksam, dass die ganzen Körperschaftsteuerschuld-Fragen **nicht** im Zusammenhang mit dem Beweisthema stehen und das eine reine Angelegenheit des Unternehmens von Herrn Rumpold ist.

Sie können eine Antwort geben, es liegt in Ihrer Entscheidung.

Gernot Rumpold: Ich möchte nur antworten, dass in dieser Vorlage eine Abgabengutschrift von 164,50 € ausgewiesen ist, also wird bezahlt worden sein, schätze ich, aber ich weiß ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es ist auch dann bezahlt worden im Jahr 2005, das habe ich Ihnen nicht gesagt. Passt schon. – Danke.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) *(zur Geschäftsbehandlung):* Herr Kollege Petzner hat eine Frage gestellt – warum Herr Rumpold im Jahr 2003, obwohl es die Verpflichtung gewesen wäre, gemeinsam mit Herrn Strache für die Körperschaftsteuerentrichtung zu sorgen – und dabei einen falschen Vorhalt gemacht. Wenn Herr Petzner richtig zitiert hätte, wäre nämlich hervorgekommen, dass es sich hierbei lediglich um **Anteilshalter** gehandelt hat, nicht jedoch um die Person eines Geschäftsführers.

Herr Strache war nämlich **nicht** Geschäftsführer, daher war er auch in keinster Weise, weder 2003 noch 2005, noch sonst irgendwann, verantwortlich für diese Dinge.

Das heißt, Herr Kollege Petzner arbeitet nicht nur – was die Befragung ganz zu Beginn betrifft – seltsam, aber auf jeden Fall hier mit einem falschen Vorhalt.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke für den Hinweis, wir haben das hier am Präsidium bereits geklärt. Das ist in dieser Form nicht zulässig gewesen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser verabschiedet die Auskunftsperson **Gernot Rumpold** und ihre Vertrauensperson und **unterbricht** die Sitzung.

11.34

(Die **medienöffentliche** Sitzung wird um 11.35 Uhr **unterbrochen** und um 12.05 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

Obfrau Dr. Gabriela Moser nimmt – um 12.05 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und ersucht darum, die **nächste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

12.06

Auskunftsperson Ing. Walter Meischberger

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Ing. Walter Meischberger** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saals. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Meischberger, ich danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre Pflicht zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Walter Meischberger. Ihre weiteren Personaldaten, die Sie der Parlamentsdirektion bekanntgegeben haben, liegen mir vor.

Sie waren während des Untersuchungszeitraumes in keinem öffentlichen Bedienstetenverhältnis.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Die Medienvertreter der Bildmedien mögen bitte den Saal wieder verlassen!

Ich weise Sie, Herr Meischberger, noch darauf hin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern dürfen.

Nun zu Ihrer **Vertrauensperson**. Ihr vollständiger Name lautet: **Mag. Eduard Salzborn**. Ihre Personendaten, die Sie der Parlamentsdirektion bekanntgegeben haben, liegen mir vor.

Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Mag. Eduard Salzborn als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Wir setzen fort mit der Belehrung der Vertrauensperson.

Ich habe auch Sie an die **strafrechtlichen Folgen** einer **falschen Beweisaussage** als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafandrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**. Sie haben aber **nicht** das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden. Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird mich dann, wenn er es für erforderlich hält, informieren.

Herr Meischberger, vor Eingang in die Befragung können Sie dem Ausschuss gerne Ihre Sicht in Form einer 10-minütigen zusammenhängenden Erzählung präsentieren. Wir können aber auch gleich mit der Befragung beginnen. – Was bevorzugen Sie?

Auskunftsperson Ing. Walter Meischberger: Ich würde gerne zwei Punkte ganz kurz ausführen. (*Obfrau Dr. Moser: Bitte!*)

Meine Damen und Herren! Grüß Gott! Ich möchte eingangs zwei Dinge erwähnen.

Das Erste ist, das betrifft mich persönlich, die Behandlung: Ich werde in der medialen Öffentlichkeit immer als ehemaliger Parteifunktionär und -sekretär, auch als Abgeordneter und so weiter dargestellt, was sachlich ja hundertprozentig richtig ist, aber so, wie es medial dargestellt ist, ist es sehr einseitig, und in der Öffentlichkeit entsteht der Eindruck, als hätte ich zu irgendeiner Partei noch irgendeine Verbindung beziehungsweise eine Verpflichtung und so weiter. Das wird daraus abgeleitet.

Jetzt geht es hier um die politischen Verantwortlichkeiten in der Aufklärung, und da ist Parteizugehörigkeit wahrscheinlich besonders sensibel. Ich bitte Sie nur, mich in der Befragung als den zu behandeln, der ich heute bin: Ich bin Privatmann, ich bin Privatunternehmer, bin seit mehr als zwölf Jahren kein Parteimitglied mehr bei irgendeiner Partei – und ich bin Wechselwähler. Also das bin ich, und ich bitte, mir Zugehörigkeit zu einer Partei nicht zu unterstellen, weil sie nicht vorhanden ist.

Der zweite Punkt ist – da bitte ich um Ihr Verständnis –, dass es aufgrund dieser Parallelität – Strafprozess beziehungsweise strafrechtliche Erhebungen und Untersuchungsausschuss – einem Befragten fast unmöglich ist, auf alle Ihre Fragen oder auf alle Fragen, auf die man vielleicht auch antworten möchte, Auskunft zu geben, weil ich würde mich damit, wie Sie wissen, sofort selber meiner Beschuldigtenrechte berauben, was ich nicht tun kann und nicht will. Also wenn ich dann das Entschlagungsrecht in Anspruch nehme bei einzelnen Fragen – mir ist schon klar, was die Frau Vorsitzende gesagt hat, nämlich dass wir natürlich kein generelles Entschlagungsrecht haben –, dann bitte ich um Verständnis für diese Vorgangsweise.

Das wäre es aus meiner Sicht. – Danke.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Meischberger, eingangs kurz: Es geht bei Ihrer Befragung heute ausschließlich um die Causa **Telekom**. Sie spielen ja auch eine wichtige Rolle in der Causa BUWOG; das ist aber heute **nicht** Untersuchungsgegenstand, sondern wir reden über Ihre Verbindungen zur Telekom. Da gibt es mehrere Bereiche. Es geht einerseits um die „Neue Freie Zeitung“, wo es dazu Rechnungen gibt, die Sie als **Druckkostenbeiträge** bezeichnen, und dann gibt es verschiedene Auftragsverhältnisse zwischen Ihnen und der Telekom über Hohegger beziehungsweise Valora.

Ich möchte mit Ihren Auftragsverhältnissen über die Telekom beginnen und halte eingangs fest, dass Sie meine erste Frage mit Ihrem Eingangsstatement schon beantwortet haben. Ich stelle sie trotzdem noch einmal als erste Frage. Waren Sie

jemals Mitglied des BZÖ? (*Ing. Meischberger: Nein!*) – Es ist mir nur wichtig, das hier klargestellt zu haben, auch für das Protokoll.

Beginnen wir mit Ihren Verträgen mit der Telekom: Sie haben über mehrere Jahre einen Rahmenvertrag mit der Telekom gehabt in einem Gesamtjahresvolumen von 140 000 €; er beläuft sich auf eine monatliche Zahlung von zwischen 10 000 und 12 000 €.

Die „klassische“ Frage, die wir auch Ihnen zu verdanken haben, lautet: Wos war mei' Leistung?

Ich zitiere hier aus einer Beschuldigtenvernehmung des Peter Hohegger über diesen Rahmenvertrag, den Sie mit der Telekom über Hoheggers Valora gehabt haben, wo Hohegger in seiner Beschuldigtenvernehmung vom 26. Mai 2011 Folgendes zu diesem Rahmenvertrag angibt. Ab 2006, gibt er da an, ein Jahresvolumen von 140 000 € für die Dauer von mindestens drei Jahren. Und dann sagt Hohegger – Zitat –:

Die Abrechnungen von Meischberger erfolgten dabei in unregelmäßigen Abständen. Meiner Meinung nach kam es augenscheinlich darauf an, ob Meischberger das Gefühl hatte, dass er gerade eine Leistung erbracht hatte. – Zitatende.

Also Hohegger selber sagt, die Bezahlung von Ihnen war Gefühlssache: Hat der Herr Meischberger gerade selber das Gefühl gehabt, er hat eine Leistung erbracht oder nicht im Rahmen dieses Rahmenvertrages mit dem Volumen von 140 000 € monatlich. Daher stelle ich Ihnen ... (*Ing. Meischberger: Jährlich!*) – Ich komme gleich dazu, Sie können gleich antworten.

Daher stelle ich Ihnen auch gleich die Frage, was Ihre **Leistung konkret war**, und führe dazu Folgendes an – damit wir das gleich in einer Runde abhaken können –:

Es kann hier keiner irgendwie konkret Leistungen nennen, sagt Rudi Fischer in seiner Einvernahme, über den ja auch dieser Rahmenvertrag eingefädelt wurde, und dann Folgendes:

Meischberger hat in dieser Zeit Aktivitäten für die Telekom Austria erbracht –

und dann ist er sehr vage –,

im Wesentlichen im Bereich Markenpositionierung, strategische Kommunikation, neue Geschäftsideen.

Sie sagen und Hohegger sagt noch in einer weiteren Beschuldigtenvernehmung zu Ihrem Rahmenvertrag – 140 000 € pro Jahr. Am 3.11.2009 sagte Hohegger, dass mit dem damaligen Vorstand der Telekom Austria, Fischer, das vereinbart wurde – ich zitiere –:

Die Aufgabe Meischbergers war, Herrn Fischer sein Kontaktnetzwerk zur Verfügung zu stellen und ihm bekanntzugeben, falls es attraktive Projekte für die Telekom gibt. – Zitatende.

Also das ist alles sehr vage. (*Ing. Meischberger: Entschuldigung, wer hat das gesagt?*)

Hohegger sagt, es ist nach **Gefühl** abgerechnet worden, ob der Meischberger gerade eine Leistung erbracht hat oder nicht. Hohegger sagt, 10 000 bis 12 000 € pro Monat innerhalb von zwei bis drei Jahren dafür, dass Sie Ihr Kontaktnetzwerk zur Verfügung stellen.

So einen Vertrag hätte ich auch gerne – oder auch nicht, weil man die Frage eben stellen muss, ob das moralisch zulässig ist.

Was Sie selber dazu gesagt haben, habe ich angegeben, auch was Fischer dazu gesagt hat.

Jetzt noch einmal, Herr Meischberger: Was war Ihre Leistung und warum ist da nach **Gefühl** abgerechnet worden? Was können Sie zu diesem Rahmenvertrag angeben?

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Bitte, ich habe jetzt in dem Zwiegespräch die Auffassung des Herrn Mag. Salzborn, die er zu Recht vertritt, gehört, nämlich dass gerade in diesem Fall unterstellende Fragen, auch wenn eben die Unterstellung durch eine vorhergehende Erzählung und die Verbindung dieser Erzählung mit einer Frage erfolgt, dass also Unterstellungen, unterstellende Fragen unzulässig sind. Ich darf bitten, darauf zu achten.

Ich wurde gebeten, das jetzt allgemein zu sagen, sonst kommt jedes Mal bei jeder Frage eine Intervention. Wir werden trotzdem vielleicht die eine oder andere haben, aber in vielen Fällen können wir das so sicherlich vermeiden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe eingangs korrekt nur aus Beschuldigtenvernehmungen zitiert und frage Sie jetzt, Herr Meischberger: Was war Ihre Leistung auf Basis dieses Rahmenvertrages? – Ich finde nicht, dass das eine unterstellende Frage ist.

Ing. Walter Meischberger: Aber eine polemische, Herr Kollege! Es ist für mich schon verwunderlich, wenn im Hohen Haus die Sprachgebräuchlichkeiten von ganz bewusst gesteuerten medialen Darstellungen übernommen werden. Das will ich persönlich nur dazu sagen. Aber es ist mir eigentlich egal, ich habe mich schon an diese Frage gewöhnt.

Um die Frage zu beantworten, muss ich ein bisschen ausholen, da steckt sehr viel drinnen in der Frage. Grundsätzlich zum Vertragsverhältnis – ich glaube, das war die erste Frage – kann ich sagen, dass ich mit der Telekom Austria selbst nie in einem vertraglichen Verhältnis gestanden bin. Meine Zusammenarbeit war **ausschließlich** mit im Umfeld des Dr. Peter Hochegger befindlichen Unternehmungen. Das hat ein bisschen gewechselt: Es war einmal da oder dort die **Hochegger.Com** und es war vor allem am Anfang und in späterer Folge die in der Zwischenzeit ja bekannte **Valora AG**, die mein Auftraggeber war.

Dr. Hochegger selber hat zum einen einen großen Rahmenvertrag mit der Telekom Austria gehabt und projektbezogene Rahmenabschlüsse zum anderen. So ähnlich war auch mein Verhältnis zu ihm. Ich habe diesen von Ihnen erwähnten Rahmenvertrag oder diese Pauschalvereinbarung von 140 000 € per annum gehabt. Ich glaube, das hat begonnen irgendwann im Jahr 2003 oder 2004 und hat sich irgendwo bis zum Anfang des Jahres 2008 so hingezogen. Innerhalb dessen war ich in einer, wenn Sie so wollen, branchenexklusiven Zusammenarbeit, vereinbart in Bezug auf die Telekom Austria, aber mein Vertragspartner war ausschließlich die **Valora AG**. Somit habe ich zur Telekom Austria selbst nie einen Bezug gehabt.

Ich bin aber sicher – und das weiß ich auch aus persönlichen Wahrnehmungen –, dass Dr. Hochegger meine Zusammenarbeit mit ihm sehr wohl mit den Verantwortlichen der Telekom Austria abgesprochen beziehungsweise vereinbart hat, sonst hätte er mir wahrscheinlich diesen Rahmenvertrag nicht gegeben. – Das einmal zum vertraglichen Verhältnis.

Mein Geschäftsfeld, das dieser Rahmenvereinbarung zugrunde liegt, und das, was ich damals betrieben habe als Geschäftsführer einer kleinen Agentur für strategische Kommunikation, war nicht gleichbedeutend oder nicht ausschließlich, sage ich jetzt einmal, dieses jetzt ins Gerede gekommene Lobbyistendasein beziehungsweise Lobbyismus zu betreiben – obwohl ich überhaupt nichts gegen Lobbyismus in den

richtigen Rahmenbedingungen einzuwenden habe –, sondern mein Geschäftsfeld war vielmehr das der **strategischen Kommunikation**.

Strategische Kommunikation ist viel mehr als Lobbyismus. Lobbyismus oder Lobbying ist in Wahrheit ein Ausfluss der strategischen Kommunikation. Strategische Kommunikation beginnt viel früher. Strategische Kommunikation beginnt, wenn man Ziele eines Kunden, eines Klienten zu erfahren beginnt, wenn man sozusagen ein Projektbild dargestellt kriegt und wenn man dann Wege erarbeitet – in kommunikativem Wege –, wie, sage ich einmal, die richtigen und richtig aufbereiteten Informationen – das ist einmal die Hauptarbeit – auf den richtigen Wegen zum richtigen Zeitpunkt in der richtigen Darstellung zu den richtigen Zielgruppen oder Zielpersonlichkeiten kommt.

Das Herantragen dieser Information an sich ist dann Lobbying, und da, kann ich Ihnen sagen, habe ich für die Telekom Austria ganz wenig Lobbying in diesem Sinne betrieben, sondern meine Aufgabe war es, mit dem Peter Hochegger seine Projektbilder zu erarbeiten, darzustellen, strategisch aufzuarbeiten, mit seinen Teams und seiner Agentur und so weiter in Papiere und Konzepte zu bringen, und diese sind dann umgesetzt worden.

Das ist dann auch der Grund ... – Deswegen meine Frage betreffend Rudi Fischer, weil er hat das meines Erachtens sehr gut dargestellt. Mehr kann er nicht sagen und auch nicht mit mehr Details, weil er immer nur Ergebnisse von Projektbildern bekommen hat von Dr. Hochegger, und er nicht gewusst haben kann, wer welchen Beitrag im Hintergrund zu welchen Projekten und Aufgaben erledigt hat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dieser Rahmenvertrag ist mündlich vereinbart worden oder schriftlich? Gibt es dazu eine schriftliche Vertragsgrundlage?

Ing. Walter Meischberger: Es gibt keine schriftliche Vertragsgrundlage. Es ist auch nicht „der Rahmenvertrag“ gewesen, sondern man hat sich ganz einfach darauf geeinigt, nachdem man bei einigen Projekten für die Telekom Austria projektbezogen zusammengearbeitet hat, dass man jetzt eine dauerhafte Einrichtung daraus macht und mit dieser 10 000-€-brutto-im-Monat-Abgeltung eine dauerhafte Situation schafft, die beinhaltet, dass man sozusagen mit den Augen und Ohren der Telekom Austria durch die Lande geht und aus dem Blickwinkel ihrer Kunden Informationen aufnimmt, durchdenkt und überlegt oder weiterträgt. Das ist eigentlich die Grundlage für den Rahmenvertrag.

Einen Vertrag – körperlich, in schriftlicher Ausführung, unterschrieben von beiden Seiten – gab es nicht, aber das war Usus zwischen dem Peter Hochegger und mir. Wir haben über Jahre zusammengearbeitet und haben die Dinge immer **mündlich** vereinbart.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage das deswegen, weil immer auffällt, dass wir es bei Telekom, Valora, Hochegger, wenn es heikel wird, fast immer mit **mündlichen** Verträgen über riesige Summen zu tun haben – ich meine, 140 000 € ist meiner Meinung nach nicht wenig. Wir haben auch viele andere Beispiele gehabt. Das ist immer alles mündlich vereinbart worden. (*Ing. Meischberger: Die Sachen ...!*) Ich weiß nicht, ob das für einen Konzern zulässig ist. – Aber das ist eine persönliche Meinung, die ich habe.

Sie haben auch Ihr Leistungsprofil ... (*Ing. Meischberger: Entschuldigung! Noch einmal: Es war kein Konzern! Ich habe diese Rahmenvereinbarung mit der .. Valora ...!*) – Ich weiß: Sie haben Ihren Vertrag mit der Valora gehabt.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Moment! Nur, dass das klar ist: Zunächst fragt der Abgeordnete und dann antworten Sie, und Sie dürfen dem Abgeordneten nicht ins Wort fallen, genauso wenig wie der Abgeordnete Ihnen ins Wort fallen darf!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe es sowieso richtig angeführt, aber ich wiederhole es gerne für Sie: Sie haben einen Vertrag gehabt über Hoheggers Valora, und der Geschäftsbereich war die Telekom. Ich habe das, glaube ich, auch korrekt ausgeführt und gesagt, im **Umfeld** der Telekom – im **Umfeld!** Auch über Hoheggers Valora kommen uns dauernd nur mündliche Verträge unter; ich finde, das ist ein bisschen eigenartig.

Sie haben dann sehr schön und in wunderschönen Worten das beschrieben – Sie sind ja auch ein durchaus guter Kommunikator –, was ihre Leistungen betrifft.

Können Sie mir da ein paar konkrete Beispiele nennen? Es war mir alles ein bisschen zu nebulos, was Ihre Leistungserbringung betrifft. Das heißt, ich frage Sie noch einmal konkret: Nennen Sie uns ganz, ganz konkrete Beispiele, wann Sie wo die richtigen Informationen im Zusammenhang mit welchem Projekt an welche Personen herangetragen haben! Ganz, ganz konkrete Leistungen, die Sie erbracht haben!

Ich stelle das noch einmal in einen Zusammenhang mit dem Zitat von Hohegger in dieser Beschuldigtenvernehmung vom 26.5.2011, das ich gebracht habe, wo eben Hohegger Folgendes sagt – noch einmal –:

Meiner Meinung nach kam es augenscheinlich darauf an, ob Meischberger das Gefühl hatte, dass er gerade eine Leistung erbracht hatte. – Zitatende.

Also der Hohegger redet von **Gefühl**; Sie selber beschreiben jetzt in sehr breiten Erklärungen, wie so etwas aussieht.

Noch einmal: Nennen Sie uns ganz konkret etwas! Gehen wir weg vom Gefühl, gehen wir hin zu den **Fakten**: Sagen Sie mir ganz, ganz konkret Leistungen, die Sie auf Basis dieses mündlichen Vertrages mit Hohegger über Valora für Hohegger beziehungsweise die Telekom erbracht haben! Ganz, ganz konkret!

Ing. Walter Meischberger: Zum einen belustigt mich diese Formulierung des Peter Hohegger mit dem Nach-Gefühl-Abrechnen. – Das war sicher nicht so; ich glaube auch nicht, dass er das so gemeint haben kann.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir legen es Ihnen vor, wenn Sie wollen.

Ing. Walter Meischberger: Ja, das ich glaube ich Ihnen schon, aber ...

Nur, da hat es **nur** konkrete Leistungen gegeben, wenn auch in einem Rahmenvertrag Leistungen natürlich nicht vorhersehbar sind und so weiter, so zumindest bei den Projektbearbeitungen. Da war das ganz klar.

Ich habe Ihnen vorhin auch nur ungefähr mein Geschäftsfeld beschrieben. Aber konkrete Leistungen, was soll ich Ihnen da sagen? – Die Dinge liegen ja teilweise zehn Jahre oder acht Jahre zurück. Das ist relativ weit. Ich weiß nur, dass wir sehr fleißig an sehr vielen Projekten gearbeitet haben, aber eine Projektliste?

Da kann ich Ihnen Folgendes sagen: Da hat es damals zum Beispiel den „**Trend Circle**“ der Telekom Austria gegeben, wo der Vorstand Fischer eingeladen hat, also die Vorbereitungen in diesen Bereichen.

Ein ganz großes Projekt damals war die **eTel-Akquise**.

Sehr viel habe ich auch mit der Marketingabteilung des Unternehmens zu tun gehabt, vor allem bei der Positionierung der Telekom Austria beziehungsweise auch des Vorstandes selbst im Bereich Volkssport in Österreich, der ja für die Telekom Austria

ein sehr großer Zugang zu verschiedenen Zielgruppen gewesen ist. Da gibt es den Breitensport, der eher den „Normalkunden“ betrifft, dann gibt es den Spitzensport, idylhafte Darstellungen, und dann gibt es auch den Gesellschaftssport, wo die Telekom Austria sehr viele Zugänge für ihre Key Accounts und so weiter gefunden hat.

Wir haben damals für die **ARGE Breitband** an der parlamentarischen Enquete zur IKT-Politik gearbeitet.

Ein interessanter Fall – aber ich glaube, der beschäftigt diesen Ausschuss auch noch einmal etwas später – waren die **Glücksspielambitionen** von **Aon.at** gemeinsam mit der **Novomatic AG** damals. Daran habe ich sehr lange und sehr intensiv gearbeitet.

Vielleicht eine wichtige Geschichte war auch der Sponsoringvertrag der Telekom Austria mit der **Franz Klammer Foundation** – das ist ein Charity-Bereich. Da haben wir einiges getan.

Also das ist eine Zusammenfassung von Projekten.

Die Aufgaben habe ich Ihnen schon erklärt: Dr. Hochegger ist grundsätzlich an mich herangetreten mit einem Projektbild, hat mir dann erklärt, welche Teilaufgaben daraus ich zu erfüllen habe oder was er sich von mir erwartet. Ich habe dann entweder mit ihm selbst gleich Ideen entwickelt beziehungsweise Strategien festgelegt beziehungsweise Arbeitsteams eingeteilt. Dann habe ich, wenn es darüber hinaus war, mit diesen Arbeitsteams an diesen Projekten gearbeitet.

Man hat also sozusagen zuerst einmal einen Masterplan erstellt oder man hat ein Konzept erarbeitet. Dann hat man aus diesen Masterplänen beziehungsweise Konzepten **Roadmaps** heruntergebrochen: Was passiert durch wen in welcher Zeit zum richtigen Zeitpunkt, um die Strategie zu verfolgen? Man hat Stärken/Schwächen-Analysen gemacht, man hat Analysen der Soll- oder der Ist-Wahrnehmung gemacht zu bestimmten Themen, dann Soll-Wahrnehmungen entwickelt und beschrieben, daraus die Kernbotschaften entwickelt und sozusagen weitergegeben an die verschiedenen Abteilungen – sei es ein Lobbyist gewesen, sei es eine Pressestelle gewesen, und so weiter.

Ich war ein Kenner der österreichischen Medienlandschaft, durch meine Tätigkeiten im ORF und weil ich selber ein Magazin als Geschäftsführer betrieben habe. Ich habe die österreichische Medienlandschaft natürlich auch sehr gut aus meiner politischen Tätigkeit gekannt, deswegen war ich auch für mediale Strategien sehr oft ein Ansprechpartner, eigentlich immer ein Ansprechpartner.

Als Kenner der parlamentarischen Abläufe und Prozesse und politischen Prozesse ist es natürlich auch um das Erarbeiten von politischen Strategien gegangen. Es waren Best-Practice Beispiele und Analysen überall aus der Welt anzusehen, die mir zum Teil vorgelegt worden sind, und auf österreichische Verhältnisse herunterzubrechen. Es ging um Third-Party-Communication, also quasi Experten zu finden, die bestimmte Positionen für die Telekom zu vertreten hatten, das herauszuarbeiten, denen auch unter Umständen Bühnen zu bereiten.

Ja, was soll ich sagen, als Kenner der politischen Landkarte war meine Hauptaufgabe eigentlich die Aufarbeitung von politischen Argumenten, je nach Gesprächspartner, je nach Zeitabfolge, je nach Nutzen für den Einzelnen; weiters ständiges Beobachten des politischen Umfeldes, Aufbau der Lobbying-Datenbank. Es hat sehr viele Aufgaben in diesem Bereich gegeben, und fast alle diese Aufgaben sind in fast allen Projekten zur Umsetzung gekommen. Bei dem einem war das Gewicht mehr auf dies, beim anderen auf jenes gelegt. Netzwerken war sowieso immer eine Grundaufgabe, auch außerhalb des Hauses eine gute Stimmung zu machen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Für 140 000 € pro Jahr ist mir das noch immer zu unkonkret, und ich sage Ihnen auch, warum mir das zu unkonkret ist. Ich halte Ihnen Ihre Beschuldigtenvernehmung vom 10.11.2009 vor, wo Sie zum entscheidenden Punkt gefragt werden: Sie haben einerseits einen Rahmenvertrag mit 140 000 € pro Jahr, einen **mündlichen**, mit Hoheggers Valora, Sie erklären ganz breit über Medienstrategien, bla, bla, bla.

Mir ist das zu unkonkret und zu wenig konkret in Sachen **Leistungsnachweis**. Auch deswegen, weil Sie in dieser zitierten Beschuldigtenvernehmung gefragt werden – und das ist auch Tatsache –, wofür es diese Rahmenvereinbarung gebraucht hat, wenn konkrete, ganz konkrete Projekte mit der Telekom ohnehin gesondert abgerechnet wurden.

Sie haben da viele Projekte teilweise genannt, aber es gab ja dann abseits dieses Rahmenvertrages – und so lautet auch der Vorhalt Ihnen gegenüber der StA – andere schriftliche Vereinbarungen mit der Telekom.

Das heißt, einerseits können Sie keinen konkreten Leistungsnachweis – zumindest mir, in meiner Wahrnehmung – nennen, für diese 12 000 € oder 10 000 € pro Monat, andererseits haben Sie aber konkrete eigene Projekte verrechnet und gehabt mit der Telekom.

Ich zitiere dazu aus Ihrer Beschuldigtenvernehmung:

Mir wird vorgehalten –

das ist die Frage der vernehmenden Beamten –,

dass konkrete Projekte ohnehin gesondert abgerechnet wurden.

Und dann antworten Sie: Ich kann das im Moment nicht mehr genau sagen.

Und dann führen Sie weiter aus, nennen dann ein konkretes Projekt, zum Beispiel die Strukturveränderung der Telekom Austria, die letztlich in einem neuen Gesellschaftsorganigramm endet. – Also ob das ein **konkretes** Projekt ist, die Strukturveränderung in der Telekom Austria, das bleibt jetzt dahingestellt.

Noch einmal: Warum brauchen Sie einerseits einen **mündlichen Rahmenvertrag** mit Hoheggers Valora, wenn Sie andererseits – und dazu werden wir später noch kommen – ohnehin **konkrete Projekte** mit der Telekom beziehungsweise Hohegger abgerechnet haben für Leistungsnachweise. Das ist mir nicht erklärlich – und noch einmal: Nennen Sie mir zum Schluss nur ein einziges, ganz, ganz konkretes Beispiel! Sie haben gesagt, Sie haben Medienstrategien erarbeitet am Schluss. Nennen Sie mir jetzt einen konkreten Fall: Für wen haben Sie wann in welchem Zusammenhang eine Medienstrategie vorbereitet? Und gibt es zu dieser einen Medienstrategie irgendwelche schriftlichen Leistungsnachweise? Haben Sie da irgendwelche Konzepte erstellt – oder waren diese Leistungsnachweise im Rahmen dieses Rahmenvertrages auch alle **mündlich**, wie der Rahmenvertrag selbst? Gibt es da irgendwelche schriftlichen Leistungsnachweise?

Medienstrategie, bleiben wir bei dem ganz, ganz konkret. Und noch einmal, bitte antworten Sie auch auf die gestellte Frage: Wozu braucht es diesen Rahmenvertrag, wenn Sie konkrete Projekte ohnehin **gesondert** abgerechnet haben?

Ing. Walter Meischberger: Ah, das war die Frage. Herr Abgeordneter, tut mir leid, dass ich Ihr Wissensbedürfnis in der Frage nicht befriedigen kann, aber das ist meine Antwort. Ich glaube, ich habe ausführlich darauf geantwortet, wo meine Aufgabengebiete gewesen sind; ich sage es Ihnen noch einmal.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ein konkretes Beispiel Medienstrategie!

Ing. Walter Meischberger: Es gibt viele konkrete Beispiele, aber was soll ich, was wollen Sie mir unterstellen? Wollen Sie mir mit der Frage unterstellen, ich war nicht anwesend, ich habe nicht gearbeitet? Wollen Sie mir das unterstellen? Dann ist gleich ausgedet. (*Abg. Petzner: Ein konkretes Beispiel, bitte!*) Nein, es ist nicht so, ich habe dort meine Leistung erbracht. Ich habe die Leistung so erbracht, dass mein Auftraggeber sehr zufrieden damit war und mir diesen Rahmenvertrag gegeben hat. Man ist an mich herangetreten – nicht ich bin herangetreten.

Diese ewige Unterstellung in den Fragen und in den medialen Dingen, man hätte für sein Geld nicht gearbeitet, das weise ich zurück! Das ist nicht der Fall! Es gibt keine einzige Rechnung, der nicht eine Leistung zugrunde liegt, die meinen Auftraggeber sozusagen zufriedengestellt hat.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Sie haben schon zehn Minuten konsumiert!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich darf nur einen Satz sagen: Ich habe ganz konkrete Fragen gestellt, und ich bitte Sie noch einmal, konkret zu antworten.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Es gibt keine andere Antwort.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nein, ich habe auch gefragt, das haben Sie mir nicht beantwortet – Sie können es gerne in der zweiten Runde abziehen, nur das ich sie nicht noch einmal stellen muss. Meine erste Frage war ein ganz, ganz konkretes Projekt für eine Medienstrategie.

Zweite Frage war: Sind diese Leistungen auf Basis des Rahmenvertrages alle **mündlich** erfolgt, oder gibt es dazu auch **schriftliche Leistungsnachweise**?

Meine dritte Frage war: Warum braucht es diese Leistungsvereinbarung, wenn ohnehin konkrete Projekte gesondert abgerechnet wurden?

Von diesen drei Fragen haben Sie mir jetzt keine einzige beantwortet, also bitte ich Sie noch einmal, auf diese drei konkret gestellten Fragen konkrete Antworten zu geben!

Ing. Walter Meischberger: Zur ersten Frage konkret: Ich habe ein Medienkonzept zum Beispiel zum Thema Novamatic/Aon, Glücksspiel, erarbeitet. Ich habe das aber nicht selber niedergeschrieben, sondern habe das mit Arbeitsgruppen erarbeitet. Das ist in Arbeitsgruppen erarbeitet worden, da habe ich nicht Protokoll geführt. – Erste Antwort.

Zweite Frage war: Warum braucht es einen Rahmenvertrag, wenn es Projektabrechnungen gibt? Dazu kann ich nur sagen, dieser Rahmenvertrag ist sozusagen für die exklusive Zur-Verfügung-Stellung meiner Zeit und meiner Arbeitszeit – exklusiv im Sinne der Branche – für die Telekom Austria abgeschlossen worden. Und wenn es diesen Rahmenvertrag übersteigend oder andere Dinge tangierend **zusätzliche** Projekte gegeben hat, die die Telekom Austria vielleicht mehr oder weniger betroffen haben, dann hat es eben **zusätzliche** Projektabrechnungen gegeben. Das lag aber alles nicht in meiner Hand. Das war alles in der Planung und Abwicklung des Dr. Hohegger, der die Preisvorstellungen gemacht hat, der die Aufteilungen gemacht hat, der die Verrechnungen auch geplant und abgeführt hat.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Grüß Gott, Herr Meischberger! Grüß Gott, Herr Rechtsanwalt! Herr Meischberger, wann haben Sie Peter Hohegger kennengelernt?

Ing. Walter Meischberger: Es dürfte 1997/98, so etwa in der Zeit, gewesen sein.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann haben Sie in weiterer Folge für Unternehmen im Umfeld von Peter Hohegger

gearbeitet, unter anderem für die Valora AG. – Ist das richtig? (*Ing. Meischberger: Richtig!*)

Gibt es noch weitere Unternehmen aus dem Umfeld von Peter Hohegger, für die Sie gearbeitet haben?

Ing. Walter Meischberger: Ja also die Hohegger.com Agentur, und sonst ist mir jetzt nichts in Erinnerung ... – Also diese beiden Unternehmen. Wobei die Hohegger.com hat einmal gewechselt, namentlich, aber es kann sein, dass ich auch einmal für irgendeine Windpark-Gesellschaft etwas getan habe, aber das weiß ich jetzt nicht mehr konkret.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Waren Sie eigentlich bei der Valora AG mitbeteiligt bei der Privatisierung des Dorotheums? (*Ing. Meischberger: „Mitbeteiligt“?*) – Haben Sie mitgearbeitet bei der Privatisierung des Dorotheums?

Ing. Walter Meischberger: Die Valora AG ist ja damals zum Zwecke der Dorotheum-Privatisierung von einem Konsortium gegründet worden, in dem meiner Erinnerung nach der Bruder Hoheggers drinnen war und andere.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Aber das *Dorotheum* ist *nicht* Beweisthema.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Entschuldigung, ich ziehe die Frage zurück. Ich komme zur nächsten Frage.

Herr Meischberger, es gibt einen Zeitungsartikel der „Presse“ vom 12.11.2010. Darin wird behauptet, dass im Zusammenhang der Änderung der Universaldienstverordnung zur Einführung einer **Payphone Access Charge** mit der TA in den Jahren 2004 bis 2008 erhebliche Geldbeträge sowohl an Peter Hohegger als auch an Walter Meischberger gezahlt worden seien, und ich zitiere jetzt die Presse: ...

„um Politiker und Wirtschaftsbosse gefügig zu machen“.

Was sagen Sie zu diesem Artikel in der „Presse“?

Ing. Walter Meischberger: Absolut aus der Luft gegriffen, ich glaube, bei der Universaldienstverordnung überhaupt nicht mitgearbeitet zu haben. – Erstens.

Zweitens glaube ich nicht, dass da erhebliche Geldbeträge bezahlt wurden, und drittens kann ich Ihnen allgemein und für den Ausschuss, für alle unsere Zusammentreffen, die wir vielleicht noch haben, ganz klar sagen: Niemals habe ich irgendwie Geld oder andere Vorteile an Politiker oder Parteien weitergegeben und – wie haben Sie das formuliert – irgendwen „gefügig gemacht“. Das kann man nur weit von sich weisen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich habe zitiert aus der „Presse“: ... „um Politiker und Wirtschaftsbosse gefügig zu machen“, „Presse“, 12.11.2010.

Ing. Walter Meischberger: Ich kann diese Unterstellung nur weit von mir weisen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie bei der Änderung der Universaldienstverordnung in keiner Weise eingebunden waren?

Ing. Walter Meischberger: Es ist mir nicht erinnerlich, dort überhaupt mit dem Thema befasst gewesen zu sein. Mehr kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, aber wenn Sie mir ... – Ich glaube, ich bin überhaupt nicht einmal dazu befragt gewesen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Die nächste Frage betrifft auch die Vertragsverhältnisse. Sie sprechen von *einem* Rahmenvertrag. – Haben Sie nicht *mehrere* Rahmenverträge mit der Valora AG gehabt? Der letzte stammt aus dem Jahr 2006, bis 2008.

Ing. Walter Meischberger: Diese Rahmenvertragsgeschichte möchte ich vielleicht erklären. Das war nicht im Sinne von „vom 1.1.2004 bis 30.5.2008 wird ein Vertrag über die ...“ abgeschlossen, sondern es war eine Übereinkunft, dass es bis auf Widerruf eine Zusammenarbeitsbasis gibt, zwischen der Valora AG und der ZehnVierzig GmbH von mir, Aufgaben von der Telekom Austria betreffend, und bis auf Widerruf läuft das so. Das war körperlich kein Vertrag, es waren keine Termine festgelegt, nichts. Es war die Übereinkunft, um unsere Arbeit sozusagen fließend gestalten zu können – nachdem die in Kontakt gekommen ist –, dass das mit einer sozusagen monatlichen Pauschale verrechnet wird.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Rechtlich war das natürlich ein Vertrag, ja, wenngleich nicht in schriftlicher Form, wie wir wissen, und daneben gab es also die Projektaufträge.

Meine konkrete Frage: Welche konkreten Projektaufträge gab es sonst noch mit der Hohegger-Gruppe in Telekom-Angelegenheiten? (*Ing. Meischberger: Projektaufträge?*) – Projektaufträge.

Ing. Walter Meischberger: Ich kann die **eTel-Akquise** nennen damals. Ja, da müsste ich die Rechnungen sehen, die müsste ich in der Hand haben, dann könnte ich darüber nachdenken. Das ist alles schon ein bisschen lang aus. Ich kann Ihnen jetzt nicht mehr wirklich genau sagen, was war Projekt oder was war im Rahmenvertrag. Bei der eTel weiß ich es zufällig, aber sonst müsste ich die Unterlagen haben. Die habe ich leider nicht. Ich habe keine Rechnungen mehr, die hat alle die Finanz von mir abgeholt; deswegen habe ich auch vor der Sitzung keine Einschau haben können.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ist Ihnen vielleicht erinnerlich, welche Projektverträge Sie mit der Telekom noch abgeschlossen haben?

Ing. Walter Meischberger: Mit der Telekom Austria? (*Abg. Mag. Maier: Direkt!*) Überhaupt keinen, also das wäre mir erinnerlich. Ich habe mit der Telekom Austria nie ein Vertragsverhältnis gehabt, sondern es war ausschließlich eine Zusammenarbeitsvereinbarung mit der Valora AG des Dr. Peter Hohegger.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Und alle diese Verträge, die Sie mit Peter Hohegger abgeschlossen haben, wurden auf mündlicher Basis abgeschlossen?

Ing. Walter Meischberger: Ich glaube! – die Telekom Austria betreffend.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Dann möchte ich auf die einzelnen Geschäftsfälle eingehen, beziehe mich auf die Beschuldigtenvernehmung von Peter Hohegger.

Peter Hohegger beschreibt sehr klar, wann es Zusatzleistungen gegeben hat oder einen Projektauftrag. Da gibt es den Geschäftsfall 3: Preiskonsolidierung, Tarife oder volkswirtschaftliche Implikationen des Preisdumpings. Da gab es insgesamt für die Valora 604 000 €, und Ihnen wurde ein Betrag von 160 000 € ausbezahlt.

Ing. Walter Meischberger: Wann war das, in welchem Jahr?

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Das war im Jahr 2004. Ich muss die Frage stellen, welche Leistungen haben Sie da erbracht, Leistungen, die eben 160 000 € wert sind?

Ing. Walter Meischberger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, die Fragen in diese Richtung gehend beziehungsweise Abrechnungen betreffend möchte ich mein Entschlagsrecht gemäß § 7 in Anspruch nehmen, denn ich bin zu diesen Dingen nur teilweise oder wahrscheinlich auch noch nicht von der Staatsanwaltschaft oder von

ermittelnden Behörden einvernommen worden, und ich möchte mich alle diese Dinge betreffend nicht meiner Beschuldigtenrechte berauben.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich nehme das zur Kenntnis.

Ich beziehe mich weiters auf die Beschuldigtenvernehmung von Peter Hochegger, der mehrfach davon spricht, dass Ihre Aufgabe darin bestanden hat, den Kontakt zu Karl-Heinz Grasser aufzubauen, um ihn und Matthias Winkler für die Prioritäten der Telekom eben zu gewinnen. Und so beschreibt Peter Hochegger in seiner Beschuldigteneinvernahme, nämlich zum Geschäftsfall 4, Lobbying-Maßnahmen Cluster 19, Ihre Tätigkeit – ich zitiere:

Walter Meischberger hat sich diesbezüglich mit KHG ausgetauscht. – Zitatende.

Wie ist das zu verstehen? Die Kleider werden Sie ja nicht getauscht haben. Was haben Sie mit dem damaligen Finanzminister besprochen? Wie haben Sie sich „ausgetauscht“?

Ing. Walter Meischberger: Herr Abgeordneter, tut mir auch leid, aber ich weiß nicht, also Cluster 19 ist mir ein Begriff, aber dass ich mich jetzt mit dem Herrn Bundesminister für Finanzen damals in der Frage ausgetauscht hätte, ist mir nicht in Erinnerung. Wenn ich es getan habe oder hätte, hätte ich mit ihm ganz ein normales Gespräch darüber geführt, das ihn sicher nicht in eine Lage versetzt hätte, dass er mir irgendetwas verrät oder dass er mir irgendeine Information gibt, die über das, was öffentliches Gut ist, hinausgeht, was, wenn jemand anderer gefragt hätte, der auch bekommen hätte, oder gar Interessenskonflikte in ihm hervorgerufen hätte.

Herr Dr. Hochegger hat sich vielleicht von der Anstellung des Walter Meischberger sehr viel erhofft, aufgrund der persönlichen Freundschaft zwischen mir und dem Finanzminister, sich da Vorteile zu holen.

Was ganz sicher der Fall war, ist, dass man natürlich im atmosphärischen Bereich und im grundsätzlichen Klima zwischen dem Finanzminister und einem der österreichischen Leitunternehmen Positives beitragen hat können.

Aber alles, was hineininterpretiert wird, in unsachgemäße Informationsflüsse oder Geldflüsse, das möchte ich mit aller Vehemenz von mir weisen. Das ist nie passiert, hätte von mir aus nie stattgefunden, und der Bundesminister für Finanzen a. D. hätte das harsch abgelehnt. Es wäre in der persönlichen Beziehung zwischen Karl-Heinz Grasser und mir durch eine einzige derartige Aktion ganz sicher zum Bruch gekommen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Kommen wir zum Geschäftsfall Nummer sieben, dieser betrifft **aonTV**, das Projekt Telekom mit der Firma Novomatic. – Was war Ihre Aufgabe dabei?

Ing. Walter Meischberger: aonTV ist ein eigenes Projekt. aonTV, da – habe ich in Erinnerung, weil Sie das sagen – haben wir Content-Strategien gemacht. Die Telekom Austria hat zu diesem Zeitpunkt vorgehabt, aonTV zu launchen. Man hat technisch schon sehr weit an der Sache gearbeitet und eben über die Glasfaserausbauten und über die Kosten, die daraus entstanden sind, neue Einnahmequellen gesucht, vor allem im Festnetzbereich.

Da die Festnetzeinnahmen ständig zurückgegangen sind, hat man im Breitbandbereich sozusagen alternative Geschäftsfälle gesucht. aonTV war so eine Einnahmelmöglichkeit – in der Zwischenzeit ist ja aonTV schon in sehr vielen Haushalten präsent –, und ich war damals beauftragt, bei Content-Konzepten mitzuarbeiten. – Das ist es gewesen mit aonTV.

Der zweite Punkt, den Sie angesprochen haben (*Abg. Mag. Maier: Internet-Gambling!*), war Novomatic und aon; das hat Peter Hohegger angesprochen. Was soll ich dazu sagen? – Das war eigentlich meine Idee. Das geht genauso in den Bereich, alternative Geschäftsfälle für die Telekom Austria zu finden. Ich habe auch Kontakte gehabt mit der Novomatic AG, die ein Unternehmen ist, das weltweit tätig ist im Glücksspielbereich, größtes Know-how und sehr viel Erfolg hat.

Meine Idee war damals, für die Internetseite der Telekom Austria, „aon.at“, Einnahmequellen zu finden. Zu dem Zeitpunkt waren die Werbeeinnahmen im Internet noch relativ gering. Man hat im Internet in Wirklichkeit mit zwei Dingen Geld verdient: mit Erotik und mit Glücksspiel. Daraus ist die Überlegung entstanden, dass man einerseits elektronisches Glücksspiel über die „aon.at“-Seite abführt und gemeinsam mit der Novomatic AG sozusagen in eine Know-how-Gemeinschaft geht und einen Entertainment-Bereich im Spielebereich aufstellt.

Ich habe Sie in Erinnerung als Vertreter der Interessen der Casinos Austria AG, ich kann Ihnen einige Anträge zeigen im Glücksspielbereich, die Sie für die Casinos damals ... – Ist mir halt in Erinnerung. Sie werden wissen, wie dieses Geschäft dort ungefähr läuft und welche Hintergründe da bestehen.

Das ist natürlich sehr heikel gewesen. Die Novomatic hat durch den Ausschluss durch die Casinos vom österreichischen Markt Eintrittsmöglichkeiten in den österreichischen Markt gesucht, und die Telekom Austria hat auf der anderen Seite die technischen Einrichtungen besessen, um so etwas wirklich effizient und gut umzusetzen. Für die Republik hätte es eine Vielzahl an Mehreinnahmen im steuerlichen Bereich gegeben. So war das eine Win-win-win-Situation, an der wir damals gearbeitet haben. Ich habe dann sozusagen die Verantwortlichen dafür zusammengebracht, mit ihnen diese Dinge durchbesprochen, und dann ist es auch zu einem Projekt gekommen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich muss natürlich eines zurückweisen: Ich war nie für ein Glücksspielunternehmen tätig, habe auch nie irgendwelche Anträge geschrieben. Im Gegenteil! Von mir stammen die ersten parlamentarischen Anfragen, die alle Glücksspielunternehmen, auch die Casinos Austria, betroffen haben. (*Ing. Meischberger: Entschuldigung, ich nehme das auch gerne zurück!*)

Aber jetzt sind wir genau beim Thema. Was mich interessieren würde, und daher meine konkrete Frage: Ist es richtig, dass ein gemeinsames Unternehmen von der Telekom Austria und Novomatic gegründet wurde? Wie hieß dieses Unternehmen? Was war Ihr Beitrag bei der Gründung dieses Unternehmens?

Ing. Walter Meischberger: Ob es zu einer Unternehmensgründung gekommen ist, habe ich jetzt nicht mehr in Erinnerung. Es war jedenfalls geplant, ein Unternehmen zu gründen. Keine Ahnung, ob es zur Gründung letztlich gekommen ist, das weiß ich nicht mehr.

Meinen Beitrag dazu habe ich Ihnen, glaube ich, in der vorhergehenden Fragebeantwortung schon mitgeliefert. Es war in Wahrheit *meine* Idee, die Interessen dieser beiden Unternehmen zusammenzuführen und daraus sozusagen ein Produkt zu gestalten. Das Aufsetzen des gesamten Themas war dann wahnsinnig viel Arbeit. Es hat mit Arbeitsgruppen der Telekom Austria, mit Arbeitsgruppen der Novomatic und Hohegger.com sehr viele Sitzungen gegeben. Ich war bei den meisten dieser Sitzungen nicht nur anwesend, sondern, wie ich glaube, federführend. Man hat die Dinge dann zusammengestellt, letztlich ein Produkt gemacht.

Dann ist es auch darum gegangen, die Konzession für ein solches Unternehmen zu bekommen. Das ist sogar hier im Parlament aufgelegt – ich weiß nicht mehr genau,

wann das war; das muss im Jahr 2006 gewesen sein –, ist dann aber von der Tagesordnung genommen worden und so nicht zur Umsetzung gekommen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Sie haben selbst dargestellt, dass Sie führend bei diesen Gesprächen tätig waren. – Waren Sie auch bei jenem Gespräch dabei, als beschlossen wurde, Dossiers über Gegner des „kleinen Glücksspiels“ in Österreich anzulegen, nämlich über die damalige Landesrätin Christa Kranzl, über meine Person, über den damaligen Abgeordneten Dietmar Hoscher, über den jetzigen Bundesrat Schennach, über den Leiter der Betrugsbekämpfung im Finanzministerium Herrn Lehner, über eine Beamtin in Niederösterreich, die für die Bekämpfung des „kleinen Glücksspiels“ zuständig war? Ich glaube, ich habe alle genannt?

Waren Sie damals dabei, als Vertreter von Novomatic und der Telekom Austria beschlossen haben, Dossiers über frei gewählte Abgeordnete anzulegen?

Ing. Walter Meischberger: Herr Abgeordneter, es tut mir leid, dass es so etwas überhaupt gibt. Ich höre das zum ersten Mal von Ihnen, dass so etwas existiert hätte. Ich war weder damit befasst, noch wusste ich davon, noch hätte ich jemals an solch einer Sache mitgearbeitet. Im Gegenteil: Ich hätte alles getan, dass so etwas nicht passiert, wenn es an mich herangetragen worden wäre! Das möchte ich auch mit dem entsprechenden Nachdruck sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich halte Ihnen eine Rechnung vor, die die „Neue Freie Zeitung“ am 1. Dezember 2004 der ZehnVierzig GmbH gelegt hat.

Ich zitiere: Rechnung „Neue Freie Zeitung“, Betreff: Rechnung 018/04

Bezug nehmend auf die Vereinbarung vom 10. April 2004 übermitteln wir Ihnen als Honorarnote den Pauschalbetrag in Höhe von brutto 89 400 für die Platzierung verschiedener Persönlichkeiten und Produkte, speziell Telkos, im Zeitraum Mai bis September 2004.

Am Ende gibt es einen handschriftlichen Vermerk: Bezahlt 19. Jänner 2005.

Was steht in der Vereinbarung vom 10. April 2004?

Ing. Walter Meischberger: Ich muss mir das selbst noch einmal anschauen.

(Die Auskunftsperson blättert in Unterlagen.)

Dazu kann ich nur sagen, dass ich hinsichtlich der Abwicklung dieser Zahlung angesprochen worden bin, das zu machen, ich selbst aber mit der Anbahnung oder mit der Kontrolle dieser Dinge nichts zu tun hatte. Mir ist auch keine Vereinbarung vom 10. April 2004 erinnerlich. Das muss wohl zwischen jenen stattgefunden haben, die sie angebahnt haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wer ist für diese Rechnungen der ZehnVierzig verantwortlich?

Ing. Walter Meischberger: Das bin ich als Geschäftsführer; darunter steht auch meine Paraphe, wenn Sie das wissen wollen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das wäre die nächste Frage gewesen. *(Ing. Meischberger: Das habe ich mir gedacht! Ich wollte das ein bisschen beschleunigen!)*

Das ist also eine Meischberger-Rechnung?

Ing. Walter Meischberger: Nein, eine „Neue Freie Zeitung“-Rechnung an die ZehnVierzig.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das haben wir schon besprochen.
(*Ing. Meischberger: Na also!*)

Gibt es eine Vereinbarung vom 10. April 2004?

Ing. Walter Meischberger: Mir ist keine Vereinbarung vom 10. April 2004 in Erinnerung, aber ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wenn es eine Vereinbarung vom 10. April 2004 gegeben hat, müsste das ja eine Vereinbarung zwischen der „Neuen Freien Zeitung“, das heißt dem Parteiorgan der FPÖ, und der ZehnVierzig GmbH sein. – Ist das richtig?

Ing. Walter Meischberger: Man könnte das so ableiten aus der Rechnungslegung, aber der wahre Hintergrund hinter der Rechnung war – ich sage es noch einmal –, dass ich mit der Durchführung und mit der Überweisung beauftragt war, aber nicht mit der Anbahnung und auch nicht mit der Kontrolle, die darüber gewesen ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wer hat Ihnen dann gesagt, Sie sollen das überweisen? Wer war damit befasst? (*Ing. Meischberger: Dr. Hochegger!*) – Darf ich mir das so vorstellen, dass Herr Dr. Hochegger Ihnen gesagt hat ... – Oder besser: Schildern Sie den Vorgang mit eigenen Worten, wie Herr Dr. Hochegger Sie veranlasst hat, diese Zahlung durchzuführen! Was war seine Begründung?

Ing. Walter Meischberger: Es wird nicht viel darüber gesprochen worden sein. Er wird gesagt haben, es gibt eine Vereinbarung zwischen „Neue Freie Zeitung“ und Valora AG, und dass er die Abrechnung gerne über mich machen möchte. Wahrscheinlich wollte er diese Abrechnung nicht in der Valora AG.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann reden wir also von einer Vereinbarung zwischen dem Zentralorgan der FPÖ und Herrn Hochegger! – Das ist jetzt eine wichtige Klärung. (*Ing. Meischberger: Das, muss ich Ihnen gleich sagen, weiß ich nicht!*)

Das ist Ihre Vermutung? (*Ing. Meischberger: Das ist meine Vermutung, ja!*) – Dazu können wir ja Herrn Dr. Hochegger noch genauer fragen beziehungsweise Herrn Eccher, dessen Ladung ohnehin noch zwischen den Fraktionsführern besprochen wird.

Nächster Punkt, da ja nicht Herr Dr. Hochegger der Rechnungsadressat ist, sondern Ihre ZehnVierzig GmbH: Haben Sie diese Überweisung an die „Neue Freie Zeitung“ durchgeführt, das heißt, Ihre ZehnVierzig GmbH? – Nur um es im Protokoll zu haben. (*Ing. Meischberger: Ja!*) – Wer hat Ihnen das Geld dafür gegeben?

Ing. Walter Meischberger: Das wird im Zuge meiner Verrechnungen mit Herrn Dr. Hochegger oder mit der Valora AG an mich gegangen sein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat also die Valora AG diese 89 400 € der ZehnVierzig GmbH bezahlt?

Ing. Walter Meischberger: Ich gehe davon aus.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich gehe auch davon aus.

Sie bezahlen und schreiben rein, was der Leistungsgegenstand ist. Sie sind ja ein leistungserfahrener Mensch, und deswegen ist es auch wichtig, da wieder nachzuschauen. Da wird eine konkrete Leistung beschrieben: für die Platzierung verschiedener Persönlichkeiten und Produkte, speziell Telkos, im Zeitraum Mai bis September 2004.

Welche Persönlichkeiten sind in diesem Zeitraum Mai bis September 2004 in der „Neuen Freien Zeitung“ aufgrund dieser Zahlung platziert worden?

Ing. Walter Meischberger: Ich kann nur das wiederholen, was ich Ihnen schon gesagt habe. Ich war weder mit der Anbahnung noch mit der Kontrolle der durchgeführten Leistung betraut. Für mich stellt sich diese Rechnung als klassische Kostenbeitragsrechnung dar, weil sie so ungenau formuliert ist und eine Druckkostenbeitragsrechnung ungefähr so ausschauen könnte. Mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen. Ich war weder mit der Anbahnung noch mit der am 10. April 2004 stattgefundenen Vereinbarung befasst. Ich weiß es nicht, und ich habe auch nicht nachgefragt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie mit der Abwicklung der Leistung irgendetwas zu tun gehabt, also mit der Platzierung?

Ing. Walter Meischberger: Nein. (*Abg. Dr. Pilz: Auch nicht!*) Wie ich Ihnen gesagt habe: Alles, was ich durchgeführt habe, war die Zahlung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Am 10. November 2009 sind Sie in Ihrer dritten Beschuldigtenvernehmung von Staatsanwalt Haslhofer dazu befragt worden. Ich lese Ihnen vor, was Sie dort gesagt haben:

Befragt zu zwei Rechnungen –

ich komme dann noch zur zweiten Rechnung –

der „Neuen Freien Zeitung“ vom 1. Dezember 2004 und 28. Dezember 2004 an die ZehnVierzig über 102 600 –

die habe ich noch nicht zitiert –

beziehungsweise 89 000 –

das war die Rechnung, die ich Ihnen vorgehalten habe –

für die Platzierung verschiedener Persönlichkeiten und Produkte, speziell Telkos:

Obwohl auf den Rechnungen „gebucht“ steht, glaube ich, dass zumindest eine Rechnung nicht zum Tragen gekommen ist. Es ging wieder um Regulierungsmaßnahmen im Telekom-Bereich, und zwar um Information, Artikel und Recherchen an die „Neue Freie Zeitung“ zum Abdruck weiterzugeben. In Wahrheit sind es Druckkostenbeiträge.

Darauf kommen wir auch noch zurück.

Weiter sagen Sie: Ich habe mit der „Neuen Freien Zeitung“ vereinbart, dass Geschichten zum Beispiel über das Aufstellen von Handymasten, über die Betrachtung der Marktbestimmung der Telekom im Verhältnis zu den privaten Telekom-Anbietern, Erfahrungsberichte aus der Umgebung von Handymasten et cetera erscheinen. Ein Journalist der „Neuen Freien Zeitung“ hat dann recherchiert, Interviews geführt und entsprechende Artikel verfasst. Die „Neue Freie Zeitung“ hat mir diese Tätigkeit in Rechnung gestellt. – Zitatende.

War das ein anderer Walter Meischberger, der diese Aussage gemacht hat? (*Ing. Meischberger: Mit Sicherheit nicht!*) – Das passt ja nicht zusammen.

Ing. Walter Meischberger: Ich verstehe schon, dass Sie das so sehen. Ich habe das damals aus meiner Erinnerung beim Staatsanwalt so gesagt, habe versucht, das über den Zeitpunkt der Rechnungslegung und die Interessen der Telekom so zusammenzufinden, aber ich bleibe dabei und sage das auch in meiner Aussage:

Für mich ist das eine Druckkostenbeitragsrechnung. Ich war nicht bei der Vereinbarung dabei, die zur Rechnungslegung geführt hat. Sehr wohl war ich in Kontakt – als diese Rechnung an mich gekommen ist –, aber ich weiß nicht mehr, mit welcher Person,

vielleicht mit Herrn Arno Eccher. Es kann sein, dass ich darüber so mit ihm gesprochen habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Meischberger, das ist eine sehr klare Aussage, und die Aussage, die Sie vorhin hier gemacht haben, auf genau dieselben Fragen, war auch eine klare Aussage. Eine von diesen Aussagen ist die glatte Unwahrheit! Entweder waren Sie dabei oder waren Sie nicht dabei. Entweder haben Sie das konkret mit der „Neuen Freien Zeitung“ vereinbart oder Sie haben es nicht vereinbart. Entweder haben Sie die Leistungen überprüft oder Sie wissen nichts davon. Entweder haben Sie bei Ihrer Beschuldigteneinvernahme die Unwahrheit gesagt – oder Sie haben jetzt die Unwahrheit gesagt.

Ich gebe Ihnen gerne die Möglichkeit, diese Frage zu beantworten. Haben Sie damals – ich halte Ihnen noch einmal das Datum vor –, haben Sie am 10. November 2009 die Unwahrheit gesagt oder haben Sie jetzt im Untersuchungsausschuss die Unwahrheit gesagt? Welche dieser beiden Aussagen halten Sie aufrecht?

(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson Mag. Salzborn.) – Bitte, nicht soufflieren, Herr Rechtsanwalt! (Mag. Salzborn wendet sich an Verfahrensanwalt Dr. Hoffmann.)

Ing. Walter Meischberger: Ich möchte nur noch sagen, ich glaube nicht, dass es einen Widerspruch zwischen diesen beiden Beschreibungen von mir gibt, aber mir wird geraten, aufgrund der Situation – Aussage beim Staatsanwalt und Aussage hier – von meinem Entschlagungsrecht Gebrauch zu machen, um meine Beschuldigtenrechte zu wahren. *(Abg. Dr. Pilz: Und Sie wollen diesem Rat auch folgen?)* – Ich werde diesem Rat natürlich folgen, weil ich einen guten Berater an meiner Seite habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie sind in dieser Situation, glaube ich, auch sehr, sehr gut beraten.

Ich halte Ihnen nämlich weiters die Beschuldigtenvernehmung von Herrn Hohegger vom 10. Juni 2011 vor, der auch zu diesen beiden Rechnungen befragt worden ist und dazu gesagt hat:

Zu diesen zwei Rechnungen kann ich überhaupt nichts sagen. Ich kann mich auch nicht erinnern, dass wir Schaltungen in der „Neuen Freien Zeitung“ vereinbart hätten. – Zitatende.

Das ist ein wichtiger Punkt! Das passt gut zusammen mit Ihrer ursprünglichen Einvernahme, passt aber überhaupt nicht mit dem zusammen, was Sie **heute** gesagt haben.

Ich frage Sie weiter: Am 28. Dezember gibt es eine textgleiche Rechnung über 102 600 € für die Platzierung verschiedener Persönlichkeiten und Produkte, speziell Telkos, im Zeitraum Oktober/November/Dezember 2004. Welche verschiedenen Persönlichkeiten und Produkte, speziell Telkos, haben Sie in dieser Zeit um dieses Geld in der Zeitung der FPÖ platziert?

Ing. Walter Meischberger: Herr Abgeordneter, diese Rechnung ist meiner Erinnerung nach nicht bezahlt worden, und man sieht auch, dass keine Paraphe, was die Bezahlung betrifft, darauf ist.

Ansonsten gilt wieder mein Entschlagungsrecht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt kommen wir zum nächsten Punkt: Seinerzeit hat sich – diese Rechnungen sind ja nicht unbekannt – der „FALTER“ diese Rechnungen angeschaut. Die haben sich der schrecklichen Mühe unterzogen, die entsprechenden Ausgaben der „Neuen Freien Zeitung“ zu studieren.

(*Ing. Meischberger: Wahnsinn!*) Ich habe, nachdem der „FALTER“ erschienen ist, auch Mitarbeiter von mir ersucht, das zur Sicherheit noch einmal zu machen. Wir sind genau zu demselben Ergebnis gekommen: keine Persönlichkeit, kein Produkt, nicht speziell Telkos – spurlos, **völlig spurlos**.

Jetzt stellt sich wieder einmal die Frage, die Sie offensichtlich begleitet: Da gibt es Geld und da ist keine Leistung feststellbar. Es gibt möglicherweise eine Scheinrechnung. Ich gehe davon aus – der Verdacht ist ja gut begründet –, dass es sich da um Scheinrechnungen handelt.

Können Sie irgendeine Persönlichkeit, irgendetwas, irgendeine Telko nennen, die aufgrund dieser Zahlungen – zumindest aufgrund dieser einmaligen Zahlung – in der Zeitung der FPÖ platziert worden ist?

Ing. Walter Meischberger: Noch einmal allgemein: Es tut mir sehr leid, wenn der „FALTER“ viel Arbeit mit Ihnen gemeinsam in der Nationalbibliothek geleistet hat, um die Zeitungen durchzustudieren, ob da etwas drinnen ist. Da haben Sie sich ja selbst einmal irgendwie gebrüstet. Aber: Dass das nicht vorkommt, wissen Sie.

Ich sage es noch einmal abschließend: **Ich** habe weder mit der Anbahnung noch mit der Kontrolle der Inhalte dieser Rechnung etwas zu tun gehabt. Ich sage Ihnen noch einmal abschließend: Die zweite Rechnung ist gar nicht zum Tragen und nicht zur Auszahlung gekommen. Drittens: Scheinrechnung kann ich hier nicht sagen. Ich glaube – noch einmal –, dass es sich um eine Art **Druckkostenbeitragsrechnung** handelt. Und Druckkostenbeitrag ist das, was es heißt: Druckkostenbeitrag. Aber da müssen Sie dann Dr. Hochegger fragen, ich kann mir nicht vorstellen, dass er sich wirklich nicht erinnern kann. Oder es war nicht er, der diese Vereinbarung am 10. April geschlossen hat. **Ich** war nicht dabei, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das ist jetzt alles bei Protokoll. (*Obfrau Dr. Moser: Letzte Frage, die Zeit ist überschritten!*)

Sie haben jetzt das Schlüsselwort **Druckkostenbeitrag** genannt.

Was verstehen Sie in diesem Zusammenhang unter einem Druckkostenbeitrag?

Ing. Walter Meischberger: Ich persönlich kann Ihnen, weil ich diese Debatte über Druckkostenbeiträge ja in den letzten Tagen medial mitverfolgen konnte, ganz klar sagen – auch aus meiner Zeit als Parteifunktionär –, dass ich glaube, dass die Scheinheiligkeit, wie man mit diesem Thema umgeht, zum Himmel stinkt hier in der Republik. Die Druckkostenbeiträge für verschiedenste Publikationen aus Vorfeldorganisationen, aus Parteiorganisationen, von der Zeitung „Der Polizist“ oder wie auch immer, sind die Geschäftsgrundlage und die Grundlage dafür, dass diese Medien **überhaupt existieren!**

Es ist einmal so, dass es Unternehmen gibt, die gewisse Publikationen fördern, denen es wichtig ist, dass es verschiedene Publikationen gibt, die aber in dem Umfeld nicht werbend erscheinen wollen, weil es strategisch nicht in ihren „Kanal“ passt. Und das passiert immer wieder. Wenn man heute laut schreit: Druckkostenbeiträge raus! –, dann fallen in sämtlichen Parteizeitungen des Landes die Aktenschränke zusammen. Das ist die Wahrheit!

Druckkostenbeitrag heißt, was es heißt? – **Druckkostenbeitrag!** Es heißt nicht Insetrate, es heißt nicht Nennungen, es heißt nicht irgendwelche Artikel-Recherchen. Es ist das, das Sie, Herr Pilz, wahrscheinlich in der Hand gehabt haben mit dem Herrn Klenk in der Nationalbibliothek: ein Druckwerk. Und das heißt Druckkostenbeitrag. Damit das gedruckt werden kann, gibt es diesen. – Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Was glauben Sie, was es ist, wenn die Polizei heute in Anwaltskanzleien, zu Steuerberatern und so weiter geht, um um Druckkostenbeiträge für ihre Publikation zu bitten? Dann werden irgendwelche Visitenkarten darinnen abgedruckt, das sind nur Druckkostenbeiträge, das ist nichts Schlechtes. Ich verstehe diese Debatte überhaupt nicht. Wenn eine Firma sich entscheidet, das zu tun, dann tut sie es.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Könnte man das also mit anderen Worten ausdrücken und sagen: Das ist eine Spende an diese Zeitung? (*Obfrau Dr. Moser: Die letzte Frage!*)

Ing. Walter Meischberger: Nein, es ist ein **Druckkostenbeitrag**. Eine Spende ist eine Spende, und ein Druckkostenbeitrag ist die Unterstützung, weil einem Unternehmen das Erscheinen eines Druckwerkes wichtig ist. Mehr ist das nicht, da ist nichts hineinzuiinterpretieren und dauernd diese Schlechtmacherei, alles muss eine versteckte Spende oder irgendetwas sein. Es ist ein Beitrag, dass dieses Druckwerk erscheinen kann – nichts anderes als eine Art **Presseförderung auf privater Basis**, von der alle diese Zeitungen leben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nur eine letzte Bemerkung, ich bin gleich fertig. Dann werden wir die Telekom fragen müssen, warum ihr – ohne eine konkrete Gegenleistung – das Zentralorgan der Freiheitlichen Partei so am Herz gelegen ist. (*Ing. Meischberger: Ja, bitte! Gehen Sie an die Sache!*) Das ist eine ganz wichtige Frage. – Danke schön.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Sehr geehrter Herr Meischberger, Sie haben uns in Ihrem Eingangsstatement dargestellt, dass Sie ein dynamischer Wechselwähler sind. (*Ing. Meischberger: „Dynamisch“ habe ich nicht gesagt, aber Wechselwähler, ja!*) Sie galten ja in den Jahren nach dem Ausschluss aus der FPÖ immer wieder als Verbindungsmann zur FPÖ.

Können Sie mir erklären, wie das zusammengeht, wie das funktioniert?

Ing. Walter Meischberger: Entschuldigung, jetzt war ich ganz kurz abgelenkt.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Kein Problem. Sie galten selbst nach dem Ausschluss aus der FPÖ immer wieder als Verbindungsmann zur FPÖ. – Erklären Sie mir: Wie geht das zusammen?

Ing. Walter Meischberger: Erklären Sie mir, woher Sie das haben!

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Sie waren ausgeschlossen, das ist Fakt. (*Ing. Meischberger: ... Verbindungsmann!*) Herr Hohegger sagt, Sie waren sein Verbindungsmann. Sie haben hier gesagt: Mit Hohegger ist ein Vertrag ein Luxus. Daher nehme ich an, dass der mündliche Vertrag, die Vereinbarung mit Hohegger etwas wert ist.

Daher meine Frage: Wie geht das, dass man zuerst rausgeschmissen wird – und dann als Verbindungsmann gilt?

Ing. Walter Meischberger: Lieber Herr Abgeordneter, noch einmal: Ich weiß nicht, woher Sie das haben, dass ich als Verbindungsmann zur FPÖ gegolten habe. Ich werde für Dr. Hohegger sehr wohl Verbindungsmann zu verschiedenen Persönlichkeiten gewesen sein, welcher Parteizugehörigkeit auch immer sie waren. Ich habe auch sehr gute Verhältnisse zu Menschen aus Ihrer Partei oder aus anderen Parteien. Ich wüsste nicht, was daran schlecht sein soll und ich wüsste nicht, was daran zu kritisieren sein soll oder was Sie daran verwundern soll.

Es ist ganz einfach so, dass ich, während ich politisch tätig war, in meinen politischen Tätigkeitsjahren – zwölf Jahre sind das, glaube ich, insgesamt gewesen –, einige

Menschen kennengelernt habe, die leben heute noch. Und ich habe bestes Verhältnis mit denen gepflogen, über alle Parteigrenzen hinweg. Aus diesem Grund kann man vielleicht von **persönlichen Verbindungen** sprechen.

Ich habe aber eingangs in meinem Statement gesagt, dass ich es ablehne, einer **Partei** zugeordnet zu werden. – Schade, dass Sie mir nicht zugehört haben beziehungsweise meiner Bitte nicht nachgekommen sind!

Ich bin Wechselwähler, bin parteifrei, habe persönliche Verbindungen in die politische Landschaft Österreichs, bin froh darüber – und werde die auch aufrecht halten.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Es ist schön, dass Sie mitarbeiten, das wäre nämlich ein Teil meiner nächsten Frage gewesen. Aber weil Sie eine Frage aufgeworfen haben, darf ich Ihnen zur Kenntnis bringen, was Herr Dr. Peter Hochegger gesagt hat:

„Walter Meischberger: Seine Aufgabe war es, für mich die Kontakte zu den Ministern der FPÖ zu pflegen. Er hat mir glaubhaft versichert, dass er das auch macht und die Leute kennt. Ich habe das auch so wahrgenommen.“

Das sagte Herr Hochegger.

Ing. Walter Meischberger: Ja, das habe ich auch gelesen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Nur zu Ihrer Aussage als Ergänzung in diesem Zusammenhang ... (Ing. **Meischberger:** Was verstehen Sie als **Kontaktpflege** in dem Zusammenhang?)

Wissen Sie, wir haben hier klare Vorgaben. Ich stelle die Fragen – und Sie antworten! Sie sind hier nicht bei „Wünsch Dir was“!

Ing. Walter Meischberger: Wenn ich das wäre, wäre ich nicht hier.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Wo würden Sie sich heute politisch einordnen? Sie haben ja verschiedene Aufgaben für verschiedene Parteien wahrgenommen. Sie waren ganz konkret für das BZÖ Stiftungsrat. Man hat Sie dort quasi als „mediale Festung“ wahrgenommen.

Wie sehen Sie Ihre Aufgabenstellung als BZÖ-Stiftungsrat?

(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)

Ing. Walter Meischberger: Meine Vertrauensperson weist mich darauf hin, dass diese Frage wahrscheinlich mit dem Untersuchungsgegenstand nichts zu tun hat. Trotzdem möchte ich Ihnen antworten.

Ich ordne mich überhaupt nicht ein, ich habe es Ihnen schon gesagt. Ich bin parteifrei, ich bin Wechselwähler, ich lasse mich auch von Ihnen nicht zuordnen, und zwar in keiner Art und Weise. Ich war für das BZÖ nominiert, am Regierungsmandat vom BZÖ vorgeschlagen, als parteifreier Experte im Stiftungsrat des ORF.

Ich bin ein Bürger dieses Landes, bin Wähler und werde mir immer aussuchen, wen ich wählen kann, brauche mich mit Parteidingen nicht mehr zu befassen – und bin froh darüber.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Also war meine Formulierung „dynamischer Wechselwähler“ eingangs nicht so falsch.

Ing. Walter Meischberger: Das mit der Dynamik ist ein bisschen übertrieben.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Meischberger! Herr Hochegger hat in Bezug auf Ihre Person auch festgehalten, dass Sie – ich zitiere ihn wörtlich –:

„sehr gute Kontakte zu Herrn Wrabetz gepflegt“ haben.

Der ORF ist ja bekanntlich einer der größten Kunden der Telekom. Er hat bei Ihnen nicht nur geschätzt, dass Sie sehr gute Kontakte zu Herrn Wrabetz haben, sondern er hat auch Ihr Netzwerk in diesem Zusammenhang sehr geschätzt.

Sie haben im September 2009 in Ihrer Einvernahme festgehalten – das war die erste Aussage, der erste Satz –:

Ich bin wirtschaftlich, medial und strategisch tätig.

Wie sehen Sie diese Aussage im Zusammenhang mit Herrn Generalintendanten Wrabetz?

Ing. Walter Meischberger: Wie schon gesagt, habe ich aufgrund meiner Tätigkeiten oder politischen Arbeit Kontakte zu vielen Persönlichkeiten dieses Landes: aus dem Wirtschaftsbereich, aus dem Medienbereich, aus dem politischen Bereich, aus dem Sport- und Kulturbereich. Aber das sagt ja nichts.

Bei diesen Fragen schwingt immer eines mit, Herr Abgeordneter, und das macht mir Sorge: dass etwas Unrechtes hinter einem persönlichen Kontakt oder einer Beziehung sein könnte, dass etwas gemunkelt wird, dass irgendetwas im Verborgenen verhandelt wird und so. Aber überhaupt nicht!

Persönliche Kontakte werden Sie pflegen, in Ihrem Umfeld, in Ihrem Wahlkreis, wo das ist. Das werden alle anderen auch machen, das ist die grundsätzliche soziale Aufgabe und Informationsaufgabe von politisch tätigen Menschen. Da kann man nicht dauernd unterschwellig irgendetwas Negatives mitfließen lassen.

Ich kann Ihnen meinen guten Kontakt damals zu Generaldirektor Wrabetz sehr wohl bestätigen. Ich pflegte genauso guten Kontakt zu einem seiner Vorgänger, zu Gerhard Zeiler, oder mit wem ich immer beschäftigt war im Stiftungsrat – oder im Kuratorium, hat das, glaube ich, damals geheißen. Ich habe selbst auch mit dem ORF Geschäfte gemacht – wenn Sie sich an das „Seitenblicke“-Magazin erinnern und meine Lizenzvereinbarung, die ich da hatte. Ich hatte da beste Erfahrungen.

Das war eine Kontaktwelt, die vielleicht für die Telekom Austria wichtig war, das weiß ich nicht. Diese Dinge erfahre ich auch jetzt aus dem Hintergrund, aus den Aussagen von Peter Hochegger. Aber damit ist auch vielleicht einmal die Leistungsdebatte zu Ende.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Meischberger, in Bezug auf den Lobbying-Auftrag von Herrn Hochegger haben Sie ausgesagt, dass Ihre Aufgabe das Lobbying in den Parlamentsklub von BZÖ und FPÖ war. (*Ing. Meischberger: Bitte, darf ich ...!*) Es gibt immer wieder Gesetzesänderungen oder Wünsche für Gesetzesänderungen und so weiter.

Über wie viele Jahre ist die Zusammenarbeit mit Hochegger im Zusammenhang mit Lobbying gegangen?

Ing. Walter Meischberger: Meine persönliche Zusammenarbeit mit Peter Hochegger hat, glaube ich, so um 1999, 2000 herum begonnen. Wir haben uns vorher kennengelernt. Dieses Lobbying-Thema ... – Mir wird da immer unterstellt – auch in der medialen Darstellung –, man geht zu irgendjemandem hin, den man kennt, holt sich eine Information ab, die man nicht haben dürfte, gibt die an jemanden weiter, der sie nicht kriegen dürfte, und das ist Lobbying.

Lobbying sehe ich ganz anders. Ich habe persönliche Kontakte gepflogen. Ich habe natürlich, sage ich einmal, mit Augen und Ohren für die Telekom Austria auch Informationen aufgenommen, die ich vielleicht **nicht** aufgenommen hätte, weil sie mich

nicht interessiert hätten, hätte ich keinen Vertrag gehabt. Aber da war niemals etwas Unrechtes dabei. Und wenn ich eine Botschaft weiterzutragen hatte, dann war auch das etwas ganz Normales. Diese Debatte über diese ganzen Lobbying- und Korruptionsvorwürfe und so weiter, die auch mit diesem Untersuchungsausschuss in dem Land schon zur „Kultur“ werden ... – Das muss man auch einmal ins richtige Licht rücken!

Es ist ganz einfach wichtig, dass es eine Schnittstelle von Menschen aus der Wirtschaft mit Menschen aus der Politik gibt, um die Rahmenbedingungen für beide Teile gütlich und gescheit und gut für die Bevölkerung und für das Wohl und das Interesse des Landes zu gestalten. Da muss nichts Negatives dahinter sein, da kann man ohne weiteres auch Informationen, Informationsvorsprünge, die Unternehmungen haben, an die Politik herantragen, und politische Anliegen, die zu erfüllen sind, an die Unternehmen herantragen, um eine gemeinsame Lösung für die Allgemeinheit und das Wohl des Unternehmens oder die Mitarbeiter des Unternehmens zu finden. Das ist die Hauptaufgabe, die dahinter steht.

Mein persönlicher Zugang war, dass ich als – wenn Sie so wollen – ehemaliger Politiker als Lobbyist in Wahrheit **nicht geeignet war**. Es ist vor allem, wenn man freiheitlicher Politiker war, fast unmöglich, in dem Land Lobbying in staatsnahen Unternehmungen zu betreiben. Deshalb habe ich mich komplett von der Ebene zurückgezogen gehabt. Das ist die Wahrheit.

Ich habe gewusst, welche Botschaften wie herauszuarbeiten sind, habe sie für Lobbyisten – wenn man so will – aufgearbeitet, und dann sind andere Menschen mit diesen Kernbotschaften zu den entsprechenden Stellen gegangen.

Oft genügt es auch, Herr Abgeordneter, einfach zu wissen, wer wen kennt. Man muss oft keinen direkten Kontakt haben, es genügen oft auch indirekte Kontakte. Aber der Grundsatz hinter all diesen Dingen ist, dass man weiß, wie es funktioniert, dass man das System kennt, dass man die Entscheider kennt, dass man die strategischen Kanäle seiner Klienten kennt und versucht, das in Einklang zu bringen – ohne dabei ein Gesetz zu brechen, ohne irgendetwas Anrüchiges zu tun, ohne irgendetwas tun zu müssen, das ein anständiger Mensch nicht macht. Das habe ich nie gemacht. – Das möchte ich zum Thema Lobbying gesagt haben.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Ich verstehe Ihre Sensibilität nicht zur Gänze, aber es ist auch nicht die Aufgabe in diesem Ausschuss, diese Hintergrundfrage zu klären.

Meine Frage an Sie lautet: Herr Hochegger hat in diesem Ausschuss gesagt, wenn er bei der FPÖ oder beim BZÖ jemanden ansprechen wollte, ist er in erster Linie zu Ihnen gegangen.

Haben Sie Wahrnehmungen, wer die Ansprechpersonen des Herrn Hochegger nach Ihnen waren?

Ing. Walter Meischberger: Nach mir? Nach meiner politischen Tätigkeit meinen Sie?

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Nein, Sie waren seine erste Adresse, wenn es um die FPÖ oder das BZÖ gegangen ist.

Wer waren aus Ihrer Sichtweise die weiteren Ansprechpersonen in diesem Umfeld des Herrn Hochegger?

Ing. Walter Meischberger: Ich kann mich erinnern an den Abgeordneten Wittauer zum Beispiel, zu dem ich persönlich überhaupt keinen Kontakt hatte. Ich habe Klaus Wittauer zwar kennengelernt, ganz normal bei einer Begegnung in einem Restaurant,

aber ich habe überhaupt keinen Kontakt gepflegt. Ich glaube, dass dahin gehend sehr viele Kontakte gelaufen sind.

Dann hat es einmal einen Abgeordneten Firlinger gegeben. Ich weiß aber jetzt nicht mehr, ob er in der Zeit der BZÖ-Trennung überhaupt noch ... Der hat Kontakte gepflegt aufgrund seiner Tätigkeiten. Aber mehr weiß ich da nicht.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Hohegger hat in diesem Ausschuss auf die Frage, wer seine bedeutendsten Subunternehmer waren, gesagt: In erster Linie Sie und Herr Lederer. Er hat auch den Standpunkt vertreten, dass Sie, wenn es schwierig war, der **Feuerlöscher** waren.

Wie darf ich mir einen politischen **Feuerlöscher Meischberger** vorstellen?

Ing. Walter Meischberger: Das würde ich mir auch gerne vorstellen können! Ich weiß nicht, was Dr. Hohegger mit der Bezeichnung „Feuerlöscher“ wirklich sagen wollte, aber wenn ich das interpretiere, dann glaube ich, dass ich ab und zu mit Rat und Tat beiseite stehen konnte, in schwierigen Situationen und bei Krisenmanagements in diesen Bereichen, falls es solche gegeben hat. Ich kann mich aber nicht an viele erinnern.

Ich kann bestätigen, was Dr. Hohegger gesagt hat. Ich war sicher einer seiner wichtigsten – wie er es nennt – Subunternehmer oder Kooperationspartner in dieser ganzen Geschichte. Ich bin kein „politischer Feuerlöscher“ für ihn gewesen, sondern eher ein strategischer im politischen Bereich.

Also noch einmal zurück: Es geht immer um strategische Kommunikation, was sage ich wann wem, wenn gewisse Dinge vorkommen oder wenn es gewisse Umsetzungen zu gewährleisten gibt. Da war ich für Peter Hohegger immer Ansprechpartner. Wir haben uns auch fast täglich getroffen oder täglich miteinander telefoniert, und so war das ein Zusammenarbeiten in all diesen Bereichen. Wenn ihn politisch etwas geplagt hatte, hat er eben mich gefragt. Ich weiß nicht, ob er es dann auch durchgeführt hat, ob er meinen Rat angenommen hat oder ob er zu Heinz Lederer gegangen ist, das selber geholt hat. Aber die politische Seite hat er eher mit mir abgedeckt, wenn es um strategische Dinge gegangen ist.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Meischberger! Herr Hohegger nannte in einem Atemzug mit Ihnen den Herrn **Lederer**, und Sie haben gesagt, er ist in erster Linie zu Ihnen gegangen. Gab es eine Art Aufteilung (**Ing. Meischberger: Das hat ja er gesagt! Mit dem Feuerlöscher!**), wer für wen zuständig war?

Herr Hohegger hat auch gesagt, dass es eine mehrjährige Vereinbarung mit Ihnen gegeben hat – so, wie eine mehrjährige „Feuerversicherung“, pauschal.

Wie war die Trennung zwischen Ihrer Aufgabenstellung und jener des Herrn Lederer? Wie hat das funktioniert? Wenn es um Lobbying gegangen ist: Wer hat welche Kontakte gepflegt? Welches Netzwerk bedient? Wie war die Vorgabe?

Ing. Walter Meischberger: Nur zur Erklärung: Ich habe Heinz Lederer persönlich kennengelernt, aber keine fünf Mal in meinem Leben getroffen. Es war also nicht so, dass ich mit Heinz Lederer und Peter Hohegger gemeinsam gearbeitet habe oder dass das Usus war. Solche Momente hat es in den Jahren gegeben, aber ich sage, nicht einmal fünf Mal.

Peter Hohegger hat sich sein Netzwerk gebaut, hat sich mit derartigen Vereinbarungen Netzwerke **anderer** in sein Netzwerk geholt und war damit in der Zeit der wahrscheinlich effektivste Agenturberater im politisch-strategischen Bereich, den es in Österreich gegeben hat. Es gibt andere Agenturen, die dasselbe machen – Peter Hohegger war in der Zeit sicher der erfolgreichste –, ob es Wolfgang Rosam ist, ob

es Dietmar Ecker von der SPÖ-Seite oder wer auch immer ist. Solche Agenturen, die diese Schnittstelle zwischen den politischen Entscheidungsträgern und Leben und den wirtschaftlichen Entscheidungsträgern und Leben zusammenführen, gibt es viele in dem Land.

Entscheidend ist immer, dass du zum richtigen Zeitpunkt auch das richtige Netzwerk hast, und dies nicht, um irgendetwas zu initiieren oder zu machen, was etwas Verbotenes wäre, sondern um ganz einfach – wie Peter Hochegger das genannt hat – die feinstofflichen Informationen, die man braucht, um die strategischen Interessen seiner Kunden umzusetzen, auch in jenem Ausmaß zu erhalten, dass sich Konzepte daraus abarbeiten lassen.

Das hat er gemacht, und in der Zeit war Dr. Hochegger der Wendigste. Wolfgang Rosam hat es verschlafen. Dietmar Ecker war aufgrund seiner SPÖ-Zugehörigkeit zu diesem Zeitpunkt nicht modern. Ein paar andere hat es auch gegeben; ich möchte aber nur diese Namen nennen. Es ist gar nichts Besonderes daran.

Das war seine Zeit, das war sein Window of Opportunity, und er hat das optimal genützt, indem er verschiedene Bereiche zusammengeführt hat. Mehr ist dazu nicht zu sagen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): „Feinstoffliches Netzwerk“ ist ein gutes Schlagwort für meine nächste Frage.

Ing. Walter Meischberger: Nein, Informationen. Feinstoffliche **Informationen!**

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Ich habe mir den Prüfbericht der KPMG angesehen, und da tauchen – welche Überraschung! – Beraterverträge im Zusammenhang mit der Telekom auf. Ich darf Sie jetzt mit den Namen dieser Beratungsfirmen konfrontieren, und Sie sind so nett und sagen mir Ihre feinstofflichen Wahrnehmungen dazu.

Erstens: Alois **Czipin?** (*Ing. Meischberger: Bitte?*) – Sagt Ihnen die Firma Alois Czipin etwas? (*Ing. Meischberger: Nein!*) – **ACP** Beteiligungsmanagement GmbH? Ein Herr Karl Zechmeister? (*Ing. Meischberger: Nein!*) – **ROBICOM?**

Ing. Walter Meischberger: Nein ... (*Abg. Hornek: Nein? Das war ein uneindeutiges ...*) Vielleicht nennen Sie mir die Personen, die dahinterstehen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Okay. Ein gewisser Robert Nowikovsky ist der Geschäftsführer bei **ROBICOM**. – Ja oder nein?

Ing. Walter Meischberger: Nein, ist mir nicht erinnerlich.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Nicht erinnerlich. – **Create Connections**, das klingt interessant. – Kennen Sie die? (*Ing. Meischberger: Bitte?*) – **Create Connections**, was immer das bedeuten mag. (*Ing. Meischberger: Person im Hintergrund?*) – David Ungar-Klein. (*Ing. Meischberger: Nein!*) – **COM** Partners Unternehmensberatung? (*Ing. Meischberger: Nein!*) – **NCN Consulting?**

Ing. Walter Meischberger: Nein – also noch einmal: Wenn Sie Personen haben, wenn Sie mir die Personen nennen, kann ich ...

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Gerne, ich sage Ihnen die Geschäftsführer dazu. Herrn Dr. Ernst Nonhoff? (*Ing. Meischberger: Ja!*) – In welchem Zusammenhang?

Ing. Walter Meischberger: Dr. Ernst Nonhoff als langjährigen IBM-Generaldirektor. Ich glaube, er war dann – aber ich weiß nicht mehr, ob ich da noch für die Telekom tätig war; jedenfalls war es, wenn es so war, eine Überschneidung ganz in der Endzeit – als Konsulent für die Telekom tätig, nach seiner Geschäftsführerzeit bei IBM.

Aber was er genau gemacht hat? – Es haben sich unsere Aufgaben nicht überschritten.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das heißt, Sie hatten mit ihm nichts zu tun und hatten keine gemeinsamen Geschäftsbeziehungen?

Ing. Walter Meischberger: Nein. Ich habe nur einen persönlichen Bezug zu ihm und eine persönliche Bekanntschaft, aber keine gemeinsamen Tätigkeiten.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): SPOT AG oder SPOT GmbH? – Eigentümer: Herr Dr. Stefan Prochaska. (*Ing. Meischberger: Nein!*) – Ihr Anwalt nickt?

Ing. Walter Meischberger: Er kennt wahrscheinlich den Prochaska. Den kenne ich auch, aber ich habe mit dem ... Ach so, ich kenne die SPOT AG (*Abg. Hornek: Ja?*) – da war doch Heinz Lederer, glaube ich, auch irgendwie entweder beteiligt oder beschäftigt – und den Stefan Prochaska, habe aber auch keinen Schnittpunkt gemeinsam gehabt, außer, dass ich mit Heinz Lederer die besagten fünf Mal zu tun hatte. Vielleicht fünf Mal, wenn es das überhaupt gewesen ist.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Ich muss Ihre Mitarbeit loben.

Meine nächste Frage: Heinz Lederer Communications ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die Zeit ist schon überschritten. Sie können entweder überziehen oder in die nächste Runde gehen! (*Abg. Hornek: Nur noch zwei Sätze!*) Nur noch zwei Namen, gut. – Ich weiß ja nicht, wie lang die Liste ist.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Heinz Lederer Communications?

Ing. Walter Meischberger: Schon beantwortet. Ja.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Und die Filmhof Veranstaltungs- und BetriebsgmbH? – Geschäftsführerin: Frau Monika Langthaler oder weitere.

Ing. Walter Meischberger: Ja, an die Monika Langthaler Filmhof BetriebsgmbH habe ich eine Erinnerung. Aber ich glaube, die Filmhof betrifft eigentlich den Gatten der Monika Langthaler. (*Abg. Hornek: Das ist richtig!*) – Ich bin einmal mit Monika Langthaler, ihrem Gatten und verschiedenen Leuten der Telekom bei einer Einladung – ich glaube, das war im ORF – an einem Tisch gesessen. Ich habe also nichts beruflich mit ihr oder mit irgendwem vom Filmhof zu tun gehabt, aber ich habe gesehen, dass es da Verbindungen zur Telekom Austria gibt.

Abgeordneten Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich möchte ganz konkret noch einiges zu den beiden Rechnungen „Neue Freie Zeitung“ fragen. Kollege Pilz hat diese beiden Rechnungen auch vorgelesen. Die eine ist vom 1. 12. 2004 über 89 000 €; der Leistungszeitraum für diese Rechnung ist Mai bis September 2004. Weiters gibt es eine Rechnung vom 28. 12. 2004 für den Zeitraum Oktober/November/Dezember 2004.

Bei der ersten Rechnung, jener über 89 000 €, ist unten handschriftlich vermerkt:

Bezahlt: 19. 1. 2005.

Auf der anderen Rechnung findet sich ein Vermerk mit „Bezahlt“ nicht. Es liegt ja aufgrund Ihrer Aussage – das wurde auch schon angesprochen – der Verdacht nahe, dass nur **eine** dieser beiden Rechnung bezahlt worden ist, aber nicht beide.

Kann man davon ausgehen, dass es sich bei der Rechnung, auf der „Bezahlt“ draufsteht, um die handelt, die tatsächlich bezahlt wurde? – Wir reden da von einer Summe inklusive Umsatzsteuer von 89 400 € für einen Leistungszeitraum Mai bis September 2004.

Es ist auch bereits nach dieser Vereinbarung vom 10. April gefragt worden, zu der Sie ausgesagt haben, dass Sie selbst diese Vereinbarung nicht geschlossen haben, dass Sie vermuten, es könnte Peter Hochegger auf der Seite der Valora gewesen sein. Sie haben gesagt, das ist eine Vermutung.

Kollege Pilz hat auch die Einvernahme von Hochegger vorgehalten, in der dieser gesagt hat, mit „NFZ“-Rechnungen oder Ähnlichem hat er weder über die Telekom Austria noch über die mobilkom irgendetwas zu tun. Wir werden dazu Herrn Hochegger noch ergänzend befragen müssen. Sie haben allerdings auch angegeben, wer auf der anderen Seite von der „NFZ“ dabei eine Rolle gespielt haben könnte. Da haben Sie den Geschäftsführer Arno Eccher als vermutet ... (*Ing. Meischberger: Vermutet, ja!*) – Vermutet! Sie haben sich da immer sehr vorsichtig ausgedrückt, im Gegensatz zur Auskunftsperson vor Ihnen, die da etwas sehr dezidiert gesagt hat, um dann einen Irrtum eingestehen zu dürfen.

Jetzt ist es so: Im Impressum der „Neuen Freien Zeitung“ findet sich als Geschäftsführer neben Herrn Arno Eccher auch noch der Chefredakteur und Geschäftsführer Michael A. Richter.

Kann es sein, dass diese Person auch in dieser Vertragsgestaltung dabei war? **Ing. Walter Meischberger:** Kann sein. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen: Das war für mich keine große Sache. Ich habe – noch einmal – nichts mit der Anbahnung dieser Vereinbarung noch mit der Vereinbarung selbst und mit der Kontrolle zu tun gehabt. Es war **rein** die Rechnungsabwicklung. Ich **glaube**, dass es Peter Hochegger war, der es mir weitergegeben hat; auch das weiß ich nicht sicher, aber ich glaube.

Ich kenne beide Personen sehr gut, den Arno Eccher und auch den Michael Richter. Wie Sie wissen, war ich selber einmal Geschäftsführer der „Neuen Freien Zeitung“, ein paar Jahre. Das ist lange Zeit her, 20 Jahre, aber Michael Richter war damals auch schon dort. Ich kenne beide, ich kann jetzt nicht sagen, ob ich mit dem einen oder dem anderen in der Frage Kontakt gehabt habe. Ich glaube, ich habe Arno Eccher im Zusammenhang mit meiner Stiftungsrat-Tätigkeit danach getroffen; ich kann es wirklich nicht mehr auseinanderhalten.

Ich will keinem der beiden Herren näher treten. Mit einem der beiden wird es wohl gewesen sein, dass ich ganz kurz, in einem 5-minütigen Gespräch oder irgendwann am Telefon, die Abwicklung dieser Rechnung besprochen habe. Sonst gar nichts.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): In der Beschuldigtenvernehmung von Ihnen am 10. November 2009 beschreiben Sie ja, das sagt diese Vereinbarung. Und zwar haben Sie gesagt:

Ich habe mit der „Neuen Freien Zeitung“ vereinbart, dass Geschichten zum Beispiel über die Aufstellung von Handymasten und so weiter erscheinen. Ein Journalist der „Neuen Freien Zeitung“ hat dies recherchiert. – Zitatende.

Das geht ja nicht nur in die Richtung der Abwicklung eines Druckkostenbeitrags – etwa so: das ist Geld, damit eine Zeitung überhaupt erscheint, wie Sie das ausgedrückt haben –, sondern auch in die Richtung, dass da andere, auch journalistische, redaktionelle Maßnahmen gemeint waren.

Es erscheint mir plausibler, dass jemand, der auch mit der Blattgestaltung zu tun hat – nicht nur mit reiner, nackter Geschäftsführung, sondern auch mit der **Blattlinie** inhaltlicher Natur –, dass jemand, der Geschäftsführer und Chefredakteur ist, also mit dem Redaktionellen zu tun hat, eher dafür in Frage kommt. Daher erscheint mir jetzt, weil wir ja Arno Eccher als Auskunftsperson geladen haben – und das sage ich eher in die Richtung der Kollegen im Ausschuss –, auch die Befragung des Michael Richter als Geschäftsführer und Chefredakteur plausibel.

Eine andere Frage: Haben Sie im Zuge „NFZ“ auch einen Kontakt gehabt – oder mit dieser Abwicklung – mit dem Herrn Lukasek?

Ing. Walter Meischberger: Sie wissen, dass Herr Lukasek einmal mein parlamentarischer Mitarbeiter war. Aber ich glaube nicht, dass ich mit ihm nach dieser parlamentarischen Tätigkeit jemals noch Kontakt gehabt hätte. Das ist ja lange davor gewesen.

Wenn Sie mir das so erklären, zur Frage Michael Richter bezüglich der Plausibilität: Es könnte ohne weiters sein, dass ich mit Michael Richter am Telefon gesprochen habe, auch über die Rechnungstextlegung und so weiter, und was er da machen wird. Aber noch einmal: Meine Erinnerung in diese Richtung ist so schwammig, dass ich weder dem einen Herrn noch dem anderen Herrn irgendetwas unterstellen will, und ich möchte, dass das auch im Protokoll so verankert ist.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ist auch eindeutig so angekommen! Aber da wir Arno Eccher bereits haben und eine zweite Person auch möglich sein kann, ist es vielleicht sinnvoll, beide zu fragen, damit sich vielleicht das Schwammige in der einen oder anderen Richtung erhärten kann – oder auch gar nicht, was auch immer. Das ist ja hier unsere Aufgabe.

Sie wissen ja, Herr Michael Richter ist derzeit Bundesgeschäftsführer beim BZÖ. Wissen Sie das?

Ing. Walter Meischberger: Nein, das habe ich nicht gewusst. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Gut, dann ...*) Da finde ich ja interessante Positionsveränderungen!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Dann habe ich keine weiteren Fragen.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Als Nächster kommt Herr Abgeordneter Petzner zu Wort. Wir sind bereits in der zweiten Runde. – Bitte. (*Ing. Meischberger: Keine Fragen mehr, nein?*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): So viele Fragen, Herr Meischberger, nämlich immer noch zur **Leistung!**

Ich komme zurück auf Ihren Rahmenvertrag mit der Telekom: 140 000 € pro Jahr über mehrere Jahre. Ich frage Sie jetzt ganz konkret – Sie haben mir schon gesagt, es war ein mündlicher Vertrag, den Sie mit Hoheggers Valora gehabt haben, schriftlich gibt es zu diesem Vertrag nichts –: Gibt es irgendwelche schriftlichen Leistungsnachweise, die Sie auf Basis dieses Rahmenvertrages erbracht haben?

Ich stelle das in Zusammenhang mit einem Zitat, das ich Ihnen mitgebe, von Ihnen selbst: Meischberger in einer Beschuldigtenvernehmung vom 10. November 2009. Da sagen Sie bezüglich Ihres Rahmenvertrages – Zitat –:

Ich habe immer an Hohegger geliefert.

Was haben Sie da also konkret immer an Hohegger **geliefert:** mündliche Informationen – oder hat es jemals auch irgendetwas Schriftliches gegeben auf Basis dieses Rahmenvertrages?

Ing. Walter Meischberger: Herr Abgeordneter, ich habe schon in der ersten Runde versucht, Ihnen über diese Leistungsnachweise, die Sie offensichtlich nur in schriftlicher Form anerkennen wollen, Auskunft zu geben.

Es hat sicher sehr viele Schriftstücke in dem Zusammenhang gegeben. Teilweise sind die Sachen sieben, acht Jahre her; was glauben Sie, was ich mir aufbewahre? Oder ob ich noch weiß, ob ich ein vierseitiges oder ein fünfseitiges Konzept geschrieben habe? – Der **Großteil** meiner Leistung war, mein Wissen, meine Informationen, meine

strategischen Ableitungen in Sitzungen einzubringen, die dann zu Konzepten geführt haben, die die Hohegger|COM oder auch die Valora an die Telekom geliefert haben. Da gibt es sicher Tonnen von Materialien. Es gibt Angebote, es gibt Vorschläge, Konzepte et cetera, und daran habe ich intensiv mitgearbeitet. Mehr kann ich Ihnen dazu leider nicht sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schauen Sie, die Schwierigkeit ist: Diese „Tonnen von Materialien“ haben wir eben im Ausschuss nicht! Wir haben nicht einmal **ein Gramm** davon (*Ing. Meischberger: Aber die Telekom müsste das haben!*), nämlich von schriftlichen Leistungsnachweisen gegenüber Hohegger. Noch einmal das Zitat:

Ich habe an Hohegger geliefert.

Nennen Sie mir ein einziges konkretes Schriftstück, einen schriftlichen Leistungsnachweis, irgendeine Studie, irgendein ganz konkretes Konzept, das Sie schriftlich an Hohegger geliefert haben!

Ich halte noch einmal fest: Dem Ausschuss liegen dazu **keine** schriftlichen Unterlagen vor. Von den „Tonnen von Materialien“, die Sie nennen, gibt es bei uns nichts.

Ing. Walter Meischberger: Herr Abgeordneter, wenn es Ihnen ein so großes Anliegen ist, dann werde ich zu Hause nachschauen. Ich werde so etwas suchen, werde schauen, ob in irgendeinem Computer von mir aus der Urzeit, von damals, noch etwas vorhanden ist. Dann werde ich Ihnen das ausdrucken und schicken. Ist das okay? Machen wir das so?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie können es uns geben. Es wäre auch gescheit und in Ihrem Interesse, dass auch die Staatsanwaltschaft vielleicht einmal so etwas bekommt. (*Ing. Meischberger: Nein, es ist mir vollkommen egal, Herr Abgeordneter, ich tue nur...*) Diese schriftlichen Leistungsnachweise hat die Staatsanwaltschaft bisher eben nicht, und der Ausschuss hat sie auch nicht.

Ing. Walter Meischberger: Darf ich meine Antwort noch ergänzen? – Ich möchte sie ergänzen, damit das klar ist. Es ist mir vollkommen **egal**, wer welche meiner Leistungen wie sieht! Es ist mir vollkommen egal, welcher Journalist sich darüber wegen einer Aussage bei einer Abhörung, in einem weitergegebenen/gestohlenen/geheimen Protokoll brüestet.

Ich habe Leistung abgegeben, es ist von meinem **Auftraggeber** bezahlt worden, mein Auftraggeber hat mehrfach gesagt, er ist zufrieden. Etwas anderes interessiert mich **nicht!** Damit ist es für mich schon erledigt. Es gibt keine Rechnung von mir ohne eine Leistung von mir, in all diesen Konvoluten nicht. Ich weiß nicht, wie oft ich hier noch zu wie vielen Themen sitzen werde: Das gilt für **alle** Themen!

Wenn es Ihnen persönlich ein Anliegen ist, schicke ich Ihnen gerne einmal so ein Konzept, und wenn es Ihnen wurscht ist, dann lassen wir das. Mir ist das vollkommen egal. Meine Leistung ist durch die Bezahlung der Rechnung begutachtet.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, ich schreibe Ihnen dann meine Adresse auf. Vielleicht können Sie mir dann per Post so einen Leistungsnachweis schicken.

Eine Frage, weil Sie gesagt haben, Ihr Auftragspartner war Hohegger, wenn Sie für die Telekom gearbeitet oder auch viele Telekom-Projekte hauptsächlich gemacht haben: Warum haben Sie dann diese Rahmenvereinbarung eigentlich nicht direkt mit der Telekom geschlossen, sondern über Hoheggers Valora?

Ing. Walter Meischberger: Wahrscheinlich war es dem Dr. Hohegger ein Anliegen, für seinen großen Vertrag mit der Telekom entsprechend eine Task Force oder

Kompetenz anbieten zu können. Ich war in seinem Paket, **er** hat mich angesprochen – und nicht die Telekom. Die Telekom war dann wahrscheinlich mit meiner Form der Mitarbeit einverstanden und hat das von Dr. Hohegger so anerkannt.

Aber noch einmal: Ich habe über den Dr. Hohegger die Telekom kennengelernt – und nicht über die Telekom den Dr. Hohegger! Ich war also, wenn Sie so wollen, Verkaufsprodukt für den Hohegger an die Telekom.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das sagt sinngemäß auch Dr. Hohegger in einer Einvernahme.

Ich finde die Wortwahl ein bisschen lustig, aber wenn das alles so „supersauber“ war – bleiben wir wieder ein bisschen bei diesem Meischberger-Grasser-Jargon –, wenn diese Rahmenvereinbarungen alle so supersauber waren, halte ich Ihnen vor (*Ing. Meischberger: Seien Sie doch sachlich!*) die Shitlist von Gernot Schieszler.

„Shitlist TA 2004–2005 = Life Insurance“

– Also Lebensversicherung. Da scheinen Sachen auf wie:

Vorstand treibt Kurs für Stock Options, VST besticht Politiker über PH – also Peter Hohegger –, kauft Orden ... – Zitatende.

Es gibt auch andere negative Dinge auf dieser Shitlist. Der Name ist Programm: **Shitlist!** Und auf dieser Liste mit lauter Shit – ich drehe es jetzt um – steht drauf:

Meischberger Finanzierung über Hohegger. – Zitatende.

Was ist denn damit gemeint? Was ist denn dieser „Shit“ auf dieser Liste, den Schieszler meint mit diesem Vermerk: Meischberger Finanzierung über Hohegger? Konkret angesprochen ist auch Ihr Rahmenvertrag. Warum hält Herr Schieszler den offensichtlich für Shit? – Sonst würde das ja nicht auf seiner Shitlist aufscheinen.

Ing. Walter Meischberger: Lieber Herr Abgeordneter, ich werde mich in die Problemwelt von Gernot Schieszler, den ich sehr gut kenne, sowie in jene von Herrn Hohegger und so weiter sicher nicht einmischen. Ich würde Sie bitten, dass Sie derartige Fragen an den **Shitlist-Schreiber Schieszler** stellen. Ich sehe mich hier – wie soll ich sagen? – absolut in prominenter Gesellschaft, also da wären mehrere Fragen dazu. Ich kann Ihnen darauf keine Antwort geben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Den Zungenbrecher versuche ich jetzt auch und antworte Ihnen: Gut, dann werden wir den Shitlist-Schreiber Schieszler – geschafft! – dazu befragen. Auch er wird hier irgendwann einmal zu diesem Thema „Gast“ sein. Ich halte nur fest, dass er da lauter negative Dinge aufzählt und dass auch drauf ist: Meischberger Finanzierung über Hohegger.

Aber gut, wir werden Schieszler fragen, was er damit meint.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Eine andere Frage, zu einem konkreten Geschäftsfall, nämlich zu den Screening Telkos. Hiezu gibt Hohegger in einer Beschuldigtenvernehmung vom 25. Mai 2011 an – ich zitiere –:

Aufgrund der Erfahrungen mit mir, dass ich anspruchsvolle Aufgabenstellungen (...) habe ich meine damaligen guten Kontakte

– wir haben es Ihnen, glaube ich, vorgelegt –

zum Eigentümerversorger (über Meischberger zum BMF und ÖIAG) hatte.

So ein Projekt wäre ohne Zustimmung der Eigentümerversorger nicht möglich gewesen. Konkret ging es da auch um behördliche Bewilligungsvorgänge.

Jetzt darf ich Sie fragen, weil Herr Hochegger das hier nennt: Welche Kontakte haben Sie denn in das BMF gehabt? Und, viel spannender: Welche Kontakte haben Sie im Rahmen dieses Projektes zur ÖIAG gehabt? Zu welchen konkreten Personen haben Sie damals Kontakt gehabt in der ÖIAG?, die ja die Staatsanteile in der Telekom für den Staat und die Republik Österreich verwaltet.

Ing. Walter Meischberger: Ich habe, wie ich schon mehrfach gesagt habe, eine relativ vitale Kontaktwelt. Ich werde meine Kontakte jetzt hier sicher nicht nennen und irgendwelche Leute in Schwierigkeiten bringen. Ich kann Ihnen nur sagen: Zu ÖIAG-Aufsichtsräten hatte ich natürlich Kontakte. Aber auch da geht wieder viel über indirekte Kontakte.

Zum Zweiten, nämlich ins Bundesministerium für Finanzen: Auch da hatte ich eine Kontaktwelt, und zwar logischerweise. Ich kann nur immer wieder sagen, dass der Herr Bundesminister für Finanzen damals ein persönlicher Freund von mir war und ich daher zum Kabinett Kontakte pflegte.

Aber ich möchte noch einmal unterstreichen, dass da nicht ein einziges Mal irgendeine Information, die nicht auch ein anderer, der sie angefragt hätte, auch bekommen hätte, von mir ... – Im konkreten Fall kann ich mich daran gar nicht erinnern, nämlich an diese Screening-Telkos-Geschichte. Dieser Titel ist mir zu allgemein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eine ganz kurze Schlussfrage noch: Ich schaue da auch mit Blick auf den Verfahrensanwalt. Sie haben vorher gesagt, Sie wollen hier Ihre konkreten Kontakte zu ÖIAG-Personen **nicht** nennen. – Meiner Meinung nach ist das im Rahmen Ihrer Entschlagungsmöglichkeiten **nicht zulässig**. Daher glaube ich, dass Sie diese Frage beantworten müssen. Aber vielleicht kann das der Verfahrensanwalt noch klären.

Die kurze Zusatzfrage bezieht sich auf KHG, Karl-Heinz Grasser, den Sie vorher auch angesprochen haben. Da sagt Herr Hochegger in einer Beschuldigtenvernehmung vom 31. Mai 2011 aus, dass dieser Kontakt von Meischberger – Zitat – **monopolisiert** war.

Ich darf Sie zu dieser Feststellung des Hochegger befragen. Das ist doch ein starkes Stück, dass jemand sagt, jemand hätte da eine Monopolstellung bei einem Finanzminister!

Was ist Ihre Wahrnehmung zu dieser Hochegger-Aussage und zu Ihrer Monopolstellung bei Grasser? Dazu gibt es dann ja auch konkrete Geschäftsfälle, wo Sie auf den Goodwill des Herrn Finanzministers mit Hochegger angewiesen waren und er offensichtlich diesen Goodwill dann auch geleistet hat! (*Ing. Meischberger: War das eine Frage?*) – Das waren zwei Fragen.

Ing. Walter Meischberger: Es ist nicht meine Aussage, dass ich eine Monopolstellung hatte. Ich halte diese Aussage, die offensichtlich Herr Dr. Hochegger gemacht hat, für einen absoluten Blödsinn. Wie soll man als Kontaktperson eine **Monopolstellung** haben? Das habe ich nie gehabt, hätte ich nie eingefordert, gewagt. Karl-Heinz Grasser hätte darüber höchstens gelacht. Ich weiß nicht, was Dr. Hochegger damit meint.

Ich war – das ist nun mal so im Leben – in der strategischen Kommunikation bereits lange, bevor Grasser Finanzminister geworden ist, tätig. Ich bin es auch danach noch gewesen. Soll ich mir ein **Berufsverbot** auferlegen, nur weil mein Freund jetzt Finanzminister wird? – Natürlich nicht! Wir haben immer gewusst, wo die Grenzen von meiner beruflichen und seiner politischen Tätigkeit sind, und haben diese Grenzen sehr genau eingehalten. Das möchte ich hier sagen.

Es hat, um Ihre Frage noch einmal zu beantworten, niemals eine Monopolstellung von mir bezüglich Informationen und Kontaktaufnahme zu Karl-Heinz Grasser gegeben. Karl-Heinz Grasser hat zu Peter Hochegger nun mal nicht so einen intensiven Kontakt gepflegt, die sind sich persönlich nun mal nicht so gut „z’sammgstand´n“. Vielleicht hat er darunter gelitten; kann sein, laut dieser Aussage. Aber da kann ich auch nicht helfen.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Wir haben uns diesbezüglich besprochen. Herr Abgeordneter Petzner, Sie nehmen wahrscheinlich Bezug auf meine Äußerung im Zusammenhang mit der Frage, ob Peter Hochegger die Namen von Angestellten oder Werkvertragspartnern nennen muss. Ich habe ihm damals gesagt, dass er sie dann nennen müsste, wenn er nicht aufgrund einer Verschwiegenheitsverpflichtung daran gehindert wäre und sich durch den Bruch dieser Verpflichtung Schadenersatzansprüche oder Ähnliches sozusagen einhandeln würde.

Hier war die Frage nach Personen aus dem weiten Netzwerk des Herrn Meischberger. Es war also nicht gefragt, ob das ein Angestellter ist oder ein Werkvertragspartner, sondern es war die Frage nach persönlichen Beziehungen zu einem großen Kreis.

Da bin ich persönlich der Meinung, dass, gerade weil es sich um ein Netzwerk und einen großen Kreis handelt, Herr Meischberger, wenn er nicht antworten will, nicht antworten muss. Vor allem kann man sicher nicht davon ausgehen, dass er das vollständig beleuchten kann und will, denn damit würde er sich schaden. Es ist nämlich geradezu offensichtlich, dass er in seinem Beruf ein Netzwerk einsetzt. – Das ist meine Meinung dazu.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) *(zur Geschäftsbehandlung)*: Ich akzeptiere natürlich die Meinung des Verfahrensanwaltes, halte aber fest: Bei diesem Netzwerk des Herrn Meischberger geht es, auch laut Hocheggers Aussage, die ich vorgelesen habe, um Kontakte zum BMF einerseits und zur ÖIAG andererseits; und die ÖIAG ist als Vertreterin der Republik mit einem Anteil von knapp 28 Prozent an der Telekom beteiligt.

Sie haben es schon gesagt: Es handelt sich um keine Angestellten oder um keine Personen, die in einem Geschäftsverhältnis zum Herrn Meischberger stehen; sondern es handelt sich da um die staatlichen, von der Republik eingesetzten Vertreter für die Interessenvertretung des Staates in der Telekom. Daher glaube ich sehr wohl, dass er auch ...

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Herr Abgeordneter, Sie haben zuvor nicht gefragt, jedenfalls habe ich es nicht so mitbekommen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe vorher gesagt, es handelt sich um die **ÖIAG.** **Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann:** Dann habe ich das nicht ausreichend realisiert. Wenn Sie fragen: Haben Sie eine geschäftliche Beziehung zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Telekom?, oder: Hatten Sie eine geschäftliche oder persönliche Beziehung im Zusammenhang mit Ihrer geschäftlichen Tätigkeit zur Telekom mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden oder mit dem Vorstandsvorsitzenden der ÖIAG?, dann ist zu antworten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Auf Basis dieser Auskunft vom Verfahrensanwalt, dass zu antworten ist, halte ich noch einmal fest:

Ich habe Herrn Meischberger immer nur eine einzige Frage gestellt. Im Zusammenhang mit diesem Geschäftsfall Screening Telkos sagt Herr Hochegger, dass er da die Kontakte über Meischberger genutzt habe, eben diese guten Kontakte in das BMF und in die ÖIAG.

Meine konkrete Frage war: Um welche Kontakte des Herrn Meischberger in die ÖIAG handelt es sich hier? Mit welchen konkreten Personen in der ÖIAG haben Sie im Zusammenhang mit diesem Geschäftsfall Kontakte gehabt? Und wenn ja: welche?

Der Herr Verfahrensanwalt hat gerade die Auskunft gegeben, dass Sie, da die ÖIAG die staatliche Vertretung dort ist, darauf antworten müssen.

Ing. Walter Meischberger: Herr Abgeordneter, Sie müssen leider zur Kenntnis nehmen, dass ich meine persönlichen Beziehungen und meine Gespräche, die ich da geführt habe, sicher **nicht** bekannt geben werde, und zwar grundsätzlich, aber ich weiß auch ganz einfach nicht mehr, mit wem ich da laut Herrn Hochegger damals gesprochen haben sollte. Ich weiß ja gar nicht, was das für ein Jahr ist und wer damals im ÖIAG-Aufsichtsrat gesessen ist zu diesem ... – Aber ich würde es auch sonst nicht sagen, weil ich nicht irgendwelche Leute mit solchen Dingen kompromittieren will.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Herr Meischberger, kommen wir wieder zurück zu diesem gemeinsamen Projekt zwischen **Telekom** und **Novomatic**. Ich darf Ihnen mitteilen: Natürlich wurde die gemeinsame Gesellschaft **aan Wettdienstleistung GmbH** gegründet, und zwar am 9. März 2006.

Meine Frage: Inwieweit waren Sie bei der Erstellung des Gesellschaftsvertrages beteiligt, und inwieweit haben Sie auf den Gesellschaftsvertrag Einfluss genommen?

Ing. Walter Meischberger: Herr Abgeordneter!, ich habe Ihnen vorher schon gesagt, dass ich nicht einmal **gewusst** habe, ob die Gesellschaft gegründet worden ist. Daraus ergibt sich logisch schlüssig, dass ich auch **keinen Einfluss** auf die Gründung einer solchen Gesellschaft genommen habe.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wer war denn als Geschäftsführer dieser Gesellschaft vorgesehen?

Ing. Walter Meischberger: Das weiß ich nicht. Es werden wahrscheinlich zwei Geschäftsführer gewesen sein, kann ich mir vorstellen, möglicherweise einer vonseiten der Telekom Austria und einer vonseiten der Novomatic. Wir hatten das ganz anders aufgesetzt; ich weiß nicht, was dann eingeflossen ist in die gesellschaftsrechtlichen Strukturen.

Aufgesetzt war das als Dreier-Interessensgruppe. Die eine Interessensgruppe wäre gewesen, wie wir wissen, die Telekom Austria und die Novomatic. Im von mir erstellten Konzept war noch ein Medienpartner, nämlich der „NEWS“-Verlag als Partner vorgesehen, nämlich mit dem Hintergrund, dass die Raiffeisen da auch eine Rolle spielen kann, die ja die Monopolinteressen der Casino AG entsprechend vertreten hat.

Ob das dann eingeflossen ist in diese Gesellschaftsgründung, weiß ich nicht. Jedenfalls hat es Gespräche dazu mit dem „NEWS“-Verlag gegeben.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ist Ihnen nicht bekannt, dass als Geschäftsführer Matthias Winkler, der damalige Kabinettschef von Finanzminister Karl-Heinz Grasser, vorgesehen war?

Ing. Walter Meischberger: Das ist mir nicht bekannt; kann ich mir auch nicht vorstellen; da hat es ganz andere Pläne gegeben.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Kommen wir noch einmal zu dieser Änderung des Glücksspielgesetzes im Detail. Ich halte Ihnen vor die Aussage von Peter Hohegger vom 31. Mai 2011 ...

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Herr Kollege Maier, das gehört an und für sich **nicht** zum Beweisthema. Wir haben jetzt nicht das Glücksspiel ...

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Frau Vorsitzende, es geht hier um die Telekom. Die **Telekom** hat ein gemeinsames Projekt mit der Firma **Novomatic** initiiert, und zwar mit voller Unterstützung des Herrn Meischberger eine Gesellschaft gegründet, um das Glücksspielmonopol zu liberalisieren beziehungsweise überhaupt zu Fall zu bringen. Und da hat der Herr Meischberger besondere Aufgaben übernommen, nämlich eine Änderung des Glücksspielgesetzes zu erreichen.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Aber das ist an und für sich nicht der Befragungsgegenstand heute.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wir können dann gerne später darüber diskutieren, wenn das Thema Glücksspielgesetz kommt. Ich meine allerdings, dass es hier sehr wohl um die Telekom geht, nämlich um ein Vertragsverhältnis, das der Herr Meischberger über die Valora mit der Telekom hatte.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Das, was Sie gerade angesprochen haben, ist das Beweisthema 6 – und nicht das Beweisthema 1, und die Auskunftsperson ist zum Thema 1 geladen. Außerdem haben wir einen ziemlichen Zeitüberzug.

Ich würde daher bitten, ganz effizient und zeitökonomisch die Fragen zum Beweisthema 1 zu stellen!

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Okay. Dann kommen wir zu einem der Projekte, an denen der Herr Meischberger eben mit beteiligt war.

Ich halte Ihnen vor, Herr Meischberger, dass bei verschiedenen Projekten sich aufgrund der Aussagen des Herrn Hohegger ergibt, dass Sie neben Ihrem Rahmenvertrag eben Sonderverträge abgeschlossen und darüber hinaus erkleckliche Beträge verdient haben.

Meine Frage ist: Ist Ihnen noch bekannt, welchen Betrag Sie für die Ausschreibung der **IP-Telefonie** bekommen haben?

Ing. Walter Meischberger: Also die gesamte, was Sie mir vorher erzählt haben, ist keine Frage gewesen. Es geht nur um diese IP-Telefonie. Da habe ich leider keine Erinnerung. Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ist es richtig, dass Sie 120 000 € bekommen haben? (*Ing. Meischberger: Das kann sein!*) – Ist Ihnen bekannt, welchen ...

Ing. Walter Meischberger: Zu sämtlichen Rechnungen, die mir jetzt vorgehalten werden, nehme ich das Entschlagungsrecht in Anspruch, weil das unter Umständen im Zusammenhang mit vermögensrechtlichen Problemen stehen kann.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Dann werden Sie auch die Frage nicht beantworten, welchen Betrag Sie für das Projekt **Digitales TV** in den Ländern erhalten haben, und Sie werden auch nicht beantworten, welchen Betrag Sie für die Akquisition von **eTel** bekommen haben?

Ing. Walter Meischberger: Die eTel-Geschichte? Ich weiß diese Summen einfach nicht mehr. Aber Ihnen liegen offensichtlich im Gegensatz zu mir die Rechnungen vor, dann wissen Sie es eh genau.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Darf ich Sie grundsätzlich fragen: Welche Gesamtsumme haben Sie eigentlich in den Jahren 2000 bis 2008 durch Aufträge der Valora AG, von Hohegger.Com oder auch direkt über die Telekom erhalten? Ist Ihnen bewusst, was für Gesamtbeträge Sie erzielt haben?

Ing. Walter Meischberger: Mir ist das sehr wohl bewusst, aber: Entschlagungsrecht!

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Es gibt einen Geschäftsfall Nummer 6, Begleitung von Ausschreibungen im Bund. Da ergibt sich aus der Einvernahme beziehungsweise aus der Beschuldigtenvernehmung von Peter Hohegger, dass Sie ein Erfolgshonorar von 120 000 € kassiert haben.

Meine konkrete Frage ist: Was war das für ein Projekt, und was hatten Sie da für eine Aufgabe? (*Ing. Meischberger: § 7 Abs. 1!*) – Ich zitiere aus diesem Angebotsschreiben, nämlich aus diesem Angebot der Valora von Dr. Peter Hohegger an die Telekom. Da geht es um die Verhinderung einer vorzeitigen Ausschreibung vor 2007. Im Detail wird dargelegt, welche Aufgaben zu erfüllen sind, und es geht um die Beeinflussung der Gestaltung der Ausschreibung im Sinne der Telekom Austria. Diese Ausschreibung ist verhindert worden.

Meine konkrete Frage ist: Wie haben Sie das erreicht?

Ing. Walter Meischberger: Welche Ausschreibung hätte ich verhindert?

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Sie haben dafür ein Erfolgshonorar von 120 000 € bekommen, weil es zu keiner Ausschreibung durch die Telekom Austria gekommen ist.

Ing. Walter Meischberger: Das ist jetzt missverständlich: Es ist keine öffentliche Ausschreibung gekommen – das meinen Sie?

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Es ist zu keiner öffentlichen Ausschreibung gekommen. (*Ing. Meischberger: Und die Telekom Austria hätte ...!*) Wäre es zu einer öffentlichen Ausschreibung gekommen, dann hätten diese Ausschreibung nach Recherchen – so Peter Hohegger – vermutlich die Firma Kapsch und die Firma Alcatel gewonnen, daher wurde von Peter Hohegger und von Ihnen alles unternommen, dass es zu **keiner** Ausschreibung kommt.

Meine Frage ist: Wie haben Sie das erreicht? (*Ing. Meischberger: § 7!*) – Peter Hohegger beschreibt das so – ich zitiere –:

Walter Meischberger hat für seine Tätigkeiten im Rahmen dieses Projektes 120 000 € erhalten. Aus meiner Sicht war die Höhe dieses Honorars gerechtfertigt, weil es Walter Meischberger gelungen ist, glaubhaft darzustellen, dass eine zu frühe Ausschreibung für den Bund nur Nachteile bringt. – Zitatende.

Meine konkrete Frage – wir diskutieren, ob Verordnungen oder Gesetze gekauft werden –: Ist es da gelungen, eine Ausschreibung zu kaufen?

Ing. Walter Meischberger: Nein, selbstverständlich nicht! Also ich kann mich an den konkreten Fall jetzt – wann war denn das? – auch nicht mehr erinnern. Aber wann war das ungefähr?

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Es betraf die Ausschreibung ... (*Ing. Meischberger: Jahreszahl!*) – 2005.

Ing. Walter Meischberger: 2005, das ist sieben Jahre her. Ich kann mich da wirklich im Detail nicht mehr erinnern, aber wahrscheinlich hat man auch im ... – Wie soll ich sagen? – Der Bund hat natürlich auch Interesse am Geschäftsergebnis der Telekom Austria gehabt, logisch, mit seinen Anteilen, mit der Viertel-Anteilschaft. Wahrscheinlich hat man in diese Richtung hin argumentiert und hat da Argumente vorlegen können, aber alles, was hier „verhindert wurde“ – unter Anführungszeichen –, kann nur im Rahmen der Gesetzgebung gewesen sein, und das ist eine reine Auslegung eines politischen Verantwortlichen.

Ich glaube nicht, dass da irgendetwas Unrechtmäßiges passiert ist. – Erstens. Zweitens habe ich überhaupt nichts veranlasst, was in Richtung eines Gesetzeskaufes, einer Bestechung oder einer Motivation aus besonderer Art hervorgekommen sein kann.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich lege Ihnen vor eine Kopie von: „insight präsentiert TELEKOM, MULTIMEDIA INFORMATIONSTECHNOLOGIE – Die digitale Revolution.“

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Sagt Ihnen dieses „insight“ etwas? Kennen Sie das? *(Ing. Meischberger: Nein!)* – Hat das irgendetwas zu tun mit dem „Seitenblicke“-Verlag?

Ing. Walter Meischberger: Weiß ich nicht, aber das sagt mir gar nichts.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie jemals unter dem Titel „*insight*“ gearbeitet? *(Ing. Meischberger: Ich?)* – Ja. *(Ing. Meischberger: Nein!)* – Aha.

Blättern wir gemeinsam eine Seite weiter *(Ing. Meischberger: Ja!)*: „Seitenblicke“, Österreichs führendes Society-Magazin – sagt Ihnen das etwas? *(Ing. Meischberger: Natürlich!)*

Das ist alles, was „insight“ beiliegt, Österreichs führendes „Seitenblicke Magazin“, Erfolgsstory, unter den Top Drei innerhalb weniger Monate, der Seitenblick auf ganz Österreich, die kaufkräftigen Leser, „insight“, das Top-Special – und so weiter –, der eigenständige Aufbau, People, Trends, Facts, Last Sight.

Sagen Sie: Erinnern Sie sich an diese Seiten und diese Präsentation? *(Ing. Meischberger: Nein!)* – Nicht?

Ing. Walter Meischberger: Ich kann Ihnen das erklären, wenn Sie wollen. *(Abg. Dr. Pilz: Bitte!)* – Ich sehe da hinten die „100 % Communications“. *(Abg. Dr. Pilz: Ja!)* Das „Seitenblicke Magazin“ hat mit dieser Agentur Gernot Rumpolds – eigentlich war das seine Frau, die das betrieben hat, die aus dem „NEWS“-Verlag gekommen ist.

Im Rahmen ihrer Agentur haben die so eine Wirtschaftsbeilage gemacht, ich weiß aber gar nicht, ob das „insight“ geheißen hat – wahrscheinlich, wenn ich das hier sehe –, und wahrscheinlich hat das „Seitenblicke Magazin“ diese Beilage beigelegt. Die inhaltliche Verantwortung darüber hatte aber „insight“ – und auch der gesamte Verkauf. Das heißt, das „Seitenblicke Magazin“ hat für die Beilage sozusagen eine Vergütung wahrscheinlich erhalten, aber was da drinnen war in der Beilage, berührt das „Seitenblicke Magazin“ nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Von wem hat jetzt die „100 % Communications“ für dieses Produkt die Vergütung erhalten? Wer hat das bezahlt?

Ing. Walter Meischberger: Die „100 % Communications“, von wem die die ... *(Abg. Dr. Pilz: Ja!)* – Das weiß ich nicht. Ich bin weder ein Teilhaber noch Geschäftsführer noch Angestellter der „100 % Communications“ gewesen. Das war ein Kooperationspartner des „Seitenblicke Magazins“, und der Kooperationspartner

„100 % Communications“ hat für die Beilage einen fixen Preis bezahlt. Woher die Finanzierung für die „100 % Communications“ ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay, das heißt – dass ich es richtig verstehe – : Die „100 % Communications“ hat Ihnen das als Beilage zum „Seitenblicke Magazin“ geliefert, und das ist von einem Dritten – aber nicht von Ihnen – bezahlt worden. – Ist das richtig?

Ing. Walter Meischberger: Was ist von einem Dritten bezahlt worden? Das ist ein Unternehmensgegenstand; offensichtlich hat das „insight“ geheißen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich wiederhole das: Die „100 % Communications“ des Herrn Rumpold oder von **den** Rumpolds hat das, was uns jetzt da vorliegt, produziert, das ist zu einer Beilage des „Seitenblicke Magazins“ gemacht worden. (*Ing. Meischberger: Das hätte genauso der „Presse“ beigelegt werden können ...!*) – Ja, ja, das ist ja nicht das Problem (*Ing. Meischberger: Ja, ja, ja!*), ich möchte nur die Fakten klären. Und finanziert worden ist das nicht vom „Seitenblicke Magazin“, sondern von einem Dritten, von irgendjemand anderem.

Ing. Walter Meischberger: Na, von der „100 % Communications“.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Na ja, die werden ja von irgendjemandem Geld dafür bekommen haben.

Ing. Walter Meischberger: Die werden Werbegelder dafür verlangt haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Möglich, ja. (*Ing. Meischberger: Natürlich!*) – Aber es war jedenfalls eine Beilage. (*Ing. Meischberger: Genau!*) – Und jetzt steht vorne drauf, bei diesem „insight“:

„Wien, im September 2001“.

Können wir davon ausgehen, dass das dann im September 2001 eine Beilage des „Seitenblicke Magazins“ war?

Ing. Walter Meischberger: Das „insight“? (*Abg. Dr. Pilz: Ja!*) – Also: „Wien, im September 2001“ – das ist offensichtlich ein Offert, das Sie da haben, oder ein Angebot, das die „100 % Communications“ im September 2001 an – scheinbar – die Telekom gegeben hat.

Ob „insight“ oder die „100 % Communications“ das für die nächste Ausgabe oder die übernächste oder die in fünf Monaten geplant hat, weiß ich nicht. Das kann ich nicht sagen. Aber ich kann Ihnen sagen, dass es zu dieser Zeit „insight“-Beilagen gegeben hat.

Die werden das wahrscheinlich an viele Unternehmen ausgeschickt haben, nicht nur an die Telekom. Die werden das ausgeschickt haben – weiß ich nicht – an die Siemens, und an – ich weiß nicht, wer ihre Kunden gewesen sind. Die machen dann einen Themenschwerpunkt, wo der jeweilige Kunde hineinpasst, und wenn es genügend Aufträge gibt, kommt eine so eine Beilage in Produktion, vorher nicht. (*Abg. Dr. Pilz: Vollkommen klar!*) – Und ob die jemals ... Das weiß ich nicht, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das reicht mir vollkommen, das deckt sich mit einigem anderen.

Ich möchte jetzt nur noch einige Vorhalte machen aus verschiedenen Beschuldigtenvernehmungen des Herrn Hohegger. Kollege Petzner hat ein paar davon gemacht. Da geht es einfach um die Verbindung zwischen dem damaligen Finanzminister Grasser und Ihnen, mit oder ohne Auftrag des Herrn Hohegger.

Ich werde viele Fragen dazu jetzt nicht stellen, weil der Großteil der Fragen zum Beweisthema BUWOG und ein wesentlicher Teil der Fragen zum Beweisthema Glücksspielgesetz gehört. Heute war – zumindest für mich – die wichtigste Geschichte diese Finanzierung ohne erkennbare Gegenleistung der „Neuen Freien Zeitung“. (*Ruf: Das ist Ihre ...!*)

Ich zitiere aus der Beschuldigtenvernehmung Hochegger vom 25. Mai 2011:

Für die Kommunikation in Richtung Finanzministerium um BMVIT bediente ich mich – ich ist immer Hochegger –

der Unterstützung von Walter Meischberger. Ich briefte ihn über die Kernaussagen der Studie und ersuchte ihn, diese an den Finanzminister KHG und Vizekanzler und BMVIT Gorbach zu kommunizieren und auf die dramatischen Auswirkungen hinzuweisen. – Zitatende.

Dann geht es weiter am 26. Mai 2011, wieder Beschuldigtenvernehmung Hochegger:

Durch meine bestehenden Kontakte in das BMF, von meiner Seite beim Kabinettschef Matthias Winkler, von zweiter Seite Walter Meischberger an Karl-Heinz Grassler und zum Management des Bundesrechnungszentrums – hier vor allem durch mich an den damaligen dortigen Geschäftsführer Harald Neumann –, habe ich mitbekommen, dass eine Diskussion über einen möglichen Verkauf des BRZ im Eigentümerkreis entstand. – Zitatende.

Nächster Hinweis – ich zitiere –:

Walter Meischberger habe ich ersucht, den Finanzminister entsprechend zu sensibilisieren. Meiner Erinnerung nach stand der Finanzminister KHG dem Konzept, falls es zu einer Privatisierung des BRZ kommt, die Telekom Austria in so ein Projekt einzubinden, sehr positiv gegenüber. Die Rückmeldungen, die ich von KHG via Meischberger erhielt, waren positiv für eine eventuelle Privatisierung, bei der die Telekom Austria als Gewinner hervorgehen würde. – Zitatende.

Dann geht es weiter mit:

Den Kontakt –

das hat Kollege Petzner zitiert –

KHG kann ich nicht beurteilen, da dieser Kontakt von Meischberger monopolisiert war und ich zu KHG keinen Kontakt hatte. – Aus der Beschuldigteneinvernahme 31. Mai 2011, ebenfalls Hochegger.

In derselben Beschuldigteneinvernahme – ich zitiere –:

Eine der wesentlichen Aufgaben für eine Umsetzung dieses Projektes war eine entsprechende Gesetzesänderung. Hier war es wichtig, den Finanzminister für diese Idee zu gewinnen. Ich gehe davon aus, dass hier die ersten Gespräche durch Walter Meischberger mit dem Finanzminister geführt wurden ..., wo er ihm erklärte, dass durch eine Gesetzesänderung die Republik erhebliche Mehreinnahmen lukrieren kann. Innerhalb des Finanzministeriums wurde dann eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die hier eine entsprechende Evaluierung vornahm, ob eine Gesetzesänderung dem Staat wirklich Mehreinnahmen brächte. Meiner Erinnerung nach war das Ergebnis sehr positiv, was bedeutete, dass der Finanzminister innerhalb der Regierung eine entsprechende Gesetzesänderung befürworten wird. Walter Meischberger hat in der Arbeitsgruppe darüber ausführlich berichtet. – Zitatende.

Dann geht es weiter, Beschuldigtenvernehmung 6. Juni 2011:

Walter Meischbergers Aufgabe war es, neben dem Finanzminister auch die Orangen von den Vorteilen einer Gesetzesänderung zu überzeugen. Meiner Erinnerung nach hat Walter Meischberger diese Gespräche mit Herbert Scheibner geführt. Ich glaube, dieser war zur damaligen Zeit Klubobmann des BZÖ. Walter Meischberger hat auch in der Arbeitsgruppe erwähnt, dass er diesbezüglich mit Herbert Scheibner in Kontakt ist. – Zitatende.

Sagen Sie, das sind einerseits recht dichte und über viele Vernehmungen sich durchziehende Hinweise vom Herrn Hohegger, dass **Sie**, Herr Meischberger, der zentrale Kontakt, praktisch der **Schlüssel** von Hohegger zum damaligen Finanzminister waren. – Das ist die eine Sache, und dazu werden wir auch den Herrn Hohegger noch detailliert befragen.

Was ich Sie fragen wollte: Da wird immer eine **Arbeitsgruppe** erwähnt, in der über das alles berichtet worden ist, über die erfolgreichen Interventionen beim Finanzminister.

Frage: Was könnte Herr Hohegger mit dieser Arbeitsgruppe, der offensichtlich er und auch Sie angehört haben sollen, gemeint haben? Hat es da innerhalb von Hohegger.Com oder Valora oder wo auch immer eine Arbeitsgruppe gegeben, die sich mit Regierungslobbying befasst hat? Ist Ihnen so etwas erinnerlich?

Ing. Walter Meischberger: Natürlich hat es einige Arbeitsgruppen gegeben im Bereich Hohegger-Agentur, aber eine, die zu Regierungslobbying und so weiter titulierte wurde, sicher **nicht**. Und **ich** habe so einer Arbeitsgruppe, ja, immer wieder vielleicht angehört, also in Gruppen zusammengeführt. Herr Hohegger hat eine Gruppe im Unternehmen gehabt, die Public-Affairs-Gruppe, die hat bestanden aus drei, vier sehr gut ausgebildeten, sehr guten Leuten, mit denen habe ich immer wieder Kontakt gehabt, und mit denen haben wir viele Konzepte erarbeitet.

Das kann ich bestätigen, aber das jetzt nicht als Regierungs- ... – Natürlich geht es immer um Regierungsfragen, denn letztlich endet es immer in der Regierung, logisch. Parlamentsklubs, Regierung – das war das Thema, wenn es darum gegangen ist, Regulierungsdinge und so weiter zu beeinflussen. Aber die echte Gruppe, die Sie da herauslesen, die sehe ich – (*Abg. Dr. Pilz: Die sehen Sie nicht!*), an die könnte ich mich nicht erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Abschließend zu dem Punkt, weil wir ja da bei BUWOG und Glücksspielgesetz wesentlich genauer darüber reden werden. Sie haben heute etwas Wichtiges in Bezug auf den Herrn Rosam gesagt, nämlich dass der Herr Rosam damals nicht auf der Höhe der Zeit war und das nicht so gemacht hat, wie man es hätte machen können, und darin auch der größere Erfolg des Herrn Hohegger begründet war.

Das dürfte schon richtig sein, denn speziell wenn es um Gesetzesänderungen gegangen ist – und da werden wir noch eine Reihe behandeln – und darum gegangen ist, wie man Regierungsmitglieder und ganze Parlamentsklubs dazu bringt, bestimmte Gesetzesänderungen erstens vorzuschlagen, zweitens auch beschließen zu lassen, muss man sozusagen einen **Schlüssel** haben: einen Schlüssel zu Ministern und einen Schlüssel zu Parlamentsklubs. Und auch wenn es ab und zu nur ein Schlüsslerl ist, das in das Schloss Finanzminister passt, dann ist so ein Schlüsslerl etwas außerordentlich Wertvolles.

Ich verzichte jetzt darauf, Ihnen diese ganze lange Liste, die die Polizei zusammengestellt hat, über die ganzen Rechnungen, die Sie gelegt haben, und wo bis jetzt diese „Tonnen“ von leistungsbeweisendem Material unauffindbar sind, ich verzichte jetzt darauf – auch aus Zeitgründen –, Ihnen das alles vorzuhalten. Wir werden bei den anderen Beweisthemen dazu kommen. Wichtig ist nur, dass wir genau

diese Schlüssel-Geschichte – Meischberger passt genau in das Schloss Grasser – sehr genau haben. (*Obfrau Dr. Moser: Die Frage bitte!*) – Ich möchte nur eine letzte Feststellung noch machen, nachdem es keine Arbeitsgruppe gegeben hat und nichts anderes. (*Ruf: Frau Vorsitzende! ... ein Referat, ein unterstellendes! Ist das notwendig?*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte wirklich abschließen, weil die Zeit überschritten ist!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann erlaube ich mir schlicht und einfach einen Schlusssatz, aber wenn der nicht erwünscht ist, dann mache ich das in der nächsten Runde.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Meischberger, wir wollen „feinstofflich“, wie Sie sagten, die zweite Runde beginnen: Sie haben mir in der ersten Runde mitgeteilt, Sie hätten Kenntnis, dass Frau Langthaler für die Telekom gearbeitet hätte.

In welcher Form hat Frau Langthaler mit der Telekom Ihres Wissens nach zusammengearbeitet? Gab es da einen Beratervertrag? Sie haben zwar in einem Ihrer ersten Sätze gesagt, Verträge bei der Telekom – und wenn man gut zusammenarbeitet –, sind Luxus. Ich sehe das anders.

Ing. Walter Meischberger: Das habe ich **nie gesagt**, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Doch, ich habe das protokolliert, ich habe das mitgeschrieben, ich zeige es Ihnen zum Schluss gerne.

Hat es Ihres Wissens nach einen Vertrag gegeben? War das ein ähnliches Konstrukt wie bei Ihnen? Welche Wahrnehmung haben Sie in diesem Zusammenhang?

Ing. Walter Meischberger: Lieber Herr Abgeordneter, ich muss da ganz vehement eingreifen! Ich habe **nie gesagt** – auch nicht in Ihrer saloppen Ausdrucksweise –, dass ein Vertrag ein **Luxus** wäre! So würde ich nie formulieren!

Zweitens habe ich nie von einem Vertrag zwischen mir und der Telekom gesprochen, weil ich ausdrücklich gesagt habe, dass es einen solchen nie gegeben hat, sondern der Walter Meischberger nur in vertraglicher Zusammenarbeit mit der **Valora AG** gestanden ist – und **dahin** gehend haben wir mündliche Verträge gehabt.

Aus diesem Grund, weil ich ja nicht Vertragspartner der Telekom Austria war – **nie** war, ich muss das jetzt noch einmal, wenn das noch immer unklar ist, ganz klar sagen –, kann ich Ihnen auch nicht sagen, ob Frau Monika Langthaler in einer Vertragsform mit der Telekom Austria zusammengearbeitet hat. Ich habe so eine natürlich nicht gesehen, und geht mich auch nichts an. Ich weiß nur, **dass** zusammengearbeitet wurde, weil ich sie da und dort wahrgenommen habe im Umfeld der Telekom Austria. Das kann ich bestätigen, aber mehr kann ich dazu nicht sagen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Zu Ihrer Aussage, der Vertrag mit Hohegger, das wäre **Luxus**, werden Sie – wenn die Frau Vorsitzende das gestattet – von mir einen Ausschnitt aus dem Protokoll bekommen, damit Sie sich daran wieder erinnern können.

Meine nächste Frage an Sie ist: Kennen Sie Herrn Mag. Schrems?

Ing. Walter Meischberger: Nein, der Name sagt mir jetzt nichts. (*Abg. Hornek: Keine Wahrnehmung?*) – Also ich weiß nicht, wenn ich ihn sehen würde, vielleicht, aber der Name sagt mir nichts.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Wir dürfen nun zu den Vorständen der Telekom kommen. In Ihrer Beschuldigtenvernehmung vom 10. November 2009 sagen Sie, Rudolf Fischer, Stefano Colombo, Gernot Schieszler beraten zu haben.

Können Sie uns erläutern: Was haben Sie konkret für den Herrn Fischer, für den Herrn Colombo und für den Herrn Schieszler gearbeitet? Was war Ihre Aufgabe?

Ing. Walter Meischberger: Also das wundert mich, dass das in dem Protokoll so steht. Ich habe den Gernot Schieszler, ja, vielleicht ein bisschen – sage ich einmal, oder wenig –, den Stefano Colombo überhaupt nicht, den kenne ich persönlich gar nicht – und wer steht noch da?

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Schieszler, Colombo und den Herrn Fischer, *Rudolf* Fischer.

Ing. Walter Meischberger: Rudolf Fischer, das ist meine Hauptkontaktpersönlichkeit in der TA gewesen, über die Valora AG. Der Rudolf Fischer, mit dem habe ich zusammengearbeitet, beginnend – ich glaube, das war so ungefähr im Jahr 2002. Damals war ich noch Geschäftsführer des „Seitenblicke Magazins“, und da habe ich das erste Mal zusammengetroffen mit der Telekom Austria in Bezug auf die Positionierung im Golf-Bereich.

Ich habe damals mit dem Rudolf Fischer gemeinsam ein Konzept entwickelt, und wir haben – würde ich einmal sagen – die bedeutendsten Gesellschaftsturniere, das waren so drei oder vier Jahre, miteinander entwickelt und in Kooperation „Seitenblicke Magazin“ mit der Telekom Austria aufgebaut.

Da hat die Telekom Austria viel Gelegenheit gehabt, ihre Entscheidungsträger sozusagen in dem Umfeld zu pflegen. Da war ich aber noch nicht Mitarbeiter, sondern das war ein Kooperationspartner. Und von da weg hat sich diese Beratungstätigkeit entwickelt.

Ich will damit eigentlich nur sagen, dass das fast ausschließlich Peter Hohegger war, der hat das verteilt in die Telekom, wohin auch immer. Ich weiß, dass viele Konzepte, an denen ich mitgearbeitet habe, auch den Gernot Schieszler betroffen haben, vielleicht in dem Zusammenhang auch den Colombo. Aber mein direkter Kontakt und meine direkte Stelle war der Rudolf Fischer in der Zeit.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Eine weitere Frage zu den Vorständen in der Telekom: Kennen Sie den Herrn Sundt beziehungsweise haben Sie für ihn gearbeitet?

Ing. Walter Meischberger: Ich kenne den Herrn Sundt, aber nur vom Grüß-Gott!-Sagen, habe nie für ihn gearbeitet. Also nicht wissentlich. Wenn der Peter Hohegger Konzepte entwickelt hat für den Sundt, und ich habe dort zugearbeitet, dann weiß ich das nicht. Aber mir nicht wissentlich.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Darf ich Sie zu Ihrer Beziehung zu Herrn Schieszler fragen: Waren Sie befreundet? Waren Sie Geschäftspartner? Sie haben ja gesagt, Sie haben nicht für ihn gearbeitet – hat er für Sie gearbeitet?

Ing. Walter Meischberger: Wir haben eine gute persönliche Beziehung gehabt. „Freund“ wäre zu viel gesagt, aber wir haben uns gut gekannt. Wir sind jetzt nicht miteinander auf ein Bier gegangen, und wir haben nicht gemeinsam Urlaub gemacht, aber wir haben uns mögen und eigentlich sehr korrekt zusammengearbeitet. Ich habe mit ihm direkt in der Telekom Austria nur wenig zu tun gehabt, wie ich vorher gesagt habe, und nachdem er die Telekom Austria verlassen hat, habe ich versucht, mit ihm näher zusammenzuarbeiten. Da war er noch nicht orientiert, was er in Zukunft machen wird. Da habe ich einmal an so einem Projekt gearbeitet, und da habe ich ihn gebeten, mitzumachen. Und das war dann kurze Zeit so. Er ist aber dann zur Christof Group gegangen; seit damals habe ich keinen Kontakt mehr zu ihm.

Seine besondere Rolle, die vielleicht einmal eine Kronzeugen-Rolle werden soll oder was auch immer, in der Geschichte kann ich nicht beurteilen, weiß ich nicht. Da habe ich keinen Kontakt mehr zu ihm gehabt, wie er über das gesprochen hat.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Ich verweise auf das „FORMAT“ vom 1.4.2011, da wird sinngemäß formuliert, der Herr Schieszler ist bei Ihnen so quasi untergekommen. Als Mitarbeiter oder als Teilhaber Ihres Büros, oder wie darf ich dieses „unterkommen“ verstehen?

Ing. Walter Meischberger: Das ist eine typische mediale Unterstellung. 1. April spricht für sich. Der hat nicht bei mir unterzukommen gehabt, das ist kein Sozialfall, der Herr Schieszler. Aber er war bei mir im Büro, er hat einen Schreibtisch gehabt in meinem Büro.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das heißt, er war in Ihrer Firma tätig?

Ing. Walter Meischberger: Räumlich. Und es war, wie ich Ihnen gesagt habe, in Planung, gemeinsam ein Projekt umzusetzen, was aber dann nicht geschehen ist. Schieszler ist dann zur Christof Group gegangen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Sie haben in einem Ihrer letzten Sätze den Kronzeugen-Status des Herrn Schieszler angesprochen. – Wie beurteilen Sie diesen?

Ing. Walter Meischberger: Das kann ich überhaupt nicht beurteilen. Erstens weiß ich gar nicht, ob die Kronzeugen-Regelung im Fall Schieszler überhaupt schlagend wird, weil die erst nach seiner Sache sozusagen Gesetz wurde. Das möchte ich aber nicht beurteilen.

Zweitens ist das für mich ein mediales Gerede und nichts anderes – oder drittens von ihm ein Versuch, sich eine Position zu verschaffen.

Aber wie gesagt, da kenne ich auch nur die medialen Darstellungen und will mir darüber eigentlich gar kein Bild machen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte eine Frage zum Thema! Die rechtliche Beurteilung von Schieszler ist nicht unsere Aufgabe!

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Ich darf Ihnen die sogenannte böse Liste oder Lebensversicherung, je nachdem, wie man sie bezeichnet, vorhalten. (**Meischberger:** *Shitlist! Habe ich schon gesehen!*) Ich wollte dieses Wort vermeiden, das der Herr Petzner gebraucht hat.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Ich darf Sie bitten, die Zeilen Berater Mensdorff-Pouilly, Gheneff, Langthaler zu betrachten beziehungsweise Gheneff, Farmleitner und Langthaler.

Was fällt Ihnen in Bezug auf die „böse“ Liste und diese Namen ein?

Ing. Walter Meischberger: Zum Herrn Gheneff habe ich überhaupt keinen Bezug oder Erinnerung. Die Frau Langthaler, habe ich schon gesagt, habe ich im Umfeld gesehen. Ich bin selber, wie gesagt, am Tisch gesessen mit ihr in der Telekom-Runde. Mensdorff? – Da fällt mir jetzt gar nichts ein. Wollen Sie mich konkreter fragen?

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Die Frau Gheneff sagt Ihnen auch nichts?

Ing. Walter Meischberger: **Frau** Gheneff? Da steht „Herr Gheneff“.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Ja, herunter steht „Herr Gheneff“ und oben steht „Gheneff“, das könnte auch Frau Gheneff sein.

Ing. Walter Meischberger: Aha, keine Ahnung. Ich kenne die Frau Gheneff natürlich. Die Frau Gheneff ist Rechtsanwältin, mir sehr gut bekannt, weil sie mit mir im ORF-Stiftungsrat gesessen ist. Ich halte sie für eine sehr fähige, fleißige Person.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Sehen Sie, es hätte mich jetzt wirklich sehr gewundert, wenn Sie die Frau Gheneff nicht gekannt hätten.

Ing. Walter Meischberger: Ja, mich auch. Aber einen **Herrn** Gheneff kenne ich nicht.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Ich darf unseren Mitarbeiter bitten, den zweiten Vorhalt an Sie zu bringen, nämlich ein Mail, das von Herrn Rödler kommt und an den Herrn Hochegger geht.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Ich darf Ihnen das vorlesen, und ich hoffe, Sie haben das bereits zur Hand:

Ich habe heute Vormittag noch ein langes Gespräch mit Wolfgang Bachmayer von OGM geführt. Er ist natürlich gerne bereit, mit uns gemeinsam Reichhold zu beraten. Er war auch gestern bei Reichhold, der ihm die Zusammenarbeit mit uns angekündigt hat. – Zitatende.

Dieses Mail haben Sie in CC bekommen. Ist das richtig?

Ing. Walter Meischberger: Kann ich mich nicht mehr erinnern, ist aber absolut möglich.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Dann gibt es noch ein weiteres Mail. Da scheinen Sie dann nicht mehr auf, und das ist der dritte Vorhalt; ich hoffe, Sie haben den bereits bei sich. Das ist wiederum vom Herrn Hochegger und geht an den Herrn Rödler. Ich darf Ihnen das ebenfalls zur Kenntnis bringen:

Lieber Fritz, anbei eine Liste von Firmen für die Ausschreibung. Heinisch arbeitet in derselben Loge wie Göweil, er ist informiert. Löwe ist eine befreundete Agentur, Aufträge, die wir nicht annehmen können, leiten wir an sie weiter. Sind vier für die Einladung genug?

Und da lese ich dann: Jones GmbH, Löwe und Partner, TPA und Hochegger.Com.

Können Sie sich erklären, warum Sie dieses Mail nicht mehr in CC bekommen haben?

Ing. Walter Meischberger: Offensichtlich sind der Herr Rödler und der Herr Hochegger in derselben geheimen Vereinigung, der ich nicht angehöre und die ich auch nicht weiter beurteilen möchte. Aufgrund dessen konnte ich in diesem Verteiler nicht aufscheinen, weil sie sich gegenseitig genannt haben. Das wäre meine Erklärung.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Sagen Sie: geheim für uns oder auch für Sie, diese Loge?

Ing. Walter Meischberger: Sehr geheim für mich. Bin froh und hoffe, dass sie immer für mich geheim bleiben wird.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Meine letzte Frage an Sie, Sie haben sie ja indirekt beantwortet: Sie gehören keiner Loge an? *(Ing. Meischberger: Nein!)*

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Zunächst zum Eingangsvorhalt, auch wenn Sie jetzt freundlicherweise das Protokoll des Kollegen Hornek zur Verfügung gestellt bekommen: Ich habe das auch so notiert gehabt, dass Sie nie behauptet haben, ein Vertrag mit der Telekom sei Luxus, sondern es ist nur darauf bezogen gewesen, dass ein schriftlicher Vertrag mit Hochegger offensichtlich Luxus gewesen sei. Insoweit war der erste Vorhalt, nämlich von Telekom-Verträgen zu sprechen, vom Kollegen Hornek ...

Ing. Walter Meischberger: „Luxus“ habe ich, glaube ich, überhaupt nicht in den Mund genommen!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das hat nie mit der Telekom zu tun gehabt, sondern wenn, dann nur mit Verträgen mit Hohegger, weil der offensichtlich für schnelle Entscheidungen war: mündlich ausgemacht, Handschlag drauf, und dann ist es schon gegangen. – Wie auch immer.

Eigentlich wollte ich mich gar nicht zu Wort melden, weil an sich die Fragen der Rechnungen „NFZ“ gut geklärt sind, aber eines hat mich ein bisschen aufhorchen lassen, nämlich die Kontakte bei Hohegger zum Public Affairs-Team, dass da immer Zusammenarbeit bestanden hat am Rande, dass man wen gekannt hat.

Wer waren denn die Personen, die da drinnen waren – aus der Erinnerung? Gibt es da irgendwelche Namen?

Ing. Walter Meischberger: Die Personen, die im Public Affairs-Team von Hohegger gearbeitet haben? (*Abg. Dr. Rosenkranz: Ja!*) – Das hat gewechselt über den Zeitraum, aber ich kann da Namen nennen. Es waren ausschließlich Angestellte der Agentur Hohegger. Ich fange bei den Damen an: die Monika Racek, hat sie geheißen, dann war die Christine, Christine ...die war auch einmal im Bundesministerium ... (*Abg. Dr. Rosenkranz: Lackner?*) – **Ja**, Christine Lackner. Dann war da der Mag. Schneider. Das weiß ich, weil er ein Tiroler ist. Dann der Mag. Krenn Stefan. Dann war, glaube ich, kurz auch der Georg Brockmeyer, ehemals Mitarbeiter im Grünen Klub, glaube ich. Und ... – Da fällt mir jetzt nicht mehr ein.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich möchte Sie auch gar nicht mehr strapazieren.

Ing. Walter Meischberger: Ich glaube, der Dietmar Trummer war auch dabei, ab und zu zumindest.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich möchte Sie gar nicht so lange auf die Folter spannen, denn uns liegen ja an sich die Protokolle der Sitzungen dieser Public Affairs-Gruppe vor und diese Namen tauchen dort auch auf. (*Ing. Meischberger: Okay!*)

Hohegger hat offensichtlich, aus Ihrer Wahrnehmung heraus, Kontakte gehabt. Sie haben gesagt: Letztlich endet alles irgendwo bei der Regierung oder bei den Parlamentsklubs, wenn man etwas bewegen möchte im Bereich des Lobbying.

Ing. Walter Meischberger: Im gesetzlichen Bereich.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wenn man etwas im gesetzlichen Bereich bewegen möchte. Im gesetzlichen Bereich, ich nehme an, auch im legalen Bereich. (*Ing. Meischberger: Natürlich!*) – Gut. Also nicht nur, wenn es um Gesetzesänderungen oder sonst etwas geht, eben mit legalen Methoden.

Jetzt ist bei diesen ganzen Sachen eines aufgetaucht, im Public Affairs-Team hat es auch ein Projekt gegeben, das geheißen hat: „Die Grünen einkochen“.

Haben Sie von diesem Projekt gehört?

Ing. Walter Meischberger: Ich habe das gehört, nicht gehört, aber gelesen, als ich ein Protokoll gelesen habe von einer dieser Sitzungen ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Nicht von damals, sondern jetzt in der aktuellen Aufarbeitung.

Ing. Walter Meischberger: Aber „Die Grünen einkochen“ – ich war mit dem nicht befasst, mit diesem Projekt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben weniger den Schlüssel zum Schloss gehabt, wie der Herr Pilz gemeint hat, waren aber so ein **Schlüsslerl** zum Schlosserl beim Finanzminister. Sie waren nicht unbedingt das Schlüsslerl zum Schlosserl beim Grünen Klub. – Kann man das so formulieren, um bei der Diktion des Herrn Pilz zu bleiben?

Ing. Walter Meischberger: Das könnte kontraproduktiv gewesen sein, hätte man mich in diese Richtung eingesetzt, wie man aus den Ausführungen des Herrn Pilz leicht ablesen kann.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Haben Sie jemanden anderen aus diesem ganzen Bereich gewusst, wenn Sie jetzt die Parlamentsparteien anschauen? Wen hat Hohegger gehabt, wen er wo hinschickt zu Parteien oder Personen an politischen Hebeln? – Sie waren nicht der Verbindungsmann zur FPÖ, sondern zu einzelnen Proponenten, offensichtlich aufgrund persönlicher Freundschaften, die stattgehabt haben.

Wer war so der Schlüssel für andere Klubs oder andere politische Richtungen? Wer war denn da aktiv?

Ing. Walter Meischberger: Wie Sie richtig gesagt haben, bin ich natürlich nicht in diese Richtungen eingesetzt gewesen. Aber wer war es? Man weiß, dass es natürlich Mitarbeiter aus den Parlamentsklubs gegeben hat in den ... – Ich glaube aber, dass das überwertet wird. Ich glaube, dass zu den Parlamentsklubs selbst meistens die Vertreter der Telekom selbst gegangen sind. Also ich bin auch nicht weder in die FPÖ oder das BZÖ oder zur ÖVP in den Parlamentsklub mit einem Anliegen gegangen, sondern man hat die Thematik aufbereitet und hat dann die Vertreter des Unternehmens eher dort hingeschickt mit diesen aufbereiteten Argumenten, für ihre Sache Werbung zu machen. So ist das in der Telekom eher behandelt worden.

Wenn ich aus Ihrer Frage ablesen kann: Hat es gezielte Anstellungen von Peter Hohegger gegeben, um sozusagen in die **feinstoffliche Informationswelt** zu gelangen? – Ja, da wird sicher die Monika Langthaler im grünen Bereich eine Rolle gespielt haben oder wahrscheinlich auch der Georg Brockmeyer, aber wieder auch – Und wir wissen, von der SPÖ-Seite her war es der Heinz Lederer, aber sicher wieder auch ... – Ich habe da nichts wahrgenommen, dass da irgendwas in einem nicht legalen Bereich oder in einem Informationsfluss war, den nicht jeder andere, der sich interessiert hätte, auch bekommen hätte können, dass sich da irgendwas abgespielt hat.

Ich möchte diesem Public Affairs-Team von der Hohegger.Com wirklich höchstes Lob aussprechen. Das waren extrem fleißige, wirklich gut arbeitende, gut ausgebildete und vor allem engagierte und interessierte Mitarbeiter dort. Das kann ich nur sagen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Darf ich mir das ein bisschen so vorstellen: Da sind zum Teil Personen drinnen, die auch Insider waren, die die Strukturen zum Beispiel auch ganz gut kennen, zum Beispiel von einem Parlamentsklub oder von einem (*Ing. Meischberger: Natürlich!*) Kabinett, einem Ministerbüro, einem Staatssekretärbüro und so weiter. Da sitzen die beisammen und arbeiten offensichtlich Strategien aus und fragen, wer der richtige Ansprechpartner wäre, um dort hinzugehen. Also: der nicht, der weniger, der kann mit dem gut, die zwei sind zerstritten oder sonst etwas. – Nur als Beispiel.

Es wird immer behauptet, dass zum Beispiel die Frau Vorsitzende Moser und der Herr Peter Pilz intern nicht das beste Einvernehmen hätten. (*Ing. Meischberger: Kann ich mir nicht vorstellen!*) – Eben. Ich kann es mir auch nicht vorstellen, aber das wird immer behauptet.

Und da sitzen jetzt diese Insider beisammen und entwickeln Strategien. Kann man sich das so vorstellen (*Ing. Meischberger: Das kann man sich so vorstellen!*), dass dieses Wissen da ist, dass dann der Hohegger gesagt hat, ich habe dieses Anliegen, ihr setzt euch zusammen und findet heraus, an wen man bei dieser Gruppierung, bei dem Ministerium am ehesten ansetzt, wer irgendwo gesprächsbereit ist?

Ing. Walter Meischberger: Natürlich. Das war auch das Geschick des Peter Hohegger, Menschen zusammenzuführen, die jetzt nicht – sage ich einmal – militante Ideologen ihrer Gesinnung waren, aber die eben in so Organisationsstrukturen gearbeitet haben, die Abläufe kannten und, ohne dass sie wussten, dass sie hier etwas Wichtiges an Information mittragen, das natürlich in die Arbeit eingebracht haben: Wer entscheidet wann was? Wie sind die Entscheidungsstrukturen in den verschiedenen Klubs? Wer ist der richtige Mann oder die richtige Frau im Hintergrund? Wie sind die persönlichen Zugänge zu bestimmten Themen? Das ist natürlich eingeflossen bei Menschen, die dort bekannt waren, die sich gekannt haben; so, wie das bei mir war, wie ich gewusst habe, wie der Finanzminister Grasser bei gewissen Themen tickt oder ob es da um Privatisierung oder Monopole und so weiter gegangen ist, weiß ich das natürlich. Und das bringe ich mit ein, wenn ich weiß, dass der eine Entscheidung treffen wird. Und so war das beim Georg Brockmeyer ganz sicher auch in dieser Public Affairs-Gruppe, was die Grünen betrifft oder andere. – Nichts Böses, nichts Böses!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Nein, nein, aber zu wissen, wie der Finanzminister tickt, dieses Wissen wird uns unter Umständen beim nächsten Beweisthema bei der BUWOG dann vielleicht auch interessieren.

Ich habe auch noch eines mitgenommen, und zwar dass es neben der Feinstaubbelastung vielleicht auch so auch eine Feinstoffbelastung geben wird. – Keine weiteren Fragen.

Ing. Walter Meischberger: Nein, Herr Abgeordneter, das kann ich sagen, wird es nicht geben, aber ich bin gerne zu jeder Auskunft auch bei dem anderen Thema bereit, sofern es den § 7 Abs. 1 betrifft. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Nicht betrifft!*) – Nicht betrifft, ja.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Damit kommen wir zur Runde der Zusatzfragen. Wir beginnen mit Abg. Petzner. – Bitte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Meischberger!, ich komme zurück zur Problemfrage: Was war die Leistung? – Auf mein Befragen hin, auf mein mehrfaches Befragen hin zum Rahmenvertrag in Höhe von 140 000 € pro Jahr, als ich Sie aufgefordert habe: Nennen Sie mir konkrete Leistungen, ein konkretes Projekt!, haben Sie gesagt – das schreibt die APA –: „... nannte Meischberger die ‚eTel-Akquise‘...“, also die eTel-Akquisition.

Jetzt ist natürlich die Frage, Herr Meischberger: Ist Ihre Angabe richtig, dass diese eTel-Akquisition eine konkrete Leistungsangabe für Ihren Rahmenvertrag mit 140 000 € pro Jahr ist – oder wurde dieses Projekt, wie andere auch, extra abgerechnet?

Ich habe das jetzt geprüft und halte Ihnen, wie folgt, vor: Es wurde extra abgerechnet. Das ist nicht Teil Ihres Rahmenvertrages gewesen, wie Sie das angegeben haben, sondern es gibt dazu vom Herrn Hohegger ein Angebot vom 24. Juli 2006, Thema Akquisition eTel über die Valora an die Telekom. Diese Rechnung wurde bezahlt, 835 000 €, am 2. Mai 2007.

Hohegger gibt dazu an, was Ihre Leistung war: Die politische Ebene sollte Walter Meischberger abdecken.

Hohegger sagt weiters, dass es Ihre Aufgabe war – Zitat –: Parallel ersuchte ich Walter Meischberger, über seine Kontakte zum Finanzminister dieses Thema durch den Finanzminister beim Wirtschaftsminister Bartenstein anzusprechen und auf die Sinnhaftigkeit eines solchen Zukaufes der Telekom Austria hinzuweisen. Walter Meischberger versicherte mir, dass er diese entsprechende Aufgabenstellung erledigen wird.

Und dann sagt Hohegger – und jetzt kommt's –, dass auf Basis dieses Erfolgshonorars ... – Diese eTel-Akquisitionsrechnung **war** ein Erfolgshonorar; noch einmal: 835 200 € hat da der Herr Hohegger über die Valora an die Telekom verrechnet.

Und dann sagt Hohegger –

Sie sagen, das war ein Rahmenvertrag, aber Hohegger sagt –:

Aus diesem Erfolgshonorar –

also diesen 800 000 –

habe ich auch jenes für Walter Meischberger in der Höhe von 107 000 € bezahlt. – Zitatende.

Jetzt habe ich dann bei Ihren Rechnungen gesucht, und tatsächlich findet sich genau diese Rechnung: Der Herr Walter Meischberger stellt am 5.10.2006, genau in diesem Zeitraum, an die Valora AG eine Honorarnote für Beratungsdienstleistungen Akquisition eTel in genau dieser Höhe von 106 656 €, das heißt diese 107 000 €.

Jetzt frage ich Sie zu diesem einen Leistungsnachweis – wo Sie gesagt haben, das sei Teil Ihres Rahmenvertrages gewesen und sei damit abgegolten worden –: Warum gibt es dann parallel dazu eine Rechnung von Ihnen an den Herrn Hohegger in Höhe von 107 000 €? Und warum gibt Herr Hohegger in seiner Beschuldigtenvernehmung an, dass das nicht Teil Ihres Rahmenvertrages war – wie Sie hier auf die Frage: Was war Ihre Leistung?, behauptet haben –, sondern Sie dazu extra noch einmal 107 000 € an den Herrn Hohegger verrechnet haben, und er hat es bezahlt?

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Ich frage Sie jetzt daher und lege Ihnen die Rechnung vor: Was sagen Sie zu dieser Rechnung? War die eTel-Akquisition, die Sie als einzigen Leistungsnachweis für Ihren Rahmenvertrag genannt haben, Teil dieses Rahmenvertrages? Oder stimmt die Rechnung, die Sie selber dafür gestellt haben und die bezahlt worden ist, dass Sie also dafür außerhalb dieses Rahmenvertrages mit 107 000 € abgegolten wurden?

Ing. Walter Meischberger: Lieber Herr Abgeordneter, ich hätte diese Rechnung nie bestritten, das muss missverständlich sein. Ich habe meine eTel-Aktivitäten aufgezählt, wo ich Ihnen einige Projekte aufgezählt habe.

Mir war klar, dass die eTel-Akquise ein eigenes Projekt war; ich glaube, ich habe das auch so beschrieben. Ich kann diese Rechnung anerkennen, es ist alles richtig. Was mir nur in der Darstellung von Hohegger fehlt, ist, dass ich die Gespräche geführt habe mit dem Geschäftsführer der eTel, das ist Achim Kaspar. – Das ist die Geschichte gewesen, das war ganz wichtig. Das war meine Leistung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ein einziger Schlusssatz, zusammenfassend. Faktum ist – und wir werden das auch im Protokoll nachlesen können, und das hat auch die APA richtig zitiert –: Sie haben also **eine** Leistung für Ihren ... *(Obfrau Dr. Moser: Eine Zusatzfrage! – Schauen Sie, Sie haben ja schon die Kunst ...)*

Einen Schlusssatz – es kommt dann noch die Zusatzfrage; ich halte schon das Dokument dazu in die Luft. Ich führe dazu nur noch ganz kurz aus: ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nein! Nein, das machen Sie jetzt **nicht**, denn gerade **Sie** beharren auf einem strengen Reglement. Und Sie haben jetzt **eine** Zusatzfrage gestellt, die Parlamentsdirektion hat gestoppt: Die Frage war vier Minuten. – Und jetzt ist Schluss!

Der Nächste Fragesteller ist Herr Abgeordneter Maier.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Herr Meischberger, mir geht es auch um die Leistung, wie es der Kollege Petzner bereits angeschnitten hat. Ich komme zum Geschäftsfall 3, zum Projekt: Preiskonsolidierung, Tarife.

Da haben Sie, nach den mir vorliegenden Unterlagen, einen Betrag von 160 000 € erhalten. Hochegger gibt bei der Einvernahme an – ich zitiere –:

Für die Kommunikation in Richtung Finanzministerium und BMVIT bediente ich mich der Unterstützung von Walter Meischberger.

Weiter: Walter Meischberger versicherte mir glaubhaft, dass er auf diesem Sektor gute Arbeit geleistet hat und die Inhalte seiner Gespräche verstanden wurden. Meiner Erinnerung nach hat Walter Meischberger für dieses Projekt 160 000 € über die ZehnVierzig an die Valora in Rechnung gestellt. – Zitatende.

Es ist eine einfache Frage: Halten Sie eine derartige Summe von 160 000 € für eine Gegenleistung von einigen Gesprächen im Einflussbereich des Finanzministeriums und des BMVIT für gerechtfertigt oder nicht?

Ing. Walter Meischberger: Es wäre grundsätzlich nichts daran, diese Frage zu beantworten – ich halte es sehr wohl für gerechtfertigt, weil es um Aufteilung von Erfolgsprovisionen geht, in gewissen Dingen –, aber ich möchte mich trotzdem – § 7 Abs. 1 Z 2 – entschlagen, da mir durch die Schadenersatzforderungen der Telekom Austria, die medial angekündigt wurden, unter Umständen vermögensrechtlicher Schaden daraus entstehen könnte.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Pilz. Falls längere Zeit notwendig ist, bitte gleich zur Fraktionsführersitzung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Eine **wunderbare** Idee. – Ich fasse **ganz kurz** zusammen: Heute, an unserem ersten „Freiheitlichen-Tag“, hatten wir Rumpold-Geschenke an die FPÖ Bund in Höhe von 917 447 €, an den Klub 13 290 €, sind insgesamt 930 737 €, und – wie Herr Meischberger bestätigt hat – einen Druckkostenbeitrag für die „Neue Freie Zeitung“ ohne konkrete Gegenleistung von 89 400 €. Das ist eine gesamtfreiheitliche Bilanz – nur des heutigen Tages – von 1 020 137 €. Dem stehen gegenüber Telekom-Ausgaben von 600 000 € für das Rumpold-Paket und von 89 400 €, das sind 689 400 €, die von der Telekom dafür bezahlt wurden. (*Ing. Meischberger: Die Frage ...! – Obfrau Dr. Moser: Ja, die Frage!*)

Herr Meischberger, ich habe in diesem Zusammenhang nur noch eine einzige Frage an Sie (*Ing. Meischberger: Ist das eine Frage?!):* Sie haben vorher gesagt, bei diesen 89 400 € an die „Neue Freie Zeitung“ handle es sich um einen Druckkostenbeitrag. (*Ing. Meischberger: Für mich!*) Jetzt sind zum Glück sehr viele Vertreter und Vertreterinnen von Medien da, die haben mich darauf aufmerksam gemacht: Ein Druckkostenbeitrag bezeichnet einen Beitrag für die konkreten Druckkosten in der Regel einer **Beilage** irgendeines Teiles eines Medienwerkes. – Das ist nicht auffindbar, also hat es sich auch **nicht** um einen Druckkostenbeitrag gehandelt.

Und jetzt möchte ich mit Ihnen ganz zum Schluss noch ergründen, was es denn war. (*Ing. Meischberger: Was war es denn?*)

Meine Vermutung – und ich möchte Sie fragen, ob das auch Ihre Wahrnehmung ist –: Da es keine Bezahlung für eine Leistung war, da es kein Druckkostenbeitrag war, bleibt nur noch: eine **Spende**. – War es das? Oder was war es sonst?

Ing. Walter Meischberger: Herr Abgeordneter, Sie sind rhetorisch **noch** besser geworden, als ich Sie in Erinnerung hatte aus den gemeinsamen Zeiten im Parlament. Aber trotz aller Rhetorikkünste ist mir vollkommen egal, was die Pressevertreter da draußen zum Thema Druckkostenbeitrag und ihren Interpretationen sagen. Dass **Sie** diese Interpretation von irgendeinem Journalisten zu einem wirtschaftlichen Thema wie Druckkostenbeitrag aufnehmen und das parlamentarisch zu Protokoll geben, enttäuscht mich sehr.

Druckkostenbeiträge sind Druckkostenbeiträge – und nicht Druckkostenbeiträge zu Beilagen. Sie haben selber, als Sie mit dem Klenk in der Nationalbibliothek gesessen sind und die „NFZ“ durchgeblättert haben, das Druckwerk in der Hand gehabt, nämlich eine **gedruckte** Zeitung. (*Abg. Dr. Pilz: Da war nichts drinnen!*)

Druckkostenbeitrag – das ist auch **meine** Interpretation, das möchte ich auch zu Protokoll geben –, **meine** Interpretation dieser Sache ist: Ein Druckkostenbeitrag, der ist deswegen bezahlt worden, damit die **Zeitung gedruckt** werden kann – und nicht eine Beilage –, und die hatten Sie in der Hand. Aber es ist sicher **keine Spende!**

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Meischberger, letzte Bemerkung dazu: Für diese Antwort haben Sie sich einen **Druckkostenbeitrag** verdient, weil Sie wirklich versucht haben, uns da etwas „einez'**drucken**“, wie man das in Ihrer Sprache so sagt. – Ich habe keine weiteren Fragen. Danke schön. (*Ing. Meischberger: Danke vielmals!*)

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Eine einzige Zusatzfrage, Herr Meischberger. Sie haben in Ihrem Tagebuch am 7.10.2009 Ihrem für Sie vermutlich sehr wichtigen Thema die Hälfte Ihrer Eintragung dahin gehend gewidmet:

Meischberger erfährt, dass

Hohegger weiterhin unfaire Spiele spielt, benützt seine Freimaurerfreunde.

Da die Freunde des Herrn Hohegger ja auch teilweise Ihre Freunde waren: Wer waren die Maurer? Welche Namen kennen Sie in diesem Zusammenhang?

Ing. Walter Meischberger: Lieber Herr Abgeordneter, ich werde mit Ihnen hier nicht über **meine** Tagebucheinträge diskutieren: weder über diese noch über jemals eine andere. Es ist **mein** Tagebuch, es ist mir entwendet worden, und es ist absolut nicht dazu da, öffentlich diskutiert zu werden, auch wenn es passiert ist. Aber ich werde dem nicht Nachdruck verleihen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Aber **Sie** haben dieses Thema angesprochen (*Ing. Meischberger: Nein, ich habe es gar nicht angesprochen!*), und das sind sehr wohl Unterlagen, die dem Ausschuss zur Verfügung stehen, und diese Personen haben sehr wohl Relevanz in Bezug auf diesen Untersuchungsgegenstand.

Daher frage ich Sie: Welche Personen sind das?

Ing. Walter Meischberger: Ich möchte Ihnen dazu wirklich keine Antwort geben.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das ist auch eine Antwort.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich muss eine Frage formulieren und nicht nur schwadronieren, wie das andere Kolleginnen und Kollegen vielleicht machen.

Herr Meischberger, haben Sie diese Rechnung, die der Herr Pilz jetzt gerade aufgestellt hat, wo er mit Millionenzahlungen so um sich geworfen hat, nachvollziehen können – jetzt weniger im Hinblick auf die Frage der Beherrschung der Grundrechnungsarten, aber inhaltlich?

Ing. Walter Meischberger: Nein, mich hat gewundert, dass Pilz Gelegenheit bekommt, hier immer seine Vorträge zu halten, ohne **Fragen** zu formulieren, was eigentlich bei einer Zusatzfrage notwendig wäre. Aber das ist wahrscheinlich seine dialektische Vorgangsweise.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Meine Frage ist nur: Können Sie diese Rechnungen nachvollziehen?

Ing. Walter Meischberger: Kann ich nicht nachvollziehen, in keiner Art und Weise.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt der Auskunftsperson **Ing. Meischberger**, verabschiedet diese und ersucht darum, die **nächste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

15.02

15.03

Auskunftsperson Michael Gassauer

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Michael Gassauer** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saals. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Gassauer, ich danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern.

Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet Michael Gassauer. Ihre weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Sie sind während des Untersuchungszeitraumes in keinem öffentlichen Dienstverhältnis gestanden.

Herr Gassauer, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern dürfen.

Ich darf nun zur **Vertrauensperson** übergehen: Ihr vollständiger Name lautet **Mag. Eduard Salzborn**. Die Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Ich frage nochmals die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Mag. Eduard Salzborn als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich setze damit die Belehrung fort – etwas schneller, denn Sie kennen sie bereits –:

Ich habe auch Sie an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. – Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Herr Gassauer, vor Eingang in die Befragung haben Sie die Möglichkeit, in Form einer maximal zehnmütigen Erzählung Ihre Sicht der Dinge dem Ausschuss darzulegen. Es tut mir leid, dass Sie eine Stunde warten mussten, das soll Sie aber nicht daran hindern, Ihre Sicht der Dinge zu präsentieren. (*Die Auskunftsperson verzichtet. – Die Obfrau erteilt als erstem Fragesteller Abg. Kuzdas das Wort.*)

Abgeordneter Ing. Mag. Herbert Kuzdas (SPÖ): Herr Gassauer, ich möchte mit Ihrer Berufslaufbahn beginnen. Ihrem Lebenslauf entnehmen wir, dass Sie eine Ausbildung in der Militärakademie gemacht haben und Leutnant waren. – Ist das richtig?

Sie haben sich dann über unterschiedliche Funktionen in das Management bewegt. Haben Sie da auch zusätzliche Qualifikationen erworben im Telekommunikationsbereich oder in anderen Bereichen?

Michael Gassauer: Meine militärische Laufbahn, wenn Sie die dem Lebenslauf entnehmen, stimmt. Ich habe die Militärakademie besucht, bin dann Leutnant geworden. Im Zuge meiner Ausbildung im Spezialgebiet **Fliegerabwehr** habe ich mich überwiegend mit Elektronik und Kommunikation auseinandersetzen müssen/dürfen und war dann auch ausbildungsmäßig in Amerika auf einem Stabsoffizierskurs, habe die Generalstabsauswahlvorprüfungen besucht, Kompaniekommandant – also das war die Managementausbildung, wenn Sie so wollen, beim Militär.

Danach habe ich dann gewechselt, meines Wissens im Jahr 1990, bin dann zur damaligen Firma Schrack – später Ericsson Austria – gegangen, habe dort verschiedene Management-Lehrgänge besucht und habe dort vor allem im Vertriebsbereich, im Exportbereich meine Erfahrungen sammeln dürfen.

Letztendlich bin ich dann 1999 in die Telekom Austria und war dort sechs Jahre lang. Und danach war ich, wie Sie ja wissen, Geschäftsführer der österreichischen ÖBB Postbus GmbH und bin seit 2008 Selbständiger beziehungsweise jetzt wieder Geschäftsführer eines kleinen Unternehmensberatungsbüros.

Abgeordneter Ing. Mag. Herbert Kuzdas (SPÖ): Zur Beschäftigung bei der Telekom – dazu wollten wir Sie ja heute befragen –: Wie sind Sie zur Telekom gekommen? Hat es da eine Ausschreibung gegeben und Sie haben sich beworben? Oder waren das andere Modalitäten?

Michael Gassauer: Ich bin im Jahr 1999 zur Telekom Austria gekommen aufgrund einer Anfrage des damaligen Generaldirektors.

Abgeordneter Ing. Mag. Herbert Kuzdas (SPÖ): Wer war damals Generaldirektor?

Michael Gassauer: Ing. Werner Kasztler.

Abgeordneter Ing. Mag. Herbert Kuzdas (SPÖ): Ihre Aufgaben bei der Telekom waren welche?

Michael Gassauer: Meine Aufgaben bei der Telekom Austria waren: Ich war, als ich 1999 begonnen habe, Vertriebsleiter für die Branche Bund und Stellvertretender Leiter Key Account Management. Danach habe ich gewechselt, wurde das umbenannt, und ich bin dann geworden – das Jahr weiß ich jetzt nicht mehr genau –, das hat geheißen: Leiter Regional Office. Da war ich für die gesamte Organisation des Vertriebes zuständig.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Wie hat dieses Office geheißen?

Michael Gassauer: Regional Office. – Dann bin ich geworden Leiter Strategische Vertriebsunterstützung. Der Bereich wurde dann wieder unbenannt in: Strategische Technologie- und Infrastrukturunterstützung. Und dann bin ich ausgestiegen, und zwar im März 2005.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Wir entnehmen dem Lebenslauf auch, dass Sie Prokurist bei der Telekom waren. (*Michael Gassauer: Stimmt!*) – Wann haben Sie die Prokura erhalten?

Michael Gassauer: Ich glaube, das war im November/Dezember 2002.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): In jedem Unternehmen gibt es – bei der Telekom wissen wir es nicht mehr so genau, ob das auch immer eingehalten wird – eine sogenannte **Unterschriftenordnung**.

Wie hat die zum Zeitpunkt, als Sie die Prokura erhalten haben, ausgesehen: Wer durfte welche Aufträge unterzeichnen? (*Michael Gassauer: Das weiß ich nicht mehr!*) – Ist Ihnen vielleicht bewusst, ob ein Prokurist alleine Aufträge unterzeichnen durfte?

Michael Gassauer: Na sicher. Aber die Höhen weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Die Höhe wissen Sie nicht. – Ist es üblich, dass Aufträge mündlich erteilt werden?

Michael Gassauer: Es kommt darauf an, um welche Aufträge es sich handelt. Grundsätzlich ausschließen kann ich das nicht.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Wenn es sich um Aufträge in der Höhe von 600 000 € handelt? (*Michael Gassauer: Dann ist es nicht üblich!*) – Über einen derartigen Fall würde ich gerne mit Ihnen sprechen.

Am 2. April 2004 schreibt die „mediaConnection“, also Herr Gernot Rumpold:

Sehr geehrter Herr Prokurist Gassauer! Vielen Dank für die Auftragserteilung zur Erstellung von vier Studien beziehungsweise Konzepten, Standortkonzepten mobiler Verkaufseinheiten, Verkaufsförderungsmaßnahmen und Imagebildungskonzept, Markenimplementierungskonzept und Konzept für Produkteinführung. – Gesamtrechnung: 600 000, 50 Prozent sofort nach Erhalt der Rechnung, Restsumme bis spätestens 28. Mai. Liefertermin für die oben genannten Konzepte ist der 25. Mai. – Zitatende.

Herr Rumpold hat heute am Vormittag ausgesagt, dass Sie auf ihn zugekommen sind hinsichtlich der Geschäftsanbahnung für dieses Geschäft.

Michael Gassauer: Also das weiß ich nicht mehr. Ich kann mich aber an diese vier Studien erinnern, und zwar schon deswegen ... – Das muss ich korrigieren: Ich kann mich eigentlich nicht wirklich erinnern, aber ich wurde heuer im Februar, und zwar am 2. Februar, angefragt von der BDO, ob ich zu dem Geschäftsfall bereit wäre, ihnen

Rede und Antwort zu stellen, was ich dann auch gemacht habe. Und da gibt es ein Protokoll vom 13. Februar – also ich habe es dann am 13. Februar der BDO zurückgeschickt, und die haben dann gesagt, sie werden das dort weiterleiten, an wem auch immer.

In dieser Befragung ist das auch Thema gewesen. Nach meiner Erinnerung – ich kenne ja den Gernot Rumpold schon länger – gab es natürlich immer wieder Gespräche über die Themen Imagebildung, wie können wir die Herausforderung im Festnetzbereich besser bewältigen? Und wir haben das dann in einem Management-Meeting im Frühjahr 2004 – wann genau weiß ich nicht – noch einmal thematisiert, und dann sind diese vier Blöcke definiert worden.

Nachdem ich zuständig war – strategische Vertriebsunterstützung –, habe ich das dann abgewickelt, allerdings nicht, wie Sie mich eingangs gefragt haben, mündlich, sondern dazu gibt es eine **schriftliche Bestellung**. Das kann ich aber auch nur jetzt sagen, nachdem mir die BDO die schriftliche Bestellung vorgelegt und gefragt hat: Ist das die? – Ja.

Es gibt also eine schriftliche Bestellung über diesen Vorfall, genauso wie es dann auch eine schriftliche Freigabe zur Rechnung gibt.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ich habe extra mitgeschrieben beim Herrn Gernot Rumpold heute in der Früh, und er hat gesagt: Auftrag mündlich und schriftlich bestätigt. Und diese Auftragsbestätigung habe ich Ihnen vorgehalten.

Es ist natürlich interessant – kommen wir zurück zum Thema Auftragserteilung –: Uns liegt nämlich diese Auftragserteilung **nicht** vor. Und daher ist es zweifelhaft, ob tatsächlich ein schriftlicher Auftrag erteilt wurde.

Michael Gassauer: Entschuldigung: Was immer Sie jetzt als zweifelhaft ansehen, da würde ich Sie ersuchen, dass Sie die BDO ...

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Es liegt nichts vor. Die Telekom hat zugesichert: vollste Kooperation. Leider funktioniert das in der Art und Weise nicht.

Michael Gassauer: Vielleicht ist das zeitüberschneidend?

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Herr Gassauer, wenn ich am Wort bin, rede ich – und wenn Sie am Wort sind, reden Sie! Und wir haben das Commitment, dass wir uns nicht gegenseitig unterbrechen.

Wir sind ja schon einiges gewöhnt in dem Ausschuss, und Akten, die uns nicht vorliegen, die gibt es für uns offiziell nicht. Daher gibt es auch keine schriftliche Bestellung.

Es ist interessant: Warum ist Rumpold auf Sie zugekommen, warum ist gerade die „mediaConnection“ damit beauftragt worden?

Michael Gassauer: Herr Abgeordneter, mir wurde von der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, dass gegen mich ein Strafverfahren eingeleitet wird oder wurde. Mir wurden bis dato weder die Gründe für die Verfolgung genau dargelegt, noch hatte ich bis dato Gelegenheit, im gegen mich eingeleiteten Verfahren Akteneinsicht zu nehmen.

Die Verpflichtung zur wahrheitsgemäßen Aussage vor dem Untersuchungsausschuss beschneidet mich in meinen Parteienrechten als Beschuldigter, weshalb ich in diesem Fall von meinem Recht Gebrauch mache, die Aussage gemäß § 7 Abs. 1 Z 1 VO-UA zu verweigern.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Jetzt habe ich Ihnen möglicherweise den Grund für die bevorstehende Beschuldigteneinvernahme geliefert.

Mich würde aber trotzdem interessieren: Haben Sie das alleine aus Ihrer Intention heraus gemacht – oder haben Sie mit irgendeinem Vorstand Rücksprache gehalten, ob die Telekom diese vier Konzepte, diese vier Studien benötigt, oder nicht?

Michael Gassauer: Nachdem ich davon ausgehe, dass die Telekom Austria die Kooperation mit Ihnen nicht einstellen wird, gehe ich auch davon aus, dass Sie aufgrund des Zeitablaufes – Februar 2012; frühestens 14. Februar liegt mein Protokoll bei der BDO, und nach der Aussage von dem BDO-Mitarbeiter dauert es dann noch ungefähr zwei Wochen, bis sie diesen Akt fertig haben, um das dem Aufsichtsrat vorzulegen – diese Unterlagen, die die BDO hat, mit meinem Protokoll auch bekommen werden. In dem ...

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Entschuldigung, das war nicht die Frage!

Michael Gassauer: In dem Protokoll habe ich klar Auskunft gegeben, wie es zu dieser Auftragserteilung kam.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ich frage Sie noch einmal: Mit welchem Vorstandsmitglied haben Sie Rücksprache zur Beauftragung dieser vier Studien gehalten?

Michael Gassauer: Mit keinem, glaube ich. Kann sein, aber es ist mir nicht Erinnerung, dass mich ein Vorstand direkt angeredet hat oder ich mit einem Vorstand direkt darüber geredet habe.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Das heißt, der Herr Prokurist Michael Gassauer hat eine Idee, vier Studien in Auftrag zu geben, und gibt die in Auftrag, Kostenpunkt: 600 000 €, und braucht niemanden zu fragen. So funktioniert das Leben in der Telekom Austria.

Michael Gassauer: Das ist, glaube ich, jetzt eine Unterstellung. Sie haben mich gefragt, ob es einen Vorstandskontakt gab. Da habe ich Ihnen gesagt: meiner Erinnerung nach nicht.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Haben Sie mit jemandem Zweiten ...? Ich kann mir nämlich nicht vorstellen, dass die Unterschriftenordnung es zulässt, einen 600 000-€-Auftrag mit einem Prokuristen zu zeichnen.

Michael Gassauer: Ich habe diesen Auftrag nicht alleine unterschrieben. Das habe ich nicht, und es gibt auch eine zweite, eine offensichtlich formalisierte Auftragsbestätigung mit zwei ganz anderen handelnden Personen als mit mir.

Noch einmal: Sie haben mich gefragt: mit einem Vorstand?, und da muss ich Ihnen sagen, meiner Erinnerung nach nein. Ich habe keinen direkten Auftrag von einem **Vorstand** bekommen. Ich habe aber auch nicht **alleine** entschieden für diesen Auftrag.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Herr Gassauer, wir sind alle wissbegierig. Wer war Ihr Zweiter, mit dem Sie Rücksprache gehalten haben? Es gibt ja so etwas wie ein Vier-Augen-Prinzip.

Michael Gassauer: Auf der ersten Auftragsbestätigung, welche mir die BDO vorgelegt hat, nachdem ich es wirklich nicht mehr wusste, haben unterschrieben der damalige Herr Prokurist Gernot Schieszler und ich.

Kurze Zeit später ist dann ein formalisierter Auftrag erstellt worden über das gleiche Thema. Dort hat unterschrieben der Herr Prokurist Wolfgang Frauenholz. Und ob die Frau Schüzler damals Prokuristin war, weiß ich nicht.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Wie darf ich das verstehen? Da gibt es einen Auftrag, den zwei Prokuristen, nämlich Schieszler und Sie, unterschreiben, und dann gibt es einen formalisierten Auftrag. – Was ist da der Unterschied?

Michael Gassauer: Wahrscheinlich hat unser Auftrag nicht den SAP-Anforderungen entsprochen, so wie wir das formuliert haben. Den Grund weiß ich auch nicht. Da müssen Sie den Herrn Frauenholz fragen.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Das wird uns leider nicht mehr gelingen. Ich glaube, Sie kennen seinen Gesundheitszustand auch.

Ich möchte Ihnen einen Vorhalt machen, und zwar aus der Einvernahme Gernot Rumpolds vom 15. März 2012 – und ich zitiere –:

Im Oktober oder November war Michael Gassauer von sich aus namens der Telekom an mich herangetreten –

das lese ich Ihnen vor, um auch aufzuklären, wer wen kontaktiert hat –

und hat mich ersucht, für die Telekom Konzepte zu entwickeln, die dem dynamischen Marktumfeld entgegenwirken sollen. Ich habe ihm daraufhin Präkonzeptionen für zehn Marktstrategien präsentiert. Daraufhin hat er Rücksprache gehalten und letztlich an vier Konzepten Interesse bekundet. Er wollte jedoch nicht, dass wir öffentlich für die Telekom auftreten. – Zitatende.

Diese Rücksprache, die Rumpold hier angibt, das war, nehme ich an, Schieszler?

Michael Gassauer: Ich weiß jetzt nicht, worauf Sie hinauswollen. Können Sie das bitte noch einmal formulieren?

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Rumpold gibt an, dass Sie Rücksprache gehalten hätten, nachdem er Ihnen zehn Präkonzepte vorgelesen hat. Mit wem haben Sie sich beraten?

Michael Gassauer: Also ich habe es nicht mit dem Herrn damaligen Prokuristen Schieszler abgestimmt und abgesprochen, sondern meiner Erinnerung nach – aber ob das Oktober, November war, kann ich Ihnen nicht mehr sagen – wurde dieses Thema Dynamisierung der Telekom Austria, Imageprobleme, neue Herausforderungen, in einem **Management-Meeting** besprochen. Wer da daran teilgenommen hat, weiß ich nicht mehr. Und dann wurden diese vier Studien, diese Konzepte, definiert, wo wir gesagt haben, das sind Themen, die würden uns guttun, wenn wir sie hätten als Konzepte. Ob wir die dann umsetzen oder nicht, steht dann auf einem anderen Blatt.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Jetzt muss ich Sie etwas fragen. Sie haben gesagt: in einem Managementteam-Meeting?

Michael Gassauer: Nein, ich habe gesagt: in einem **Management-Meeting**. Ich habe nicht „Managementteam-Meeting“ gesagt, sondern ich habe gesagt: in einem Management-Meeting.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Gut, in einem Management-Meeting. – Wer hat üblicherweise an einem Management-Meeting teilgenommen?

Michael Gassauer: Das ist themenabhängig gewesen. Das sind Vertriebsmanager gewesen, unabhängig von der Ebene ...

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Welchem Themenkreis würden Sie das zuordnen?

Michael Gassauer: Ich kann mich nicht mehr erinnern. Ich weiß nur, dass wir das in einem Management-Meeting besprochen haben. Aber wenn Sie mich jetzt fragen, wer da daran teilgenommen hat: Das weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Und wenn Sie ganz scharf in sich gehen?

Michael Gassauer: Weiß ich es trotzdem nicht.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Es ist etwas sonderbar. Okay.

Warum wollte Gernot Rumpold ... – nein: Warum wollten Sie nicht, dass die „mediaConnection“ öffentlich für die Telekom auftritt?

Michael Gassauer: Also wenn Sie meinen, warum wollten „Sie“, also wenn Sie da jetzt meine Person meinen, dann muss ich sagen, das war nicht nur meine Person, das war die **Grundhaltung**. Wenn Sie sich erinnern, im Jahr 2004 war die Person Gernot Rumpold, nicht die Firma „mediaConnection“, schon in anderen Fällen medienpräsent, und wir wollten das einfach nicht breittreten, dass die Telekom Austria bei einem FPÖ-nahen oder Ex-FPÖ- – weiß ich nicht – Generalsekretär, was auch immer, etwas bestellt. Darum auch Konzepte, und für die Umsetzung – das war von vornherein klar – gibt es einen eigenen Entscheidungsfindungsprozess, ob wir das je umsetzen werden oder nicht.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ja, aber überlegt man sich denn nicht vorher, wen man für bestimmte Konzepte auswählt, um sich mit dem Partner auch nicht öffentlich **schämen** zu müssen?

Michael Gassauer: Nein, es geht nicht um „schämen“. Natürlich haben wir uns das überlegt. Und ich denke einmal, wir haben das damals ausgewählt, weil die Arbeitsleistung, die Dienstleistung an sich hochprofessionell und gut war. Nur das **Image** war nicht hochprofessionell und gut.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Wie sind Sie denn auf die Firma „mediaConnection“ gekommen? Haben Sie eine Ausschreibung vorgeschaltet oder einen Wettbewerb, welches Unternehmen Ihnen diese Konzepte anbieten sollte? Wenn Sie sagen, okay, das war gut: Aber Sie haben ja gar keinen Vergleich gehabt!

Michael Gassauer: Da kann ich mich nicht mehr erinnern. Aber ich denke einmal, dass wir da mehrere Firmen abgefragt haben zu diesen Präkonzepten, in verschiedenen Gesprächen – nicht ich, aber vielleicht Kollegen.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Auch da liegt uns aktenmäßig nichts vor. Es gibt aber wahrscheinlich einen sehr plausiblen Grund, auf den wir noch eingehen werden im Rahmen der Befragung.

Bleiben wir bei den Konzepten. Standortkonzept mobiler Verkaufseinheiten: Wie schaut dieses Konzept inhaltlich aus? (*Michael Gassauer: Ist das die Frage?*) – Ja.

Michael Gassauer: Das weiß ich nicht mehr. Das liegt acht Jahre zurück.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Wissen Sie, dass dieses Konzept geliefert wurde?

Michael Gassauer: Wenn Sie mich vor dem 8. Februar gefragt hätten, hätte ich gesagt, ich kann mich nicht wirklich erinnern. Nach dem 8. Februar, nach dem Gespräch mit der BDO ja, weil die nämlich die Deckblätter vorgelegt haben, und dann ist mir eingefallen, es war damals eine Ad-hoc-Prüfung der Revision zu dem Geschäftsfall, und die haben die Deckblätter kopiert und, nehme ich einmal an, dem Revisionsbericht beigelegt, wahrscheinlich, und das hat mir die BDO gezeigt. Aber

sicher ist, dass wir eine Leistung bestellt haben, die Leistung wurde geliefert, und dann wurde sie bezahlt.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Wer hat die sachliche Richtigkeit dieser Rechnung bestätigt? Ich nehme an, es ist üblich, dass nach jeder Bestellung, nach jeder Lieferung eine Überprüfung der auftragsgemäßen Leistung erfolgt.

Michael Gassauer: Das weiß ich nicht, wer das war.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ist das nicht zwangsläufig der Auftraggeber oder der Einkäufer?

Michael Gassauer: Nicht zwangsläufig. Aber ich weiß es nicht mehr.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Können Sie sich an Inhalte der zweiten Studie, Verkaufsförderungsmaßnahmen und Imagebildungskonzept, erinnern?

Michael Gassauer: Ich kann mich an keinen Inhalt dieser Studien erinnern. Noch einmal: Das ist acht Jahre her, und ich habe dazwischen andere Funktionen und andere Aufgaben gehabt, als dass ich mich jetzt erinnere, was ich vor acht Jahren in einer Studie gelesen habe.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Sie haben Ihre Fragezeit ausgeschöpft!

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Eine letzte Frage, dann bin ich schon fertig für die erste Runde.

Es ist schon klar, warum Sie sich an keine Inhalte erinnern können: weil auch dem Ausschuss keine derartigen Studien vorliegen. Und dazu gibt Rumpold zu Protokoll – ich zitiere –:

Über Vorhalt, wonach bei der Telekom lediglich die Deckblätter der Studien, jedoch nicht die Studien selbst aufgefunden werden konnten, sagt Rumpold:

Das hängt wahrscheinlich damit zusammen, dass die Telekom eben nicht wollte, dass bekannt wird, dass die mediaConnect hier für sie tätig wurde. Warum die Telekom aber die Rechnung, Verträge und Deckblätter aufbewahrt und die Studien selbst nicht mehr auffindbar sind, kann ich mir nicht erklären. Da muss man die Telekom fragen. – So Rumpold.

Jetzt sind Sie als damaliger Auftraggeber da, und ich frage Sie: Wo sind die Studien hingekommen – wenn es sie überhaupt gegeben hat?

Michael Gassauer: Also wenn Sie mich als damaligen Repräsentanten der Telekom Austria fragen, dann sage ich Ihnen: Zum damaligen Zeitpunkt gab es die Studien, sie wurden geliefert und wurden im Büro bei mir abgelegt. Ich habe allerdings – wie Sie ja wissen aus meinem Lebenslauf – im März 2005 das Unternehmen verlassen, und wie Sie wahrscheinlich auch wissen, darf man, wenn man ein Unternehmen verlässt, keine Unterlagen mitnehmen. Das habe ich auch nicht. Daher weiß ich nicht, wo die Telekom heute diese Unterlagen hat. Da müssen Sie wirklich die Telekom fragen. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Aber man muss nicht alles zwangsläufig vergessen, wenn man aus einem Unternehmen ausscheidet. – Danke.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich lege Ihnen jetzt einmal eine Studie vor und frage Sie, ob Sie die kennen.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Michael Gassauer: Nein, glaube ich nicht. *(Abg. Dr. Pilz: Seltsam!)* – Nein, kenne ich nicht, denn mit „Seitenblicke“ habe ich nichts zu tun gehabt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist in mehrererlei Hinsicht hinterfragenswert. Ich bleibe bei einem konkreten Punkt. Das ist laut Gernot Rumpold ein Präkonzept für die Studien, die dann erstellt worden sind, wo leider nur noch ein Deckblatt Ihre und die Tätigkeit Ihres Nachfolgers überlebt hat. – Kennen Sie dieses Präkonzept?

Michael Gassauer: Ich kann mich nicht erinnern. Es tut mir leid. Es tut mir wirklich leid!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Rumpold sagt, das ist eines dieser Präkonzepte.

Michael Gassauer: Wenn es der Herr Rumpold sagt. – Ich kann mich *nicht* erinnern!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber sagen Sie einmal – da steht drauf: September 2001 –: Haben Sie im September 2001 ein Präkonzept beim Herrn Rumpold bestellt?

Michael Gassauer: Herr Abgeordneter, ich habe vorhin schon gesagt, ich kann mich nicht erinnern. Daher kann ich mich auch nicht erinnern, dass da unten steht ... Das habe ich jetzt gelesen, was da unten steht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, ich habe Sie gefragt, ob Sie im September 2001 ein Präkonzept beim Herrn Rumpold bestellt haben? (*Michael Gassauer: Nein!*) – Herr Rumpold hat uns auch gesagt beziehungsweise da hat uns auch der Herr Meischberger weitergeholfen: Eines der sogenannten Präkonzepte, die dann zu Ihren verschollenen Studien geführt haben, ist das, und der Herr Meischberger hat uns weitergeholfen und hat gesagt: Das ist eine ganz einfache Geschichte: Das war ein Entwurf für eine Beilage im „Seitenblicke-Magazin“!

Jetzt bin ich geneigt, den beiden zu glauben.

Da gibt es im Herbst 2001 einen Entwurf für ein „Seitenblicke-Magazin“. Dann sagt der Herr Rumpold, weil er seinen alten Bekannten, den Herr Gassauer, wieder getroffen hat: Ich hätte da ein Präkonzept!, und – das sagt er selbst – legt dieses Präkonzept vor, und der Herr Gassauer schaut sich das an.

Da geht es – Sie haben es richtig gelesen – hauptsächlich um eine Selbstpräsentation des „Seitenblicke-Magazins“, aber nachher steht auch noch ein bisschen etwas über die Telekom. Und er sagt: Hoppala, 600 000! Klar!

Es gibt noch zwei weitere, auf die kommen wir noch zurück. Wir kommen dann auch auf die Frage nach der Leistung.

Dann gibt es ein weiteres Präkonzept – wir sind jetzt noch im Zeitalter der Präkonzepte –, nämlich die „**B2B-Fibel**“. – Kennen Sie die „B2B-Fibel“?

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Michael Gassauer: Nicht wissentlich. (*Abg. Dr. Pilz: Nicht wissentlich?*) – Nein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich gehe auch nicht davon aus, dass Sie sie *unwissentlich* kennen. Ich frage Sie nur, ob Sie das kennen?

Michael Gassauer: Nein. Ich kann mich nicht mehr daran erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Gassauer, ich überrasche Sie mit der Feststellung: Das ist das zweite Präkonzept!

Das haben Sie auch nicht gekriegt? – Laut Rumpold ist es das zweite Präkonzept.

Michael Gassauer: Herr Abgeordneter! Ich habe schon eingangs gesagt, ich kann mich an diese Studien nicht erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): 600 000 €!

Michael Gassauer: Ich kann mich an diese Studien nicht erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist das ein Pimperlgeld?

Michael Gassauer: Das liegt bei Ihnen, wie Sie das beurteilen. – Ich kann mich an diese Studien **nicht** erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich werde Ihnen noch mit einigem Erinnerungsmäßig helfen: Diese absurde und sachlich äußerst dünne Präkonzept-Studie wurde offensichtlich im Mai 2004 **erstellt**. Im Mai 2004 ist aber bereits die **Endabrechnung** erfolgt.

Wie kann es eine **Präkonzept**-Studie für den Herrn Gassauer geben, wenn gerade die **Endstudie** abgegeben werden soll?

Haben Sie sich mit Präkonzept-Studien als Endstudien zufriedengegeben – oder ist es dem Herrn Rumpold innerhalb weniger Tage gelungen, nach Vorlage eines Präkonzepts im selben Mai noch eine Endstudie zu schreiben?

Michael Gassauer: Erstens einmal habe nicht ich mich damit zufriedenzugeben gehabt, sondern ich war Vertreter der Telekom Austria. Und das Zweite ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es geht um Sie als Person!

Michael Gassauer: Ich bin eine **Auskunftsperson**, soweit ich das richtig gelesen habe, und soll hier auf Fragen antworten (*Abg. Dr. Pilz: Ja, natürlich!*), und ich kann mich zu den Fragen bezüglich der Konzepte – das habe ich schon gesagt – nicht mehr erinnern. Es tut mir leid.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, mir tut es auch fürchterlich leid, aber trotzdem: Es geht erstens um sehr viel Geld und zweitens um zumindest ebenso viel Verantwortung.

Nehmen wir das Präkonzept Nummer drei.

(Der Auskunftsperson wird ein weiteres Schriftstück vorgelegt.)

Irgendwer – das steht nicht einmal drauf; ich zitiere – „präsentiert exklusiv TELE CHAMPION. Das große (Handy-)Telefonspiel der TELEKOM AUSTRIA. Präsentation der Möglichkeiten und Benefits.“

Ist Ihnen dieses Präkonzept bekannt?

Michael Gassauer: Ich kann mich nicht erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das stammt aber wieder aus dem Mai 2004, wo bereits die Endberichte abgegeben worden sein sollen, falls es solche jemals gegeben hat.

Wie können Sie sich erklären, dass ein **Präkonzept**, an das Sie sich als Auftraggeber nicht einmal erinnern können, wie an die anderen beiden Präkonzepte nicht, dann zum Zeitpunkt auftaucht, wo der **Endbericht** Ihnen geliefert werden soll? Wie können Sie sich das erklären?

Michael Gassauer: Ich kann mich nicht erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wie können Sie sich das erklären?

Michael Gassauer: Ich kann es mir nicht erklären. Ich kann nur erklären: Ich kann mich nicht erinnern!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt versuchen wir das Ganze einmal zuzuordnen. Sie haben vier Studien beziehungsweise Konzepte in Auftrag gegeben:

- „1. Standortkonzept mobiler Verkaufseinheiten
2. Verkaufsförderungsmassnahmen und Imagebildungskonzept
3. Markenimplementierungskonzept
4. Konzept für Produkteinführungroadshow“

(Der Auskunftsperson wird ein weiteres Schriftstück vorgelegt.)

Nehmen wir einmal her das Präkonzept „(Handy-)Telefonspiel TELE CHAMPION“!

Welchem dieser vier Endkonzepte ist das „(Handy-)Telefonspiel“ als Präkonzept zuzuordnen?

Michael Gassauer: Nachdem ich vorhin gesagt habe, ich kann mich nicht erinnern, kann ich Ihnen diese Frage jetzt nicht beantworten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. Lassen wir das einmal! – Das sind 600 000 €!

Kommen wir zum Herrn Rumpold! – Sie haben gesagt: Ich kenne Rumpold länger!

Können Sie das näher ausführen? Woher kennen Sie den Herrn Rumpold?

Michael Gassauer: Ich kenne den Herrn Rumpold. Wann ich ihn kennengelernt habe, weiß ich nicht, aber sicher länger als wie 2003 oder 2004.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aus welchem Zusammenhang kennen Sie den Herrn Rumpold?

Michael Gassauer: Der war, glaube ich, einmal Nationalratsabgeordneter. In meinen früheren Funktionen habe ich den halt in Wien einmal kennengelernt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): In welchen Funktionen? *(Michael Gassauer: In meinem Privatleben!)* – Vielleicht in Ihrem **politischen** Privatleben? *(Michael Gassauer: Ist das die Frage?)* – Ja!

Michael Gassauer: Ich bin **kein** Mitglied der FPÖ und bin **kein** Mitglied des BZÖ! Und ich habe in meinem politischen Privatleben den Herrn Gernot Rumpold **nicht** kennengelernt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): In diesem Akt vom Finanzamt, der uns vorliegt, wo es um die gesamten Forderungsabschreibungen geht, wird auch auf Sie Bezug genommen.

Die Beamten schauen sich das an und sagen:

Internet-Recherchen lassen erkennen, dass der Prokurist der Telekom Austria Michael Gassauer ebenfalls die gleichen politischen Interessen vertreten dürfte wie der Geschäftsführer Gernot Rumpold. – Zitatende.

Ich lese Ihnen das einfach vor. Das stammt ja nicht von mir, sind nicht **meine** Internet-Recherchen.

Können Sie dazu etwas sagen?

Michael Gassauer: Ich weiß nicht, wer die Recherche gemacht hat. Ich kann Ihnen nur sagen: Ich war **nie** Mitglied der FPÖ, bin es auch nicht! Ich war **nie** Mitglied des BZÖ, bin es auch nicht!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es hat sich Folgendes herausgestellt: dass es bei diesen Studien um ein Paket gegangen ist. Die FPÖ war dem Herrn Rumpold sehr viel Geld schuldig. Der Herr Rumpold war bereit, einen Forderungsverzicht zu unterschreiben und hat der FPÖ über 900 000 € geschenkt. Es sind konkret bei der Bundes-FPÖ 917 447 € und beim FPÖ-Klub 13 290 €. Dazu hat es ein Gegengeschäft gegeben. Das haben wir heute lang und breit schon erörtert, nämlich 600 000 € aus der Telekom zum Rumpold.

Wenn das stimmt – und das wird durch Akten, Zeugenaussagen und so weiter, speziell auch durch die Niederschrift einer Finanzbeamtin erhärtet –, also wenn das stimmt, ist es völlig auszuschließen, dass Sie da sitzen als ein guter Bekannter des Herrn Rumpold und sagen: Jessas na, da müssten wir doch dringend Studien machen! – wir kommen dann eh noch einmal auf die Studien zurück –, sondern dann steht das in einem Zusammenhang, nämlich: Der Herr Rumpold ist nur bereit, auf seine Forderungen gegenüber der FPÖ im Ausmaß von fast 1 Million € zu verzichten, wenn er 600 000 brutto von der Telekom auf die Hand kriegt, wurscht wie, und dazu braucht er wen in der Telekom.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte die Frage, denn die Zeit ist auch schon abgelaufen!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Danke für den Hinweis! – Meine Frage in diesem Zusammenhang ist: Wussten Sie etwas von dieser Vereinbarung, dass der Herr Rumpold gefälligst 600 000 € von der Telekom zu kriegen hat, damit er der FPÖ Schulden in der Höhe von über 900 000 € nachlässt?

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann (nach Rücksprache mit der Vertrauensperson): Herr Dr. Pilz! Wieder der Hinweis, dass Sie zuvor Ihre **Meinung** zum Ausdruck gebracht haben – die ich jetzt nicht bewerte – und dass Sie dann unmittelbar die **Frage** angeschlossen haben, sodass die Frage doch als **unterstellend** verstanden werden muss.

Ich kann mir vorstellen, dass man das anders formulieren könnte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, aber das kann doch nur bei sehr schlechtem Gewissen unterstellend gewertet werden!

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Es kann jemand auch ein sehr schlechtes Gewissen haben, aber dann hat er noch immer das Recht, dass er eben solche Fragen, die in dieser Form gestellt sind, nicht beantwortet oder sagt: Es ist mir auch gesagt worden, dann sage ich gar nichts dazu!

Vielleicht gäbe es jetzt eine Möglichkeit, die Frage so zu stellen, dass wir noch eine Antwort bekommen, die uns vielleicht befriedigen kann.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Damit zumindest ich ein gutes Gewissen habe, werde ich das jetzt versuchen.

Haben Sie irgendeine Wahrnehmung gehabt, dass diese Zahlung der Telekom von 600 000 € brutto an den Herrn Rumpold in irgendeinem Zusammenhang steht mit einer Vereinbarung über einen Forderungsverzicht des Herrn Rumpold an die Freiheitliche Partei? (*Michael Gassauer: Nein!*) – Das war doch eine klare Antwort.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Darf ich Sie fragen, wie Sie den Herrn Rumpold kennen gelernt haben, wie sie mit ihm zusammengearbeitet haben, beziehungsweise hat es bereits vor Ihrer Tätigkeit in der Telekom Geschäftsbeziehungen mit dem Herrn Rumpold gegeben?

Michael Gassauer: Ich habe vorhin schon gesagt: Wie ich den Herrn Rumpold kennen gelernt habe, weiß ich nicht mehr. Das war eine private, nehme ich einmal an ... Ich

habe ihn weder, um das zu präzisieren – das habe ich dem Herrn Abgeordneten Pilz schon geantwortet –, in einer politischen Connection noch sonst irgendwie kennengelernt.

Ich hatte vorher keinerlei Geschäftsbeziehungen mit dem Herrn Abgeordneten Rumpold, wiewohl ich ihn als Marketing- und PR-Agentur kennengelernt habe.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Können Sie mir kurz skizzieren, was Ihre Aufgabenstellung in der Telekom war? Was war Ihr Tätigkeitsbereich?

Michael Gassauer: Zum Zeitpunkt des Falles oder von 1999 bis 2000?

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Sowohl als auch.

Michael Gassauer: Frau Vorsitzende, ich brauche jetzt ein bisschen länger Zeit. (*Obfrau Dr. Moser: Bitte!*)

Ich bin 1999 in die Telekom Austria gekommen und habe den Vertriebsbereich „Branche Bund“ übernommen. Die Telekom Austria war 1999 in einer Umbruchsphase von der Post & Telekom bis zur Telekom et cetera, und diesen Bereich habe ich geführt. Ich bin dann sehr schnell stellvertretender Leiter von „Key Account Management“ geworden und habe neben dieser Funktion „Bund“ auch den gesamten Key-Account-Bereich begleitet, betreut, unterstützt.

Im Zuge der Weiterentwicklung der Telekom Austria – und damals gab es ja noch Schilling-Werte – haben wir damals über 14 Milliarden Schilling umgesetzt. Das „Key Account Management“ hatte zu dem Zeitpunkt, als ich eingetreten bin, zehn oder zwölf Mitarbeiter, glaube ich. Da ging es darum, den Vertrieb aufzubauen, Mitarbeiter zu rekrutieren, im Zuge des Umstellungsprozesses Börsegang, weg von den verbeamteten Mitarbeitern hin zu ASVG-Angestellten, die ganze innere Administration der Verträge, Umstellen von Beamten-Stellen auf ASVG-Verträge. Das alles habe ich gemacht.

Wenn Sie so wollen, habe ich den damaligen Leiter von „Key Account Management“ in diesem inneren Bereich unterstützt, bis hin zum Verschmelzen der Datakom als Tochterunternehmen der Telekom wieder hinein in die Telekom Austria und da in dem Bereich „Business Solution“. Das ist dann umbenannt worden. „Key Account Management“ wurde dann umbenannt in „Business Solution“.

Und dann wurde der Bereich „Strategische Vertriebsunterstützung“ gegründet. Dort habe ich dann den Vertrieb strategisch unterstützt bei Kunden mit Kundengesprächen, bei großen Kunden, bei kleineren Kunden, bei wichtigen Kunden, denn nicht jeder Schlüsselkunde ist ein großer Kunde. Das habe ich unterstützt und hatte noch die Aufgabe, zwei Konsulenten zu koordinieren, was nicht sehr einfach war.

Das wurde dann auf Grund einer Vorstandsentscheidung umbenannt in die „Strategische Technologie- und Infrastrukturunterstützung“. Das Aufgabenprofil war das gleiche.

Dann war die Ausschreibung zur ÖBB-Postbus AG im März 2004, glaube ich. Da habe ich mich beworben. Das ist dann nicht bestellt worden, weil durch das ... – Das ist überhaupt nicht bestellt worden. Das ist dann noch einmal ausgeschrieben worden. Dann habe ich mich noch einmal beworben und bin dann im März 2005, glaube ich, „Postbus“-Geschäftsführer geworden.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Den „Postbus“ und das Umfeld wollen wir jetzt ausklammern, aber ich habe den Eindruck, Sie waren ein Entscheidungsträger, Sie hatten Zugang und Einblick ins Spitzenmanagement.

Welchen Eindruck hatten Sie von Herrn Hochegger? Wie haben Sie mit dem Herrn Hochegger zusammengearbeitet? Was sind Ihre Wahrnehmungen in Bezug auf Kontakte auf der Vorstandsebene? Mit welchen Personen hat der Herr Hochegger Ihrer Einschätzung nach und Ihrem Wissen nach hauptsächlich kommuniziert?

Michael Gassauer: Ich kenne natürlich den Herrn Hochegger. Ich kenne den Herrn Hochegger auch aus der Zeit in der Telekom. Die Wahrnehmungen zu den Vorständen: Der Herr Hochegger hat Events organisiert, wo die Vorstände anwesend waren, und da waren die deutschsprachigen Vorstände eigentlich alle immer anwesend, also Sundt, Fischer, wer halt immer gerade der Vorstand war; Colombo eher weniger, weil er es sprachlich nicht verstanden hat.

Ich habe selber keine Geschäftsbeziehungen mit Herrn Peter Hochegger unterhalten, habe keine Aufträge erteilt, es ist nichts abgewickelt worden, gar nichts. Aber der Peter Hochegger war zur damaligen Zeit – auch wenn das jetzt manche nicht hören wollen – eine der Drehscheiben von Lobbying im Marketingbereich, der Events organisiert, der Konzepte vorgelegt hat. Daher habe ich ihn natürlich gekannt und kenne ihn auch heute noch.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Sie haben ja sicherlich Wahrnehmungen, was medial zurzeit transportiert wird, und das ist ja durchaus ein schwieriges Umfeld, in dem sich die Telekom bewegt. Das hat ja sogar dazu geführt, dass ein Vorstand, konkret der Herr Schieszler, eine Art „böse“ Liste geführt hat, was alles passiert ist.

Welche Wahrnehmungen hatten Sie in Bezug auf Ungereimtheiten, mögliche Verfehlungen im Zuge Ihrer Tätigkeit in der Telekom? (*Michael Gassauer: Keine!*) – Keine einzige?

Michael Gassauer: Nicht eine, an die ich mich erinnere.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Und wenn Sie scharf nachdenken, bei dem großen Portfolio, das es gibt?

Michael Gassauer: Das „große Portfolio“ haben Sie definiert. Ich weiß es *nicht!* Sie können mich steinigen und sagen: Es muss doch eine Verfehlung gegeben haben, an die Sie sich erinnern! – Nein!

Ich weiß auch nicht, warum der spätere Vorstandsdirektor Schieszler eine „Lebensversicherungs-Liste“, wie ich den Medien entnehme, geschrieben hat. Ich weiß es nicht!

Ich weiß nur eines: Die Telekom Austria, die Erfolgsgeschichte der Telekom Austria, vom aufgezwungenen Börsengang 2000 bis zu dem Zeitpunkt, wo ich ausgeschieden bin, war eine – das kann man nachlesen – hinsichtlich Börsenswert, hinsichtlich Gewinnausschüttungen an die Eigentümer. Das lässt sich nachvollziehen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Wir sind an und für sich sehr bemüht, korrekte Fragen zu stellen beziehungsweise auch sensibel mit den Auskunftspersonen umzugehen. An Maßnahmen, wie Sie sie angesprochen haben, denkt hier herinnen niemand. Ich habe Sie lediglich gebeten, intensiv nachzudenken. Darum würde ich Sie auch bitten, das im Zuge der nächsten Fragen, die ich Ihnen stelle, zu tun.

Da geht es nämlich um ein Umfeld, das gerade ein schwieriges ist in Bezug auf die Telekom, und das sind dies die Beraterverträge und mögliche Firmen und Einrichtungen, die mit der Telekom zusammengearbeitet haben.

Ich rufe Ihnen in Erinnerung, dass Sie uns dargestellt haben, dass Sie in einer Führungsposition tätig waren, und daher darf ich Sie – wie bereits eine andere Auskunftsperson vor Ihnen fragen –: Haben Sie Wahrnehmungen in Bezug auf jene im

Prüfbericht der KPMG dargestellten Beratungsunternehmen, nämlich in Bezug auf einen Herrn Alois **Czipin**, Produktivitätsberatung? – (*Michael Gassauer: Nein!*) **ACP** Beteiligungsmanagement GmbH, einen Herrn Karl Zechmeister, das ist der Geschäftsführer dieses Unternehmens?

Michael Gassauer: Also ich kann mich nicht erinnern. Glaube ich nicht, nein.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Die Firma **Robicom**, Geschäftsführer Robert Nowikovsky? (*Michael Gassauer: Nein!*) – **Create Connections**, David Ungar-Klein?

Michael Gassauer: Den kenne ich, aber den kenne ich aus meiner späteren Zeit. (*Abg. Hornek: In welchem Zusammenhang?*) – Der veranstaltet diese Infrastruktur-Symposien, da werde ich eingeladen und daher kenne ich ihn.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Können Sie das etwas ausführen: Worum handelt es sich bei diesen Veranstaltungen?

Michael Gassauer: Erstens war das in der Zeit, als ich „Postbus“-Geschäftsführer war und nachher. Das sind Symposien, die in Wien im Haus der Industrie abgehalten werden, wo ein sogenannter – Sie verzeihen den Anglizismus – **Keynote Speaker** auftritt, und dann gibt es halt Diskussionsrunden und Arbeitsgruppen. Und das veranstaltet David Ungar-Klein mit seinem Unternehmen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Kommunikation mit Wein? (*Michael Gassauer: Bitte?*) – So wie Kommunikation mit Wein und Fachvortrag, verstehe ich Sie so richtig?

Michael Gassauer: Nein, nein. Das beginnt um 9 Uhr in der Früh, und dann geht es den ganzen Tag durch.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): **NCN Consulting**, Geschäftsführer Mag. Nikolaus Nonhoff: Ist Ihnen dieses Unternehmen ein Begriff? (*Michael Gassauer: Nein!*) – **SPOT AG** oder **SPOT GmbH**, der Herr Dr. Thomas Scheiner? (*Michael Gassauer: Nein!*) – Überhaupt noch nie gehört? (*Michael Gassauer: Nein!*) – **Heinz Lederer Communications**?

Michael Gassauer: Den kenne ich schon. Den kenne ich sowohl aus der Zeit der Telekom als dann später aus der Zeit der ÖBB, da intensiver.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): In Bezug auf den Terminkalender des Herrn Colombo, den Sie schon angesprochen haben, kommen Sie des Öfteren vor, und zwar am 23. Jänner 2004, da geht hervor, dass Sie den Herrn Colombo zum Hahnenkamm-Weekende abholen sollen.

Können Sie sich daran erinnern? Was war Ihre Aufgabenstellung rund um diese Veranstaltung?

Michael Gassauer: Wenn der Herr Colombo in seinem Kalender drinstehen hat – und ich habe das den Medien entnommen –, dass er am 23. Jänner beim Hahnenkamm-Rennen war, dann wird das stimmen, dass am 23. Jänner das Hahnenkamm-Rennen war. Und ich war auch dort, denn sonst hätte ich nicht veranlassen können, dass er mit dem Auto abgeholt wird zu einem Abendessen. Das wird sicher stimmen.

Meine Aufgaben bei diesen Events war: Kundenbetreuung, Gästebetreuung und zum Teil ein bisschen organisieren, denn, wie gesagt, Colombo musste abgeholt werden, kannte auch niemanden oder kennt wahrscheinlich jetzt auch niemanden mehr. Das war eine meiner Aufgaben.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das war eine interessante Aussage: **kennt niemanden mehr**. Es ist mir jetzt schwer erklärlich, wie Sie das gemeint haben.

Sie haben bereits angesprochen, dass es an diesem Abend auch ein sogenanntes Dinner gegeben hat, und auch angedeutet, dass es da entsprechende Gespräche gegeben hat.

Bei diesem Dinner waren nach meinem Informationsstand anwesend: der Herr Gorbach, der Herr Reichhold, der Herr Wittauer und, wenn es richtig ist, auch Sie.

Wozu hat dieses Dinner gedient: ausschließlich zum Essen oder hat es da das konstruktive Element „Vorbereitung gewisser Geschäftstätigkeiten“ gegeben?

Michael Gassauer: Dort, wo ich dabei war, und bei den Events, wo ich dabei war, wurden solche Einladungen eher dazu verwendet, möglichst **nicht** über das Geschäft zu reden, sondern eben **Social Networking** zu betreiben, damit man – in dem Fall Colombo – halt die Leute auch kennenlernt, et cetera.

Da war ich dabei, das ist richtig. Aber, wenn Sie so wollen: Gespräche über Geschäftsinhalte, das ist meines Wissens dort nicht passiert. (Abg. **Hornek:** Eine nette Jause?) – Das war schon ein gutes Abendessen. (Abg. **Hornek:** Keine weiteren Fragen!)

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Ich möchte bei der erfolgreichen Befragung durch Kollegen Hornek weitertun mit der **Consult**, mit Herrn David Ungar-Klein. Das hat sich ja sehr suspekt angehört, jetzt möchte ich gleich weiterfragen: Gibt es vor dieser Veranstaltung um 9 Uhr vielleicht auch ein Frühstück, etwa von 8 Uhr bis 9 Uhr?

Michael Gassauer: Wenn man eingeladen ist, ja.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): War bei diesen Frühstücken auch schon der damalige Vizekanzler Pröll beziehungsweise der Bundesminister Mitterlehner einmal anwesend?

Michael Gassauer: Also bei dem Frühstück, wo ich war, nicht.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Mitterlehner letztes Jahr?

Michael Gassauer: Da war ich nicht mehr.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Aha. Waren sonstige Leute auch aus der Industriellenvereinigung, aus der Wirtschaftskammer oder aus der ÖVP möglicherweise anwesend?

Michael Gassauer: Da waren viele anwesend, aber nachdem ich nicht jeden frage, ob er Mitglied der ÖVP ist und mir das eigentlich auch egal ist, wenn ich dort bin, kann ich das jetzt nicht beantworten.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Gut. Möglicherweise unverdächtig die Veranstaltung.

Kommen wir zu Themen, die gestern durchaus interessant waren. Sind Sie selbst vielleicht Jäger? (**Michael Gassauer:** Nein!) – Das ist schade, denn sonst hätte ich Sie zu Schottland befragt.

Dann bleibt mir nur mehr eine Frage, nachdem die Kollegen schon so viel gefragt haben: Haben Sie selbst Gesetzeswünsche oder Gesetzesänderungswünsche der Telekom an die richtigen Stellen – Ministerium, Kabinett und Ähnliches – weitergegeben? (**Michael Gassauer:** Nein!) – Keine Fragen mehr.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Gassauer, ich komme noch einmal zurück auf diese vom Kollegen Pilz thematisierten Rumpold-Konzepte, wo es konkret für vier

Konzepte zwei Rechnungen gibt und zwei Teilzahlungen mit einem Gesamtumfang von 600 000 €.

Ich glaube, der Kollege Pilz hat Ihnen diese Präkonzepte auch vorlegen lassen, die hier dem Ausschuss auch zur Verfügung stehen, wie „Die B2B Fibel“ oder „TELE CHAMPION“ oder auch „insight“.

Sie haben gesagt, Sie kennen diese Präkonzepte nicht. Aber die Betonung liegt auf „prä“; das waren Zusammenfassungen, Vorkonzepte.

Die entscheidende Frage ist: Wurden Ihnen die Endkonzepte – unabhängig von diesen Präkonzepten jetzt, die der Kollege Pilz thematisiert hat –, wurden Ihnen und der Telekom die Endkonzepte von Gernot Rumpold jemals übermittelt?

Michael Gassauer: Ja, diese Konzepte wurden übermittelt und wurden dann auch angeschaut und danach bezahlt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es ist wichtig, das festzuhalten, denn die Präkonzepte sind ja nicht entscheidend. Der Herr Pilz ist Berufspolitiker und war nie im Werbebereich tätig, daher kann er auch nicht wissen, dass das Präkonzept das eine ist, das konkrete Konzept das andere.

Wir halten fest – Ihre Aussage unter Wahrheitspflicht –, dass Sie hier angegeben haben: Die vier konkreten Konzepte, die Endprodukte, wurden Ihnen und der Telekom Austria übermittelt. – Sie nicken. Für das Protokoll: Die Auskunftsperson nickt.

Können Sie mir noch einmal sagen, wo jetzt diese vier Endkonzepte sind? Sie haben sie selbstverständlich nicht mitgenommen, das hätten Sie auch nicht dürfen, Sie haben sich korrekt verhalten, aber Sie können mir vielleicht aus Ihrer Wahrnehmung heraus sagen, wo sich diese Konzepte heute befinden. Sie haben da von BDO etwas gesagt, daher: Können Sie das noch einmal ein bisschen näher ausführen in diesem Zusammenhang?

Michael Gassauer: Herr Abgeordneter, glauben Sie mir, ich würde Ihnen gerne sagen, wo die heute sind in der Telekom Austria, denn damit wäre vieles wahrscheinlich leichter.

Ich kann Ihnen nur sagen: Diese Konzepte sind damals gekommen, dann wurden sie angesehen, dann wurde die Rechnung bezahlt. Die Konzepte wurden bei mir, in meinem Bereich abgelegt.

Dann war diese Ad-hoc-Prüfung durch die Revision, und an die kann ich mich nämlich erinnern, denn das war die erste Ad-hoc-Prüfung überhaupt in meinem beruflichen Leben. (*Abg. Petzner: Wann war die?*) – Das muss gewesen sein im August, Juli, also nach diesem Geschäftsfall. Dann war diese Ad-hoc-Prüfung, und da waren diese Menschen da und haben sich diese Studien angeschaut und haben, nehme ich einmal an – das muss ich aber jetzt **annehmen** –, das Deckblatt kopiert, denn auf diesem einen Deckblatt, das Sie vielleicht vorliegen haben oder nicht, steht drauf:

Studie bei STIVU abgelegt. Und das habe sogar, glaube ich, ich unterschrieben.

Um darauf zurückzukommen, was mir die BDO gezeigt hat: Die BDO hat mir im Februar die schriftliche Bestellung vorgelegt, die auf das SAP-Produkt hin abgestimmte schriftliche Bestellung, die Rechnungsfreigabe durch den Herrn Frauenholz, auch die schriftliche, das Deckblatt. Aus. Mehr hat sie mir nicht vorgelegt. Ich habe mir das leider damals nicht kopiert, sonst hätte ich es Ihnen heute geben können. Das heißt aber für mich, die Revision hat das geprüft und es müsste eigentlich einen Revisionsbericht geben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir halten noch einmal zusammenfassend fest, weil das ist schon wichtig, damit wir auch die Dinge da ein bisschen ins rechte und nicht ins linke Licht rücken, wie das der Herr Pilz gerne macht: Sie sagen noch einmal, die vier Konzepte wurden übermittelt, Sie haben die angesehen, sogar die interne Revision der Telekom hat nach diesen Geschäftsfällen diese vier Endkonzepte – die Präkonzepte sind mir völlig wurscht, denn wer aus der Werbebranche kommt, der weiß, dass Präkonzepte sozusagen für den Ofen sind, entscheidend sind die **Endkonzepte** – geprüft, angeschaut, Sie dazu auch befragt.

Dazu muss es auch einen Revisionsbericht geben; das werden wir gleich nachforschen. Damit liegen sie in der Telekom auf, und sogar die Revision hat sie geprüft.

Könnte es sein, dass diese Konzepte, auch wenn sie Ihnen die BDO jetzt dann nicht vorgelegt hat, bei der BDO aufliegen, denn das könnte eine Erklärung dafür sein, dass wir sie im Ausschuss zumindest nicht haben, sondern nur die Präkonzepte, weil ja bekannt ist, dass wir hier im Ausschuss von BDO bisher keine Unterlagen zur Verfügung gestellt bekommen haben? Dann wäre es auch logisch, dass wir somit auch nicht die Konzepte haben, wenn sie BDO hat.

Abgeordneter Dr. Hannes Jarolim (SPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Frau Vorsitzende! Ich habe das jetzt nur so en passant mitbekommen, aber der Vorhalt lautet dahin gehend, dass die vier Konzepte, von denen wir nur die Aktendeckel aus den Unterlagen kennen, quasi vorhanden wären und von Organen oder Teilen der ..., wenn ich das richtig verstanden habe, geprüft wird.

Das heißt, es entsteht hier bei der Befragung der Auskunftsperson der Eindruck, dass überhaupt außer Frage steht, dass diese Unterlagen vorhanden wären. Das ist von vorn nach hinten falsch, und ich würde ersuchen, noch einmal diesen Vorhalt zu machen und dann zu überprüfen, ob der richtig ist, Frau Vorsitzende! Es kann ja nicht sein, dass da Fiktionen dargestellt werden. Und die Auskunftsperson kann dann darauf replizieren, das beantworten oder was auch immer.

Ich meine, bei aller Heiterkeit hier im Raum, aber ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr Abgeordnete Petzner hat darauf hingewiesen, dass er die aus dem Aktenbestand noch vorlegen wird. Darauf warte ich, sonst geht es nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich ersuche Sie, Frau Vorsitzende, und den Herrn Kollegen Jarolim, genau zuzuhören. Ich fasse noch einmal zusammen – außerhalb meiner Redezeit, auf Basis dieser Geschäftsordnungsmeldung als weitere Geschäftsordnungsmeldung –:

Ich habe die Auskunftsperson gefragt, es gibt die Präkonzepte, von denen der Kollege Pilz auch gesprochen hat. Herr Jarolim, wenn Sie hier in Ihrer Geschäftsordnungsmeldung sagen, es liegt dem Ausschuss nur der Aktendeckel oder die Deckblätter dieser Konzepte vor, ist das falsch. Was vorliegt, sind diese Präkonzepte.

Schauen Sie her, Herr Jarolim, ich zeige Ihnen ein Deckblatt. Sie reden falsch. (*Zwischenruf des Abg. Kuzdas.*) Die Präkonzepte liegen vor, und die hat auch der Herr Pilz hier thematisiert und der Auskunftsperson vorgehalten. Und ich habe dann erklärt, wie das in der Werbebranche ist: Präkonzept und Endkonzept. Und die Auskunftsperson hat auf die Befragung des Herrn Pilz gesagt, die Präkonzepte kennt

sie nicht. Und ich habe dann gefragt: Kennen Sie die Endkonzepte? Er hat geantwortet: Die kenne ich, alle vier. Und er hat dann weiter auf mein Befragen hin gesagt, diese vier Endkonzepte kennt er, die hat er durchgelesen und die wurden sogar von der internen Telekom-Revision als korrekt geprüft, also geprüft, und dazu muss es auch einen Revisionsbericht geben. Ich habe daraufhin nur den Sachverhalt und die Aussagen der Auskunftsperson zusammenfassend dargestellt und wollte gerade mit meiner Befragung fortsetzen. Nicht mehr und nicht weniger habe ich gemacht.

Also bitte, Frau Vorsitzende, erklären Sie mir jetzt, was da falsch war. – Ich habe Ihnen gerade eine Frage gestellt. Erklären Sie mir, was da jetzt falsch war!

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wieso soll ich das erklären? Sie haben vor, eine Frage zu stellen. (Abg. **Petzner:** Weil Sie mir gerade vorgehalten haben ...) – Entschuldigen Sie, ich ... (Abg. Dr. **Jarolim:** Danke, Frau Vorsitzende, dass Sie so sind, wie Sie sind!) – Danke, was sollen wir denn sonst machen? Ich meine ... (Heiterkeit.)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben mir gerade vorgehalten, ich soll endlich etwas Konkretes vorlegen, und das habe ich in meiner ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Sie haben ja selbst gesagt, Sie wollen wegen der Konzepte in den Akten nachforschen. Daraufhin habe ich Ihnen geholfen gegenüber dem Kollegen Jarolim und habe gesagt, Sie sollen es halt dann vorlegen, wenn Sie nachgeforscht haben. (Abg. **Petzner:** Ich **brauche** nichts vorzulegen!) – Wirklich, Undank ist der Welten Lohn.

Bitte fragen Sie jetzt!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich brauche nichts vorzulegen, und es ist auch unzulässig, dass mir der Jarolim falsche Vorhalte macht und mich falsch zitiert. Ich hoffe, der Herr Jarolim nimmt das dann noch zurück. Wenn man falsche Vorwürfe macht, dann muss man auch den Mut haben, falsche Vorwürfe zurückzunehmen. Und jetzt brauchen Sie nicht die Nase zu rümpfen.

Abgeordneter Dr. Hannes Jarolim (SPÖ): Wenn mich nicht alles täuscht, hat der Kollege Pilz das ebenso gehört wie ich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Am Wort bin ich.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich glaube, wir unterbrechen das jetzt und gehen jetzt mit der Fragestellung an die Auskunftsperson weiter.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Genau das wollte ich gerade tun.

Noch einmal, Herr Gassauer, damit das der Kollege Jarolim auch versteht. Erklären wir es gemeinsam dem Herrn Jarolim noch einmal.

Es gibt die Präkonzepte, die kennen Sie nicht, aber – noch einmal – es gibt vier Endkonzepte, und die kennen Sie und die wurden auch von der Telekom-Revision geprüft. Und dazu muss es Ihrer Meinung nach auch einen **Revisionsbericht** geben. – Habe ich das richtig zusammengefasst?

Michael Gassauer: Entschuldigung, die drei Präkonzepte, die der Herr Abgeordnete Pilz mir vorgelegt hat, kenne ich nicht. (Abg. Dr. **Jarolim:** Aber vorgehalten wurden vier!)

Das, was ich kenne und an das ich mich erinnern kann, ist Folgendes: Es sind vier Konzepte geliefert worden, an den Inhalt kann ich mich nicht mehr erinnern, aber es

sind vier geliefert worden. Diese wurden bezahlt, und die Revision hat diesen Geschäftsfall im Wege einer Ad-hoc-Prüfung geprüft. Und nachdem keine wie immer geartete Maßnahme wegen dieser Ad-hoc-Prüfung herausgekommen ist, gehe ich einmal davon aus, dass das in Ordnung war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Danke, dass Sie das noch einmal ausgeführt haben. Jetzt haben es hoffentlich auch der Herr Jarolim und der Kollege Pilz verstanden. Falls nicht, erkläre ich ihnen gerne noch einmal in einem Privatissimum aus der Werbebranche den Unterschied zwischen **Endkonzept** und **Präkonzept**.

Also Sie sagen, diese Endkonzepte haben Sie bekommen, die Revision hat sie geprüft. Sind Ihnen dann seitens der Revision irgendwelche Beanstandungen bekannt geworden, oder haben die dann diese Zahlung auch bestätigt und gesagt, es ist alles korrekt? Wissen Sie irgendetwas über den Inhalt dieser Prüfung und das Ergebnis dieser Rumpold-Konzepte?

Michael Gassauer: Nein, weiß ich nicht. Ich möchte nur noch einmal sagen, die BDO hat mir im Februar 2012 die Deckblätter gezeigt, wo mit meiner Handschrift draufsteht:

Studien liegen bei STIVU auf, bei Bedarf zu entnehmen, Michael Gassauer.

Ich habe damals keine Rückmeldung von dem Revisionsbericht bekommen. Da ich keine Rückmeldung bekommen habe, bin ich davon ausgegangen, dass es in Ordnung war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wenn man keine negative Rückmeldung kriegt bei einer Revision, dann passt das üblicherweise.

Ich frage Sie noch einmal zu den Rechnungen, die der Herr Rumpold da gelegt hat. Was mir aufgefallen ist, da gibt es Rechnungen, mehrere, nämlich mehrere Transaktionen am 2.4.2004. Da stellt der Rumpold zuerst eine Gesamtrechnung aus über die gesamte Summe von 600 000 € am 2.4.2004. Dann gibt es am gleichen Tag, vom 2.4.2004, ein Storno dieser 600 000 € und eine Gutschrift und wiederum am 2.4.2004 dann eine erste Teilzahlung, nämlich 50 Prozent, mit 300 000 €, die dann auch bezahlt wurde.

Können Sie als Verantwortlicher der Telekom mir kurz erklären, warum der Rumpold an diesem 2.4.2004 zuerst gleich die ganze Summe verrechnen wollte, dann wieder storniert hat und dann nur diese erste Teilzahlung verrechnet hat? Was ist denn da der Hintergrund? Hat man sich das vorher nicht genau ausgemacht, wie die Zahlung erfolgt, oder was ist da der Hintergrund? Ich frage auch deswegen, weil ja der Verdacht der Staatsanwaltschaft lautet, dass es da parallele Zeitstrukturen gibt zwischen diesen Teilzahlungen 1 und 2 und Nachlässen und Vereinbarungen, die der Herr Rumpold mit der FPÖ damals getroffen hat.

Michael Gassauer: Also warum eine Rechnung, die gestellt wird, dann wieder storniert wird und Teilrechnungen gestellt werden, weiß ich nicht. Da muss der Herr Rumpold sagen, warum das so passiert ist. Warum die Telekom Austria diese Rechnungen auf zwei Teile aufgeteilt hat, dürfte im SAP liegen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schlussfrage für diese Runde. Ich halte Ihnen vor dieses Schreiben von Herrn Rumpold vom 2. April 2004, wo er Ihnen schreibt: Sehr geehrter Herr Prokurist Gassauer!, dann zählt er die vier Konzepte auf – und dann:

Zahlung mit 50 Prozent der Gesamtsumme sofort nach Erhalt der Rechnung und die Restsumme bis spätestens 28. Mai.

Dann sehen Sie diese vier Studien, diese zwei gedruckten Wörter „vier Studien“ sind eingekreist, und darüber gibt es einen handschriftlichen Vermerk:

Welche konkreten vier Studien?

Die zweite Zeile darunter kann ich nicht entziffern, was das handschriftlich bedeutet; vielleicht können Sie das machen.

Können Sie mir sagen, wer diesen handschriftlichen Vermerk angebracht hat und was damit gemeint ist? Ich frage das deswegen, weil ja dieses Schreiben an Sie adressiert ist.

Haben Sie diesen handschriftlichen Vermerk gemacht, oder wie kommt der da drauf, und was hat der zu bedeuten?

Michael Gassauer: Also dieser handschriftliche Vermerk ist einmal nicht von mir. – Ich kann das auch nicht entziffern. Ich kenne auch dieses Kürzel nicht, kenne ich nicht. Und warum das woanders hingekommen ist, außer bei mir, weiß ich auch nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie – Schlussfrage – Wahrnehmungen, dass es irgendwelche Vereinbarungen gibt zwischen Telekom und damaliger FPÖ, dass das irgendwelche Leistungen der Telekom sind gegenüber Rumpold, damit Rumpold Leistungen, die die FPÖ bei ihm offen hat, abgelten kann? Das heißt, dass offene FPÖ-Leistungen bei Rumpolds mediaConnection über Transaktionen, Geschäfte mit der Telekom ausgeglichen werden.

Michael Gassauer: Nein, dazu habe ich keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie nie irgendetwas dazu gehört? (*Michael Gassauer: Nein!*) – Okay, danke.

Abgeordneter Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Herr Gassauer, ich möchte Sie nicht mehr lange mit Ihren Erinnerungslücken quälen, aber akustisch habe ich es nicht verstanden. Bei BDO wurden Ihnen die Aktendeckel, die Studiendeckel gezeigt und ein Vermerk. Die Konzepte oder Studien liegen wo auf?

Michael Gassauer: Also noch einmal: Am 2. Februar kam die Anfrage von der BDO an mich ...

Abgeordneter Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Herr Gassauer, wir können es abkürzen. Nur wo sie aufliegen, steht irgendetwas drauf?

Michael Gassauer: Die liegen in dem STIVU, das war das Abkürzel für meinen Bereich: Strategische Technologie- und Infrastrukturunterstützung.

Abgeordneter Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Okay, STIVU.

Was mir jetzt noch nicht ganz klar ist, aber das können Sie mir sicher beantworten: Sie haben die vier Konzepte geprüft?

Michael Gassauer: Ich habe die vier Konzepte bekommen. Noch einmal: Das ist acht Jahre her. Ich habe sie sicher nicht bekommen und weggelegt. Ich habe sie sicher durchgelesen. Aber was da drinnen steht, daran kann ich mich nicht erinnern.

Abgeordneter Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Waren Sie damals der Meinung, dass diese Elaborate 600 000 € wert sind?

Michael Gassauer: Die Frage ist immer, was ist ein Konzept wert. Wenn einer auf einem Blatt Papier ein iPad konzipiert, dann ist das Milliarden wert und mehr wert als 1 000 Seiten Konzept. Noch einmal: Das ist nicht vergleichbar. Die Dicke eines Dokumentes sagt noch nichts über den Inhalt aus.

Abgeordneter Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Da haben Sie recht. Aber wenn man es vergleicht mit diesen Präkonzepten, dann, muss man sagen, ist es das Geld nicht wert. – Aber belassen wir's bei dem.

Sie haben auf die Frage des Kollegen Pilz geantwortet, Sie sind weder Mitglied bei der FPÖ noch beim BZÖ. (*Michael Gassauer: Das ist richtig!*) – Sie haben auch geantwortet, dass im Jahr 2004 eine erste Ausschreibung für den Geschäftsführer oder damals noch Vorstand **Postbus AG** war, und Sie haben das nicht bekommen.

Michael Gassauer: Das habe ich so nicht geantwortet. Ich habe Ihnen gesagt, es gab im Jahr 2004 eine Ausschreibung der Postbus AG und der Posten wurde nicht besetzt. Ich habe nicht gesagt, ich bin's nicht geworden. (*Abg. Mag. Kuzdas: Naja, wenn er nicht besetzt wird!*) Nein, es gab keine Entscheidung dazu.

Abgeordneter Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ich zitiere aus der „Presse“ vom 24. Juni 2004:

Dieser Tage soll etwa entschieden werden, wer neuer Chef der Postbus AG wird. Zwei Anwärter ritzen um den gut dotierten Job. Zum einen macht sich der Telekom-Manager Michael Gassauer große Hoffnung, künftig Geschicke des Postbusses lenken zu können. Gassauer gilt als Gorbachs Mann. Er soll aber auch gute Kontakte in die ÖVP haben, heißt es. Politische Kontaktscheue sei nicht sein Manko. Früher habe sich Gassauer für das Liberale Forum engagiert. „Er griff uns sogar finanziell unter die Arme“, erinnert sich ein früherer LIF-Mitarbeiter. – Soweit zur politischen Einstellung.

Aber da, glaube ich, ist etwas unpräzise formuliert worden. Präziser scheint mir das im Bericht des Finanzamtes I zu sein, wo die Beamtin festhält:

Internet-Recherchen lassen erkennen, dass der Prokurist der Telekom Austria, Michael Gassauer, ebenfalls die gleichen politischen Interessen vertreten dürfte wie der Geschäftsführer Gernot Rumpold. – Zitatende.

Und in diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen eine Chronologie der Ereignisse vorhalten betreffend diese vier Konzepte.

Am 1.4.2004 Auftrag der Telekom über die vier Studien an die mediaConnection.

Am 2.4. erste Rechnung, zunächst einmal über 600 000 €, dann Storno, dann 300 000 €. Da geht es nämlich um den Zusammenhang Vergleich mediaConnection mit der Freiheitlichen Partei damals.

Am 6.4. trotz Prozess und angeblicher Zahlungsschwierigkeiten der FPÖ und trotz behaupteter Zerrüttung des Verhältnisses Rumpold, FPÖ, wird ein Vertrag für den EU-Wahlkampf eingegangen, zunächst unterzeichnet von FPÖ Arno Eccher. Das war der 6.4.

Am 16.4. kommt die zweite Rechnung der media Connection an die Telekom, auch wieder über 300 000.

Am 29.4. wird die erste Rechnung bezahlt, Rumpold unterzeichnet den Vertrag für den EU-Wahlkampf. Am 4.6. wird die zweite Rechnung bezahlt, und am 7.6. kommt es zum Generalvergleich FPÖ mediaConnection, und auf das Schiedsgerichtsverfahren wird verzichtet.

Wenn Sie das hören: Können Sie sich vorstellen, dass Sie mit Ihrer Bestellung, mit Ihrer Bezahlung an die mediaConnection still, heimlich und leise an einer Parteienfinanzierung oder einer Wahlkampfspende mitgewirkt haben?

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Wir haben gerade wieder eine Debatte über die **Art**, wie die Frage gestellt wird. Und auch hier, so wie ich zuvor gesagt habe, ist erst erzählt worden, was möglicherweise abgeleitet werden kann, und aus dem Ergebnis dieser Überlegung wird dann die Frage abgeleitet.

Vielleicht können Sie das trennen, Herr Abgeordneter, und nur die Frage stellen.

Abgeordneter Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Haben Sie an einer Parteienfinanzierung mitgewirkt? (*Michael Gassauer: Nein!*) – Herr Gassauer, es gibt einen Grund, warum ich Ihnen das nicht glaube. Ich habe Ihnen vorhin schon das „Presse“-Zitat vorgelesen, dass Sie als Gorbach-Mann gelten.

Ich halte Ihnen noch einmal die „Presse“ vor, dieses Mal vom 19. Februar 2005:

„Verkehrsminister Hubert Gorbach, so erzählt er neuerdings gerne, habe ihm“ – also Herrn Gassauer – „den Job beim Postbus bereits zugesagt, Ausschreibung hin oder her.“

„Über die“, so steht es weiter in der „Presse“, „fachlichen Qualifikationen des Michael Gassauer ist zu erfahren, dass er zwar durchaus über Führungsqualitäten verfügt, im Postbus kennt er sich halt nicht aus“, beklagt Betriebsrat Wurm.“

Diese Aussage möchte ich jetzt nicht werten. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Weiß man, wo der Herr Wurm politisch hingehört?*)

Dann heißt es weiter:

„Gassauer, der sich schon einmal (erfolglos) für den Postbus-Job beworben hat, verfügt freilich über ein nicht unwesentliches Asset: beste Kontakte zur FPÖ. Was für einen Chef eines staatlichen Unternehmens wohl kein Nachteil ist. Gassauer ist jedenfalls mit Gorbach persönlich befreundet. Und aus seiner generellen Affinität zur FPÖ macht er neuerdings kein Hehl: Aufgefallen ist in den vergangenen Monaten jedenfalls, dass er FPÖ-Politiker demonstrativ zu allerlei Telekom-Events einlud. Zuletzt beim Hahnenkamm-Rennen in Kitzbühel, das von der Telekom gesponsert wurde. Dort waren FP-Justizministerin Karin Miklautsch“ –

jetzt, glaube ich, Gastinger –

„und der ehemalige FP-Verkehrsminister Mathias Reichhold Gassauers Gäste.“

Und das bringt mich – im Zusammenhang mit der Chronologie betreffend Rechnungslegung und Zahlungsflüsse – zu dem Schluss, dass Sie sehr wohl gewusst haben, dass da Parteienfinanzierung stattfindet und dass Sie auch belohnt wurden, vom Minister höchstpersönlich, mit der Geschäftsführung der Postbus. – Stimmt das oder irre ich mich?

Michael Gassauer: Also ich werte diese Frage als unterstellend, aber ich beantworte Sie Ihnen trotzdem: Ich bin **nicht** „belohnt“ worden mit einer Position, sondern es gab eine **Ausschreibung**.

Und wenn Sie schon die „Presse“ zitieren: Die „Presse“ hat offensichtlich nicht richtig recherchiert, denn ich habe nicht gewonnen, sondern der Job ist bei der ersten Ausschreibung **nicht besetzt worden**. Das ist schon wesentlich, wenn man schon die „Presse“ zitiert, zumindest aus meiner Sicht. Ich habe mich beworben ...

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ich habe wahrheitsgetreu zitiert, was die Presse schreibt.

Michael Gassauer: Ich habe mich ganz normal beworben, wie das in der öffentlichen Ausschreibung damals vorgegeben war, es wurde ausgewählt und ich wurde dann Postbus-Geschäftsführer. Ist damit Ihre Frage beantwortet?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Eine letzte Frage, weil Ihre Fragezeit ist auch schon abgelaufen. (*Abg. Mag. Kuzdas: Ich werde mir das dann für die Zusatzfrage aufheben!*)

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich darf daran anschließend noch eine kurze Frage stellen: Es wurde da jetzt einiges aus der „Presse“ zitiert, also offensichtlich auch eine Quelle für die Recherche in der SPÖ, was zulässig ist.

Es gibt einen Herrn Betriebsrat Wurm, habe ich gehört, der sich über die Qualifikation in Richtung Postbus abfällig geäußert hat – also nicht qualifiziert genug; Management, Führungsqualität, aber er kennt sich beim Postbus nicht aus.

Wissen Sie zufällig – weil ich weiß das nicht –, welche parteipolitische Zugehörigkeit dieser Betriebsrat Wurm hat?

Michael Gassauer: Formal weiß ich es nicht, ich weiß nur, dass er der Vorsitzende der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter ist.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aha! Also ein Sozialdemokrat meint, dass Sie nicht befähigt wären, von einem BZÖ- oder FPÖ-Minister oder sonst irgendjemandem ...– Nur damit man die Brille weiß, durch die man etwas sieht.

Jetzt geht es dann noch um die Frage Einladungen zu irgendwelchen Events, wie es so schön heißt, Kitzbühel, Hahnenkamm-Rennen. Dort waren die zitierten Miklautsch und Reichhold, also freiheitliche Minister. – Stimmt es, dass **Sie** die eingeladen haben?

Michael Gassauer: Ja, im Namen der Telekom Austria.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Im Namen der Telekom Austria. Also nicht Ihre persönliche, private Einladung (*Michael Gassauer: Nein, nein!*), sondern im Namen der Telekom Austria.

Waren da nur diese beiden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens eingeladen oder gab es da auch andere Personen, deren Namen Sie mir vielleicht anvertrauen können?

Michael Gassauer: Wer genau eingeladen wurde, kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Ich weiß nur, dass die Telekom Austria im Schnitt zwischen 70 und 80 Gäste hatte bei den Hahnenkamm-Rennen und bei anderen Events. Zum Beispiel hat die Telekom Austria die Haydn-Festspiele im Burgenland gesponsert, und bei einem Konzert, da waren, glaube ich, 300 Gäste. Das wurde besprochen, festgelegt, wen aller man einlädt, und die wurden dann eingeladen. Aber das ist nicht zugeordnet worden ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Entschuldigung! Das wurde besprochen und dann wurde die Gästeliste ausgearbeitet. – Das heißt, Sie haben das nicht alleine entschieden, wer dort hinkommt? Sie waren dort nicht der Protokolldirektor? (*Michael Gassauer: Nein, sicher nicht!*)

Aha! Also zum Beispiel im Burgenland: Wenn ich jetzt so ein Festkonzert von Haydn hernehme, war da der damalige Herr Landeshauptmann der SPÖ – wann auch immer –, war der dort auch eingeladen?

Michael Gassauer: Na, selbstverständlich war der dort eingeladen, denn es war ja der Beginn der Haydn Festspiele. Diese Aufführung hat die Telekom damals gesponsert.

Aber da waren andere auch. Da waren auch die ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Auch? – Na, ich bin jetzt über die Befragung der SPÖ richtig ermutigt worden (*Michael Gassauer: Da waren alle eingeladen!*), da jetzt der Wahrheit komplett auf den Grund zu gehen.

Sie haben jetzt entschieden dementiert, dass Sie etwas mit einer Parteienfinanzierung der FPÖ zu tun haben.

Michael Gassauer: Das stimmt. Habe ich nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Gehen wir weiter: Haben Sie etwas mit einer Parteienfinanzierung der SPÖ zu tun?

Michael Gassauer: Nein. – Ich habe mit keiner einzigen Parteienförderung irgendeiner Partei etwas zu tun.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Damit haben Sie sogar meine Fragen, die ich stellen wollte, schon vorweggenommen, und damit habe ich keine weiteren Fragen. – Danke.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Kollege Rosenkranz, die Chronologie, die ich vorgehalten habe, hat nichts mit einer Sponsoring-Tätigkeit zu tun. Also bitte schön, vergleichen wir nicht Äpfel mit Birnen.

Herr Gassauer, können Sie sich noch erinnern, was am 6. April 2006 war?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Wurde dieses Einleitungsstatement vom Herrn Kollegen Kuzdas wirklich gut protokolliert? – Das möchte ich nämlich nachlesen, weil es mir intellektuell eindeutig komplett über den Rand geht. Das habe ich jetzt überhaupt nicht verstanden, das werde ich nachlesen müssen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir gehen davon aus, dass die ParlamentsstenographInnen alles korrekt festhalten. – Zusatzfrage? (Abg. Ing. Mag. **Kuzdas:** Danke, keine Fragen mehr!)

Michael Gassauer: Wenn die Frage war, ob ich mich erinnern kann, was am 6. April 2006 war, dann hätte ich Ihnen gesagt, das ist der Geburtstag meines Sohnes.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt – da es keine weiteren Zusatzfragen gibt – der Auskunftsperson **Michael Gassauer**, verabschiedet diese und erklärt die 18. Sitzung für **geschlossen**.

Schluss der Sitzung: 16.29 Uhr